

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Impfchaos 2020: Versagen des Gesundheitsstadtrates (GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Daisy Kopera, ÖVP, GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ)

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Wir befinden uns derzeit am Beginn der Influenza-Saison, in diesem Jahr mitten in der Corona-Pandemie. Expertinnen und Experten rund um den Globus warnen seit Beginn des Corona-Ausbruchs, dass eine größere Grippewelle in Kombination mit COVID-19 das Gesundheitssystem an die Belastungsgrenze bringen könnte. Schnell wurde auch medizinischen Laien klar, welche Wichtigkeit daher einer Gripeschutzimpfung, nämlich eine gegen Influenza, beizumessen sei. Der Grazer Gemeinderat wurde sogar noch vor der Corona-Krise aktiv und beschloss in seiner Gesamtheit, nämlich einstimmig, am 13. Februar in diesem Jahr, eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Astrid Schleicher, einen dringlichen Antrag, der den schon damals untätigen Gesundheitsstadtrat doch noch dazu bewegen sollte, im Sinne der Gesundheit der Grazerinnen und Grazer zu handeln und ausreichend Impfstoff für die Bevölkerung sicherzustellen. Leider negierte Stadtrat Krotzer den einstimmigen Beschluss des Gemeinderates, er verursachte vielmehr, vor allem in den letzten zwei Wochen, in der ohnehin schon verunsicherten Bevölkerung weitere Unsicherheit, Furcht und Panik, die vor allem die älteren Grazerinnen und Grazer betrifft. Ein inakzeptables Chaos bei der Anmeldung für die nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Grippeimpfstoffe, eine fehlende Strategie für Risikogruppen und Kommunikation und die Desavouierung eines bis dahin tadellos agierenden Gesundheitsamtes, das durch die Ignoranz des politisch Verantwortlichen an Vertrauen in der Bevölkerung einbüßen musste. All das steht nun am Ende dieser über ein halbes Jahr andauernden Gesundheitskrise.

In Anbetracht der steigenden Sorgen und Ängste der Bevölkerung, für die Grippesaison nicht geschützt zu sein und somit verstärkt dem Coronavirus ausgesetzt zu sein, in Anbetracht des Vertrauensverlustes der Grazerinnen und Grazer in die für ihre Gesundheit Verantwortlichen und angesichts der Verantwortung, die zumindest wir als Gemeinderat für diese Grazerinnen und Grazer übernehmen, stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gesundheitsstadtrat wird beauftragt, eine Impfstrategie für die Stadt Graz zu entwickeln, welche folgende Punkte beinhaltet:

- Die Reservierung ausreichender Mengen an Impfstoffen für die Grazerinnen und Grazer – ggf. unter Einbeziehung alternativer Beschaffungsmethoden sowie auch im Hinblick auf einen zu erwartenden Impfstoff gegen Corona.
- Die Sicherstellung der nötigen Ressourcen und die professionelle Bereitstellung von relevanten Informationen, um künftig ein Chaos bei den Impfkationen und den Anmeldungen zu vermeiden.
- Die bevorzugte Versorgung mit dem Impfstoff von Risikogruppen und Menschen, die im kritischen Infrastrukturbereich sowie in für die Stadt systemrelevanten Tätigkeiten arbeiten.
- Die Organisation der Abläufe im zuständigen Amt nicht nur für die jetzige Situation, sondern für alle Zukunft so zu optimieren, dass ein qualitativvolles und effizientes Serviceangebot für die Grazerinnen und Grazer sichergestellt werden kann.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wir befinden uns derzeit am Beginn der Influenza-Saison, dieses Jahr mitten in der Corona-Pandemie. Expertinnen und Experten rund um den Globus warnen seit Beginn des Corona Ausbruches, dass eine größere Grippewelle im Kombination mit COVID-19 das Gesundheitssystem an die Belastungsgrenze bringen könnte. Schnell wurde auch medizinischen Laien klar, welche Wichtigkeit daher einer Grippeschutzimpfung beizumessen sei.

Der Grazer Gemeinderat wurde sogar noch vor der Corona-Krise aktiv und beschloss in seiner Gesamtheit auf Initiative der FPÖ Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher am 13. Februar 2020 einen dringlichen Antrag, der den schon damals untätigen Gesundheitsstadtrat doch noch dazu bewegen sollte, im Sinne der Gesundheit der Grazerinnen und Grazer zu handeln und ausreichend Impfstoff für die Grazerinnen und Grazer sicherzustellen. Zudem wurde am 14. Mai 2020 ein Abänderungsantrag des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs mehrheitlich auch mit den Stimmen der KPÖ angenommen, in dem die Problematik noch einmal in seiner Dringlichkeit thematisiert wurde.

Leider negierte Stadtrat Krotzer den einstimmigen Beschluss des Gemeinderats, er verursachte vielmehr in der ohnehin schon verunsicherten Bevölkerung weitere Unsicherheit, Furcht und Panik, die vor allem die älteren Grazerinnen und Grazer betrifft.

Ein inakzeptables Chaos bei der Anmeldung für die nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Grippeimpfstoffe, eine fehlende Strategie für Risikogruppen und in der Kommunikation sowie die Desavouierung eines bis dahin tadellos agierenden Gesundheitsamtes, das durch die Ignoranz des politischen Verantwortlichen an Vertrauen in der Bevölkerung einbüßen musste, stehen am Ende dieser nun über ein halbes Jahr andauernden Gesundheitskrise.

In Anbetracht der steigenden Sorgen und Ängste der Bevölkerung, für die Grippesaison nicht geschützt und somit verstärkt dem Coronavirus ausgesetzt zu sein, im Anbetracht des Vertrauensverlustes der Grazerinnen und Grazer in die für

ihre Gesundheit Verantwortlichen und angesichts der Verantwortung, die zumindest wir für diese Grazerinnen und Grazer übernehmen, stellen wir im Namen der Klubs von ÖVP und FPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gesundheitsstadtrat wird beauftragt, eine Impfstrategie für die Stadt Graz zu entwickeln, welche folgende Punkte beinhaltet:

- Die Reservierung ausreichender Mengen an Impfstoffen für die Grazerinnen und Grazer – ggf. unter Einbeziehung alternativer Beschaffungsmethoden sowie auch im Hinblick auf einen zu erwartenden Impfstoff gegen Corona.*
- Die Sicherstellung der nötigen Ressourcen und die professionelle Bereitstellung von relevanten Informationen, um künftig ein Chaos bei den Impfkationen und den Anmeldungen zu vermeiden.*
- Die bevorzugte Versorgung mit dem Impfstoff von Risikogruppen und Menschen, die im kritischen Infrastrukturbereich sowie in für die Stadt Graz systemrelevanten Tätigkeiten arbeiten.*
- Die Organisation der Abläufe im zuständigen Amt nicht nur für die jetzige Situation, sondern für alle Zukunft so zu optimieren, dass ein qualitativvolles und effizientes Serviceangebot für die Grazerinnen und Grazer sichergestellt werden kann.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher via Livestream. Nur ganz kurz noch von mir etwas dazu, zu unserem gemeinsamen Antrag. Wie von meiner geschätzten

Kollegin Frau Prof. Dr. Kopera soeben ausgeführt, liegt die Gesundheitsvorsorge der Grazer in puncto Impfen ja ganz offensichtlich im Argen und dieser Zustand, dieser chaotische Zustand, der hat sich nicht von heute auf morgen ergeben, sondern der war schon längerfristig absehbar. Das Ganze eigentlich seit vorigem November, also vor einem Jahr, wo voriges Jahr schon der Impfstoff viel zu früh ausgegangen ist, und jetzt ist ein Jahr vergangen und da kann man wirklich sagen, dass der Gesundheitsstadtrat Krotzer das offenbar wirklich komplett verschlafen hat. In diesem Jahr, wie von meiner Kollegin schon erwähnt, hat es dazu etliche Initiativen gegeben. Nicht nur einen dringlichen Antrag im Februar, sondern auch einen Abänderungsantrag unsererseits, weil die KPÖ und der Gesundheitsstadtrat ihre Verantwortung auch an den Bund und an das Land abschieben wollten. Dann hat es im Gesundheitsausschuss dazu eine ganze Sitzung gegeben, nur zu diesem Thema, und trotzdem hat es jetzt nicht funktioniert. Es ist schon ein bisschen peinlich. Und deshalb heute, von uns gemeinsam, quasi die vierte Initiative innerhalb weniger Monate, eben die Forderung nach der Entwicklung einer Impfstrategie für die Stadt, die dann hoffentlich auch funktioniert, also ich bitte um Annahme (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die via Livestream dabei sind. Ich möchte mich einmal bei den beiden Damen bedanken für diesen dringlichen Antrag, weil ich glaube, es ist wichtig, dieses Chaos der letzten Tage und Wochen politisch auch einmal aufzuarbeiten. Ich glaube, der Tag dafür ist gekommen. Lieber Robert Krotzer, ganz Graz fragt sich, was du letzten Sommer getan hast. Sich um die Gesundheit der Grazer zu kümmern, wird es wohl nicht gewesen sein. Zu diesem Eindruck kommt man unweigerlich, wenn man sich das Chaos der letzten Tage rund um die aktuell anlaufende Grippeimpfung in dieser Stadt ansieht. Überlastete Hotlines, falsche Termine, verzweifelte Bürger. Ich glaube, eine gute Vorbereitung auf den zu

erwartenden Ansturm in diesem Corona-Jahr auf die Grippeimpfung, die sieht jedenfalls anders aus. Und es ist umso unverständlicher, und es ist ausgeführt worden, da du bereits im Februar dieses Jahres von meiner Kollegin Astrid Schleicher in einem dringlichen Antrag, der auch einstimmig hier durchgegangen ist, hier aufgefordert worden bist, Vorsorge zu treffen und nach dem Engpass, den wir im November 2019 erlebt haben, die rechtzeitige und vor allem ausreichende Bestellung von Impfstoffen vorzunehmen, und dieser Aufgabe bist du nicht nachgekommen. Und was mich dann schon sehr stört ist, dass du es dann auch nicht der Mühe wert findest, dich auf die Hinterläufe zu stellen und alles zu unternehmen, gleich wie deine Kollegen in Linz, Michael Raml, Gesundheitsstadtrat, dein Kollege in Wien, Hacker, von der SPÖ, die haben es ja auch geschafft, genügend Impfstoff für ihre Städte zu besorgen, und was mich dann stört ist, dass ihr als KPÖ, als kommunistische Partei, versucht habt, die Verantwortung abzuschieben in Richtung Land und in Richtung Bund. Das war ja auch der Inhalt des dringlichen Antrages deines Kollegen Dr. Meister, das haben wir ja abgeändert, weil wir gesagt haben, du bist verantwortlich für die gesundheitliche Versorgung in dieser Stadt. Und da sind doch einige Schnitzer passiert, wo dann in Wahrheit nur die Diagnose übrigbleibt: Überforderung mit leichten Anzeichen von Unfähigkeit. Und es fehlt an einer Strategie in dieser Stadt, an einer umfassenden Strategie, um eben auch vor allem in diesen angespannten Zeiten zumindest auf der Front des Influenza-Bereiches für Ruhe zu sorgen und leider, und meine Kollegin hat es angesprochen, hat das auch dazu geführt durch diese mangelnde Kommunikation, dass das tadellos agierende Gesundheitsamt auch viel an Vertrauen einbüßen musste. Ich komme schon langsam zum Schluss, ein Blick auf die Social-Media-Kanäle, die du ja bespielst, verrät ja dann doch sehr deine wahre Passion, diese liegt anscheinend hauptsächlich im antikapitalistischen Kampf gegen Wohlhabende, im Einsatz für die 35-Stunden-Woche und anderen marxistischen Enteignungsfantasien, aber eines sei dir in dein Stammbuch geschrieben: Am kommunistischen Manifest wird die Grazer Seele und damit die Gesundheit mit Sicherheit nicht genesen. Und ich glaube, Helfen statt Reden ist ja

ein Plakat-Slogan, den ihr gewählt habt in dieser Frage. Um dieses Chaos auch abzustellen, wäre es, glaube ich, auch wirklich einmal notwendig, hier diesen Slogan auch praktisch anzuwenden, das darf ich hier auch appellieren. Daher abschließend, ich möchte dir das sozusagen noch einmal in dein Gewissen injizieren, um in der Impfsprache zu bleiben, Sorge endlich für die notwendige Versorgungssicherheit im städtischen Gesundheitsbereich. Ich denke, dann können wir alle hier zufrieden sein. Danke (*Appl.*).

GR Dr. Meister:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter hoher Stadtrat, lieber Herr Bürgermeister. Zu Beginn möchte ich nur sagen, mir ist das ja schon abgegangen. Ich bin ja jetzt ein dreiviertel Jahr im Gemeinderat und regelmäßiges Kommunisten-Bashing gehört da irgendwie dazu, weil Spaß muss sein (*Gelächter im Saal, Appl.*).

Bezüglich Influenza-Impfung möchte ich nur eines sagen: Ich bin seit 31 Jahren Allgemeinmediziner und wahrscheinlich in diesem ganzen Rahmen hier der Einzige, der sich regelmäßig an der Front befindet, und ich habe heuer zwar Sorge, und so weiter, bemerkt bei meinen Patienten, ich sage nur dazu, dass ich durchschnittlich 1.500 Gebietskrankenkassen-Patienten pro Quartal abrechne, das heißt, es ist ein gewisser repräsentativer Schnitt durch meinen Bezirk und es ist so, dass ich Sorge gemerkt habe, aber von großer Angst und Panik nichts. Es hat sich aber in diesem Jahr schon etwas verändert, und zwar üblicherweise bekommen wir Allgemeinmediziner ein Angebot von der Pharmaindustrie, etwa im April/Mai, sodass wir selbst Impfdosen in einem kleinen Umfang bestellen können. Dieses Angebot hat es heuer nicht gegeben, und ich habe auch erfahren, dass Hausapotheken, führende Ärzte am Land kein Angebot von Seiten der Pharmaindustrie bekommen haben, das heißt, es ist eine Knappheit von Impfstoff da und das betrifft nicht nur die Stadt Graz. Bezüglich der Impfstrategie, die Impfstrategie der Stadt Graz erinnert mich an die Strategie der Apotheken, die

auch nicht mehr Impfstoff bekommen als üblich, wenn überhaupt. Und zwar die Apotheke, mit der ich zusammenarbeite, die vergibt Impfstoffe generell an Risikopatienten und –patientinnen und über 65-Jährige und andere. Wir, z.B. meine Mitarbeiterinnen, die jung sind, die bekommen von der Apotheke nicht so wie üblich einen Impfstoff. Diese Strategie, wo gesagt wird, es gibt in Graz keine Strategie, wird auch von der Impfstelle Graz angewendet. Weil jeder Stammkunde, wobei diese Stammkunden zu 90 % zu den Risikopatienten und –patientinnen zählen, hat einen Brief bekommen bzw. wird ihn bekommen, wo er eingeladen wird und einen für ihn reservierten Impfstoff samt Termin angeboten bekommt. Wir haben in dieser Situation die Wahl, entweder impfen wir jene Menschen, die zuerst kommen, nach dem Motto, wer zuerst kommt, mahlt zuerst, oder wir sorgen uns um die Menschen, die diese Impfung dringend brauchen. Und so wie die Apotheke so hat auch die Stadt reagiert und geplant, und das finde ich in Ordnung. Bezüglich des Chaos, das ja zweifelsohne war, bei der Anmeldung, vor allem bei der digitalen und Telefon-Anmeldung, hätte ich eine Frage an Sie, werte Kolleginnen und Kollegen. Hat irgendwer von Ihnen einmal eine Karte bestellt für ein Konzert von weltweit bekannten Künstlern per Internet und hat jeder immer eine Karte bekommen? Das ist eigentlich ganz logisch, dass das unter Umständen nicht passiert, wenn eine große Nachfrage da ist, so wie 10.000 Anfragen innerhalb von einer Viertelstunde. Bezüglich meines dringlichen Antrages, den ich im Mai gestellt habe, ging es eigentlich darum, dass er die Erfahrung zeigt, dass je größere Impfstoffmengen man auf einmal bestellt, desto eher sind sie zu bekommen. Das wurde abgelehnt und die Stadt Graz kann nicht eigenständig irgendwo Impfstoffe kaufen, sondern sie muss sich an die Bundesagentur oder an das Land Steiermark wenden. Robert Krotzer hat es immerhin geschafft, die Impfstoffmenge für heuer zu verdoppeln, nämlich auf 11.000 Dosen, wobei nicht sicher ist, ob das Land Steiermark seiner Zusage nachkommen kann, weil die selbst nicht wissen, ob sie den Impfstoff bekommen, dafür kann ich aber den Herrn Stadtrat nicht verantwortlich machen. Im Übrigen kommt mir das irrsinnig ideologiegeladen vor dieser Antrag, weil sämtliche Vorschläge, die von unserer Seite gekommen sind,

beziehen sich eigentlich auf den konservativen deutschen Gesundheitsminister Spahn, der im Frühling 200.000 Impfdosen für Deutschland nachgekauft hat und auch z.B. das Personal für das Covid-Tracing, für das Covid-Tracking deutlich erhöht hat für die Bezirke, das ist in Österreich nicht passiert. Also man kann nicht sagen, dass wir gute Ideen von konservativen Politikern als Kommunisten deshalb ablehnen, weil sie von Konservativen kommen, aber es geht bei Ihnen ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dr. **Meister:**

... bin schon dabei und außerdem bin ich der Ältere und der, der fertig redet.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:** (lacht) Nein, das stimmt leider nicht. In diesen Gepflogenheiten ist das falsch (Gelächter und Appl. im Saal).*

GR Dr. **Meister:**

Ich möchte Ihnen jetzt etwas mitteilen, was Sie überraschen wird. Wir werden diesem dringlichen Antrag zustimmen, und zwar warum? ...

*Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** lacht.*

GR Dr. **Meister:**

... nicht, weil wir den Begründungstext, also ich zumindest befinde den Begründungstext beinahe peinlich ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, ja sicher.*

GR Dr. Meister:

... weil z.B. ist es auch so, dass momentan gar keine Rede sein kann, dass die Influenzawelle beginnt, ich bin in dem Sentinel-System drinnen, wo ich jede Woche eine Nachricht bekomme und in Österreich gibt es momentan keine Influenza-Welle im Anrollen, die kommt erst. Es geht uns, wir stimmen diesem dringlichen Antrag zu, weil es uns um die Sache geht und weil es zu schade ist, es ist wirklich diese Angelegenheit ernst und es ist uns viel zu schade, ein vorzeitiges Wahlkampf-Getöse im Stil von Donald Trump zu inszenieren, wie Sie das tun (Appl.).

**Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz
(15.40 Uhr).**

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste im Livestream und auch liebe Antragstellerinnen. Von unserer Seite können wir sagen, wir werden dem dringlichen Antrag auch zustimmen, weil wir das tatsächlich sinnvoll finden, so eine Impfstrategie zu erarbeiten. Was ich aber schon sagen möchte zu dem, wie die Debatte jetzt medial über die letzten Tage und auch jetzt im Gemeinderat abgelaufen ist, ich finde einfach, dass das Thema ist unangemessen. Vor der Gemeinderatssitzung gab es ja eine Besprechung der StadträtInnen und der Klubobleute zur aktuellen Covid-19-Situation, und mir wurde berichtet, dass Sie, Herr Bürgermeister, gesagt haben, dass dieses Thema ein Thema ist, wo wir uns nicht streiten sollten, wo es eben keinen Raum für politischen Streit gibt. Und genau so sehe ich das auch eben beim Thema der

Grippeimpfung, das ist ein zentrales Thema für die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt und das sollte einfach nicht politischer Spielball sein oder Bühne für politischen Hickhack, wo man Verantwortung herumschiebt und einfach nur probiert, jemanden pauschal schlecht zu machen, wie das, finde ich, die letzten Tage passiert ist, und das finde ich eigentlich unnötig. Ich bin auch der Meinung, dass es gewisse Versäumnisse gab und dass man die sachlich diskutieren soll und anschauen soll, aber das, finde ich, ist einfach bisher nicht passiert, also dem Stadtrat da zu unterstellen, er würde pauschal Panik verbreiten in der Stadt, kommt mir doch sehr weit hergeholt vor. Ich bin jetzt nicht dafür da, den Robert Krotzer zu verteidigen, aber können wir bei dem Thema nicht einfach vernünftig zusammenarbeiten und schauen, wie wir in Graz eine gute Versorgungssicherheit in puncto Grippeimpfung herstellen können? Weil das sollte ja von uns allen wohl der zentrale Wunsch sein, deswegen haben wir, als eben klar wurde, dass es gewisse Pannen gab, beim Beginn der Impfkation vorgeschlagen, dass es einen Sondergesundheitsausschuss gibt, wo man das noch einmal aufarbeitet und auch schaut, wie man das im nächsten Jahr wirklich besser gestalten kann. Und was für mich eben auch ein großes Fragezeichen ist, ja, es braucht diese Impfstrategie, aber glaubt mir, es muss sich auch wirklich in einer besseren finanziellen Ausstattung des Gesundheitsamtes widerspiegeln, weil wir wissen, dass das ein Amt mit wenigen Leuten ist und wie soll das letztendlich umgesetzt werden, also wie wir die ganzen Risikogruppen in der Stadt erreichen und so weiter. Es muss dafür einfach finanzielle Ressourcen auch geben, und ich finde, dann kann das vernünftig angegangen werden und das sollte unser aller Ziel sein (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann gleich bei Kollegin Wutte anschließen. Wir sind auch überzeugt, von der SPÖ, dass sich dieses Thema überhaupt nicht für politisches Hickhack eignet, wie es jetzt da auch im Gemeinderat momentan stattfindet, sondern dass man da zwar mit Kritik, die auch

durchaus angebracht ist in Teilen, aber dass man das auf einer sachlichen Ebene durchführen sollte. Fakt ist, wenn man die Situation in Graz betrachtet, dass natürlich aus Sicht der Bevölkerung in Graz einiges nicht passt, weil der, der Impfstoff haben will, hat wenig Verständnis dafür, wenn er keine Möglichkeit hat, jetzt die Grippeimpfung zu bekommen. Der Gesundheitsstadtrat hat sicher einen gewissen Teil an Verantwortung zu übernehmen, weil das Chaos jetzt mit diesem Formular, das nicht auffindbar war, hätte man vielleicht mit einem Testlauf vermeiden können. Und auch wenn der Kollege Meister gesagt hat, dass man jetzt ein Strategie hat und dass man die Stammkunden und die Risikopatienten anschreibt, so ist das erst nach einer Kritik in der Öffentlichkeit so passiert, weil, soweit ich mich erinnern kann, war es schon bei der ersten Anmeldung so, dass das nicht so schon war, aus meiner Sicht. Da sind sicher Kritikpunkte, die man dir, Robert, vorwerfen kann. Was ich betonen möchte und was wichtig ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsamt, wir haben es heute in der Vorbesprechung gehört, die sind seit Wochen, Monaten am Limit. Es war eine kleine Truppe, die gestartet ist mit dieser Covid-Krise, inzwischen, glaube ich, fast verdreifacht das ganze Personal, aber man hat laufend nachbessern müssen und da sind Ärztinnen und Ärzte, die teilweise an sieben Tagen in der Woche mehr als zehn Stunden arbeiten müssen und die sind am Limit und natürlich können da auch Fehler passieren. Deshalb müssten wir, auch wenn wir Kritik üben, eher in die Zukunft gerichtet versuchen, wie wir es besser machen können, aber wirklich die in Schutz nehmen, die vor Ort diese Arbeit auch verrichten müssen. Den Antragstellerinnen, vor allem dir, liebe Kollegin Schleicher, kann ich einen Vorwurf nicht ersparen: Ich glaube, du hast den Antrag vom Kollegen Meister vor dem Sommer falsch verstanden, das war kein Abschieben in Richtung Bund, das war ein Weg, der aufgezeigt wurde, wie wir vielleicht Mitte des Jahres noch irgendeine Möglichkeit haben, zu mehr Impfstoff zu kommen. Weil es ist heute eh schon mehrfach betont worden, für ein paar tausend Dosen wird kein Pharmakonzern nur einen kleinen Finger rühren und das an Graz irgendwo vergeben. Wenn, gelingt es nur ähnlich, wie es in Deutschland auch passiert ist, dass der Bund mit

einer Strategie das Ganze nachbestellt und der Bund, muss man auch dazusagen, hat auch seine Versäumnisse gehabt, was jetzt auch dazu führt, dass die Apotheker teilweise keinen Impfstoff haben. Weil im Frühjahr hat der Bund einmal zwischendurch angedeutet, es wird eine österreichweite Impfkation geben, was wieder andere dazu bewogen hat, nichts zu bestellen. Also da gibt es eine Reihe von Irrtümern und Versäumnissen, die jetzt eben zu der Situation führen, die wenig zufriedenstellend ist. In dieser Woche, glaube ich, oder war es vorige Woche, hat es auch schon ein Journalist irgendwo auf den Punkt gebracht; die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, die sollte eigentlich nicht lauten: Wer ist schuld? Sondern, die sollte lauten: Wie kann für die Zukunft sichergestellt werden, und das wird für heuer nicht mehr gelingen, oder nur schwer gelingen wie kann für die Zukunft sichergestellt werden, dass wir ausreichend Impfstoffe zur Verfügung haben? Da habe ich auch gelesen, dass wir noch weiter aufdoppeln wollen, und vor allem, wie können wir das System, das Impfsystem in Graz, noch weiter verbessern, das ist eh schon von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern auch angesprochen worden, damit müssen wir uns beschäftigen und nachdem der Antrag zumindest rudimentär diese Ansätze verfolgt, indem man auch auf die Organisation des Impfablaufes hinzielt, werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Abseits einigen Donners, den wir schon gehabt haben, gibt es rund um die Grippeimpfkation 2020 sehr viel zu sagen in sehr beschränkter Zeit. Ich werde versuchen, anhand auch von vier O-Tönen zu versuchen, die Situation etwas überschaubar zu machen. „Was tun?“, hat ein Leser der Kleinen Zeitung in dem gestrigen Leserbrief gefragt und ausgeführt: „Einerseits wird empfohlen, sich impfen zu lassen, andererseits ist kein Impfstoff verfügbar. Mein erster Anruf

diesbezüglich war bei meiner Hausärztin, für sie war nie ein Impfstoff verfügbar; zweiter Anruf bei der Stadtapotheke: kein Impfstoff verfügbar. Dritter Anruf bei der Apotheke des Bezirkes: kein Impfstoff verfügbar. Ich soll mich mit dem Hygieneinstitut in Graz in Verbindung setzen, Anruf beim Hygieneinstitut: kein Impfstoff verfügbar. Ich soll mich mit der Landesimpfstelle in Graz in Verbindung setzen, Anruf bei der Landesimpfstelle: Ein Tonband teilt mit, dass kein Impfstoff verfügbar ist.“

Das ist einmal zu den Rahmenbedingungen, mit denen wir am 5. Oktober in die Online-Anmeldung gestartet sind, in die Grippeimpfaktion des Grazer Gesundheitsamtes. Für die technische Panne in Form dessen, dass die Verlinkung des Online-Formulars anfänglich nicht auffindbar gewesen ist, kann ich mich nur nochmals entschuldigen, wie ich das auch bereits medial getan habe gegenüber jenen, die das nicht aufgefunden haben. Aber der Landesweite Mangel an Grippeimpfstoff in Apotheken, bei Hausärzten, etc. führt zu einem steiermarkweiten Run auf die Impftermine, den die städtische Impfstelle unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen schlichtweg nicht bewältigen kann. Wir haben alleine an diesem Montag innerhalb von 10 Minuten 10.000 Zugriffe auf das Online-Formular gehabt, insgesamt waren es am Montag 41.000 Zugriffe. Das bringt nicht nur die städtischen Server und das zugehörige Online-Tool an den Rand der Leistungsfähigkeit, sondern führt natürlich auch dazu, dass die 560 verfügbaren Impftermine innerhalb weniger Minuten vergeben sind.

Damit darf ich zum zweiten O-Ton kommen: „Keine Grippeimpfung, weil der Amtsarzt fehlt“, hat die Kleine Zeitung Süd-Ost und Süd am Dienstag dieser Woche über die Situation in der dortigen Bezirkshauptmannschaft berichtet. Eben diese Situation ist bei uns nicht eingetreten und dafür darf ich mich mehrfach bedanken, erstens bei den Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitsamtes unter der Leitung von Frau Dr. Winter, die, wir haben es heute auch schon gehört, seit Monaten bei der Eindämmung der Corona-Pandemie Unglaubliches leisten. Nur zwei Zahlen; im vergleichsweise starken Masern-Jahr 2019 wurden 10 Quarantäne-Bescheide erstellt, jetzt liegen wir bei über 20.000 Quarantäne-Bescheiden. In einem

durchschnittlichen Monat finden im Gesundheitsamt 5.000 Telefonate statt, jetzt pro Monat 50.000 Telefonate. Ich darf mich weiters bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen der Impfstelle selbst, unter der Leitung von Frau Draxler, als auch bei allen helfenden Händen von der Ordnungswache, über die ITG, Öffentlichkeitsabteilung, Magistratsdirektion oder Präsidialabteilung dafür, dass am Montag die Impfkation starten konnte und zwar in einer Situation, wo auch Corona-Abstandsregelungen etc. gut eingehalten werden konnten und wo diese Impfkation unter großer Sorgfalt gestartet werden konnte.

Bringt mich zum dritten O-Ton einer Rückmeldung, die die Impfstelle bekommen hat: „Wir waren heute bei der Grippeimpfung im Gesundheitsamt, herzlichen Dank die professionelle Organisation und ein besonders respektvoller Dank allen Damen und Herren vom Empfang bis zur Impfung für die freundliche, kundenorientierte Betreuung.“ Mein dritter Dank geht an den Herrn Bürgermeister, an den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter und den Magistratsdirektor für die personelle Aufstockung des Gesundheitsamtes, insbesondere seit dem Sommer, damit neben den unglaublichen Herausforderungen beim Contact-Tracing eben auch den eigentlichen Aufgaben in Form der Grippeimpfung nachgegangen werden kann. Und schließlich bedanke ich mich bei Ihnen allen für den einstimmigen Beschluss des Gemeinderates vom Juli 2020, der es uns ermöglicht, im kommenden Jahr für die kommende Impfsaison als Stadt eigenständig Impfstoff einzukaufen, zusätzlich zu den Dosen, die wir vom Land zur Verfügung gestellt bekommen. Apropos Bürgermeister und Bürgermeister-Stellvertreter: Mit beiden war der Ablauf auch soweit koordiniert, es gab grünes Licht davon, ich nehme aber auch die Kritik von Ihnen beiden ernst, dass wir auch beim nächsten Mal das auch gegenüber dem Gesundheitsausschuss noch einmal ausführlich berichten. Und damit komme ich zum Punkt, dass wir im Gegensatz zu allen anderen öffentlichen Impfstellen in Österreich, bei denen im Übrigen sämtliche Termine längst nach dem Prinzip „First come, first serve“ vergeben sind, nämlich sehr wohl ein Konzept haben, in dem wir nämlich darauf setzen, dass diejenigen, die in den vergangenen Jahren bei uns waren, einen Impftermin und einen reservierten Impfstoff bekommen und dazu

eben auch eingeladen werden. Damit schließe ich und erspare Ihnen den vierten O-Ton (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, nur zur Klarstellung, da dieser Antrag von mittlerweile mehr als der Hälfte der Gemeinderäte gestellt wird, haben wir nicht über die Dringlichkeit mehr abzustimmen, die ist damit gegeben und wir sind nicht mehr bei der Dringlichkeit, sondern klar beim Inhalt. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Gemeinderätin Hopper.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzter Her Bürgermeister, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Ich habe ein paar Punkte, ich habe versucht, sie möglichst gut zu strukturieren. Allererstens, und das hat mich am ehesten betroffen, finde ich es bedauerlich und beschämend eigentlich, dass ein Arzt, und ich spreche Sie hier an, Kollege Meister, hier rausgeht und aufgrund von Parteilassung argumentiert, dass die Verantwortung des Stadtrates eh nicht so groß ist und da irgendwie so bewitzelt und die so ein bisschen runterspielt, so als wäre das alles kein Problem, und darüber hinaus Risikogruppen, für die vielleicht diese Grippeimpfung eine lebenswichtige Impfung auch sein kann, mit Vergnügen von Konzerten vergleicht. Also da hat es mir irgendwie alles umgedreht, und ich finde das wirklich entsetzlich, eigentlich den Vergleich zu treffen, sehr, sehr eigenartig. Aber die Opferrolle passt irgendwie ja auch nicht zur KPÖ, weil da suhlt man sich zwar gerne drinnen und man hat halt Verantwortung über Täterrolle, kann in dem Fall auch genommen werden, weil dafür hätte man ja jetzt aktiv den Sommer über, und darüber hinaus, etwas tun müssen, das heißt Täter fällt irgendwie auch weg. Die Frau Kollegin Wutte hat auch angesprochen, dass man da nicht dem Gesundheitsstadtrat vorwerfen kann, Panik

aktiv zu verbreiten, also aktiv per se nicht, eher wegen passiver Untätigkeit, möchte ich da fast sagen. Und ich glaube, da ist auch eine gewisse Verwirrung, sowohl von den Grünen als auch von der Sozialdemokratie, was der Unterschied zwischen politischer Verantwortung und politischem Hickhack ist. Weil für uns ist das schon etwas sehr Ernstes, wenn es um die Gesundheit der Grazerinnen geht und wenn man dafür verantwortlich ist, sollte man sich dafür auch verantwortlich zeigen. Eigentlich wollte ich anfangen mit einem Zitat, listigerweise mit einer Seite, die ich nicht so oft zitiere, nämlich der euren Seite, der KPÖ. Wo eh unser Gesundheitsstadtrat, du, lieber Robert, im Mai schon veröffentlichst hast unter anderem: „In Zeiten sozialer Nöte ist es wichtig, in der Praxis unter Beweis zu stellen, dass die KPÖ eine nützliche Kraft an der Seite der Bevölkerung ist.“ Den Teil über Formen des Widerstandes und Gegenwehr gegen das Kapital, etc. lassen wir da jetzt raus, aber das ist ja per se ein voll guter Vorsatz und es wäre genial gewesen, wenn man sich das wirklich zu Herzen nimmt und umsetzt. Aber ich finde das nicht zumutbar und es war in der Vergangenheit nicht zumutbar gegenüber den Grazerinnen und Grazern, dieses Chaos hinzunehmen und die Etymologie haben wir heute von der Stadträtin Kahr auch schon gehört, woher das Wort kommt und was es bedeutet und es ist auch ein bisschen verwirrend, selbst hier, weil der Kollege Meister sagt, naja es ist eigentlich keine Panik, er nimmt keine Panik wahr. Und es eine sehr wertvolle Wahrnehmung von Ihnen, auf der anderen Seite hören wir vom Herrn Stadtrat, dass es tausende von Zugriffen gegeben hat, die keine Termine für diese Impfung bekommen haben; da passt aus meiner Sicht etwas nicht zusammen und ich finde es unverantwortlich, als Stadtrat dann aber wiederum hinzunehmen, dass Menschen am Gesundheitsamt zu zweifeln beginnen, was total wichtig für unsere Stadt ist und noch nie angezweifelt wurde, und da eine gewisse Gleichgültigkeit ausstrahlt in der Kommunikation nach außen aus meiner Sicht. Es reicht nicht, auf die Impfstelle zu zeigen, die man zuerst gerettet und jetzt halt anzweifeln hat lassen, es reicht nicht, sich hinter der Expertise der Abteilung zu verstecken, es reicht nicht, Maßnahmen anderer Städte als zettellastigen Aktionismus zu bezeichnen, den eigentlich Ihre

Jugendorganisation ja auch so feiert und ich glaube auch nicht, dass es reicht, sich hinter Kritikerinnen und Kritikern irgendwie ein bisschen larmoyant einfach zu äußern und zu sagen: „Ja, es war halt schwierig.“ Und wenn der Antrag von uns im Februar nicht gereicht hat, da aktiv zu werden und wenn auch die Sorgen der Grazerinnen Grazer nicht reichen, dann möchte ich Ihnen, Herr Stadtrat, nahelegen, sich bitte Ihre eigenen Worte zu Herzen zu nehmen und da ein bisschen aktiver zu werden und ich glaube auch, dass da in einer gewissen Weise die kommunistische Weltrevolution vielleicht auch kurz warten kann, wenn man dafür seiner Verantwortung als Gesundheitsstadtrat unserer Landeshauptstadt nachkommt (*Appl.*).

Unverständliche Unterhaltungen und Wortmeldungen im Saal.

Bgm. Mag. Nagl:

Ich darf dich bitten, zum Rednerpult zu gehen.

GRⁱⁿ Hopper:

Verzeihung, das war ein bisschen unklar formuliert, das passiert manchmal bei emotionalen ...

Genau, dass Sie zur Impfstelle oder zum Gesundheitsamt, zur Impfstelle, ich glaube, dass diese zuerst und auch in vielen Medienartikeln Rettung der Impfstelle und die Wahrnehmung von der Tatsache, dass der Herr Gesundheitsstadtrat ja gerettet hat, und das Hinzeigen zur Impfstelle nicht hilft und nicht reicht, gerade in dieser wichtigen Diskussion, weil durch die Tatsache, dass sich Menschen nicht impfen lassen können, dass es da zu Unsicherheiten kommt, da das Standing und die öffentliche Wahrnehmung der Bevölkerung, glaube ich, sinkt, und das ist das, was ich als fahrlässig bezeichnet habe, als keine Klarstellung.

GRⁱⁿ Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Sehr geehrte Damen und Herren, Gesundheit ist kein Popkonzert, lieber Kollege Meister, ich glaube, das war wirklich ein stark hinkender Vergleich, aber kehren wir wieder auf die Sachebene zurück. Als politisch Verantwortliche sollten wir der Bevölkerung gerade in Gesundheitsfragen Sicherheit geben und aus dem Grund möchte ich den Inhalt unseres gemeinsamen dringlichen Antrages und die Forderungen an dich, Herr Stadtrat, bekräftigen und bitte um Annahme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.2 Österreichweiter Ausbau der Hospiz- und Palliativangebote, Petition (GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger, ÖVP)

GRⁱⁿ **Potzinger:**

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Herr Bürgermeister hat freundlicherweise den wesentlichen Inhalt unserer Petition bereits angekündigt.

Vor wenigen Tagen, vorigen Samstag, war ja der internationale Hospiz- und Palliativtag, der weltweit begangen wurde und heute ist eine schöne Gelegenheit, auch hier im hohen Haus, im Grazer Gemeinderat, darauf einzugehen und das mit einer wichtigen Forderung an die Bundesebene zu unterstreichen. Die Stadt Graz ist, wie wir wissen, österreichweit vorbildlich mit Palliativ- und Hospizangeboten ausgestattet, die von allen Betroffenen dankbar angenommen werden.

Beispielhaft seien erwähnt unser Albert-Schweitzer-Hospiz und der Hospizverein in unseren Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz. Ich denke auch an die wunderbare Palliativstation bei den Elisabethinen und anderen wichtigen Einrichtungen in unserer Stadt. Die Steiermark ist vor allem im ehrenamtlichen Engagement vorbildlich: Mehr als ein Viertel der Personen, die sich in Österreich

im Hospizbereich engagieren, tun dies in unserem Bundesland und besuchen auch regelmäßig Befähigungskurse zur Lebens-, Sterbe- und Trauerbegleitung, um den Betroffenen und ihren Familien und Angehörigen bestmöglich beistehen zu können. Dazu nur eine Zahl: Im Vorjahr wurden österreichweit ehrenamtlich fast eine halbe Million Stunden geleistet, ein Drittel davon in der Steiermark; diese hohe Zahl von ehrenamtlichen Stunden, bedarf dringend einer Entlastung im Administrativ- und Koordinierungsbereich. Es geht auch um die Abdeckung der Fahrkosten, um diesen wertvollen Dienst zu erleichtern. Ein Blick auf unsere Alters- und Pflegeheime, auch dort wird Palliative zunehmen implementiert, auch die hauptamtlichen MitarbeiterInnen schulen sich in Fortbildungskursen, 60 davon wurden in der Steiermark absolviert von den 187 österreichweit. Da sehen wir wieder, dass die Steiermark da an der Spitze ist, wie HOSPIZ ÖSTERREICH, Hospiz- und Palliative Care, uns im Jahresbericht dargelegt hat.

Wir wollen mit diesem würdevollen Weg ein gutes Beispiel für ganz Österreich sein und appellieren dringend an die Verantwortlichen auf Bundesebene, durch den Ausbau von Palliativ- und Hospizangeboten und die verstärkte Unterstützung für in diesem Bereich hauptamtlich und ehrenamtlich Tätige allen Menschen ein natürliches Lebensende in Geborgenheit und Würde zu ermöglichen.

Ein besonderes Augenmerk möge auch auf den Bereich Kinderhospiz gelegt werden. Das war übrigens heuer auch international ein Schwerpunkt, weil es ja leider auch schwerstkranke Kinder gibt, die die entsprechend Unterstützung, und vor allem auch ihre Familien, brauchen.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs im Petitionswege an die Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates folgenden

dringlichen Antrag:

Die Verantwortlichen auf Bundesebene werden dringend ersucht, sich dafür einzusetzen, dass mobile und stationäre Palliativ- und Hospizangebote österreichweit ausgebaut werden.

Ich bitte herzlich um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Stadt Graz ist österreichweit vorbildlich mit Palliativ- und Hospizangeboten ausgestattet, die von allen Betroffenen dankbar angenommen werden. Beispielhaft seien das Albert-Schweitzer-Hospiz und der Hospizverein in unseren Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ) genannt.

Die Steiermark ist vor allem im ehrenamtlichen Engagement vorbildlich: Mehr als ein Viertel der Personen, die sich in Österreich im Hospizbereich engagieren, tun dies in unserem Bundesland und besuchen auch regelmäßig Befähigungskurse zur Lebens-, Sterbe- und Trauerbegleitung, um den Betroffenen und ihren Angehörigen bestmöglich beistehen zu können.

Im Vorjahr wurden österreichweit ehrenamtlich bereits fast eine ½ Million Stunden geleistet – es bedarf daher dringend einer Entlastung der Ehrenamtlichen im administrativen und Koordinierungsbereich und einer Abdeckung der Fahrtkosten, um diesen wertvollen Dienst zu erleichtern.

Erfreulicherweise werden auch in immer mehr Alters- und Pflegeheimen Hospizkultur und Palliative Care implementiert und die hauptamtlichen MitarbeiterInnen in Fortbildungskursen geschult – 60 dieser österreichweit 187 Einrichtungen sind in der Steiermark! (Quelle: HOSPIZ ÖSTERREICH Hospiz- und Palliative Care, Stand 31.12.2019).

Wir wollen mit diesem würdevollen Weg ein gutes Beispiel für ganz Österreich sein und appellieren dringend an die Verantwortlichen auf Bundesebene durch den Ausbau von Palliativ- und Hospizangeboten und die verstärkte Unterstützung für in

diesem Bereich hauptamtlich und ehrenamtlich Tätige allen Menschen ein natürliches Lebensende in Geborgenheit und Würde zu ermöglichen.

Ein besonderes Augenmerk möge auch auf den Bereich Kinderhospiz gelegt werden – für schwerstkranke Kinder sowie für ihre Eltern und Geschwister ist diese Unterstützung unverzichtbar.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs im Petitionswege an die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates folgende

dringlichen Antrag:

Die Verantwortlichen auf Bundesebene werden dringend ersucht, sich dafür einzusetzen, dass mobile und stationäre Palliativ- und Hospizangebote österreichweit ausgebaut werden.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Sissi Potzinger. Vielen Dank für diesen wichtigen Antrag, uns ist diese Thema auch sehr wichtig, deshalb habe ich im letzten Gemeinderat auch eine Anfrage gestellt zur Aufrechterhaltung der Hospizbegleitung in Corona-Zeiten. Normalerweise ist dieses Thema eher ein Randthema, über das keiner sprechen möchte, aber in Wirklichkeit betrifft uns das alle und das zeigt mir, egal wo ich hinschaue, wenn ich jetzt z.B. Facebook aufschlage, es vergeht kein Tag, wo nicht jemand postet „Ruhe in Frieden“ und ein Foto dazuschreibt, also es ist den Menschen wirklich ein Bedürfnis, über dieses Thema zu sprechen und ich selbst weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig den Menschen das ist, weil als ich selbst durch den Tod meines Vaters davon betroffen war, haben mir fast alle meine Kunden ihre Sterbeerfahrungen erzählt und das war für mich eine sehr bewegende Zeit und ich habe keine Palliativausbildung, deswegen finde ich es ganz besonders

wichtig, dass es eben Menschen gibt, die diese Ausbildung haben und deswegen möchte ich, ganz wichtig, den Steirischen Hospizverein dann noch einmal erwähnen, weil der Hospizverein Steiermark wurde ja 1993 gegründet und mittlerweile arbeiten ca. 900 ehrenamtliche Mitarbeiter in der Steiermark hier mit, in 32 Teams, in allen Bezirken in der Steiermark. Mehr als 4.000 Angehörige und Patienten werden jährlich begleitet und pro Jahr absolvieren 100 Menschen die Grundausbildung in der Hospizbegleitung, was sehr wichtig ist, dass es auch immer wieder neue Menschen gibt, die hier arbeiten, weil es einfach so wichtig ist und immer mehr benötigt wird. Deswegen halten wir den Ausbau der Hospiz- und Palliativangebote in Österreich für sehr wichtig und unterstützen diesen Antrag natürlich (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Sissi. Ein sehr, sehr wichtiger Antrag zu einem überaus sensiblen Thema, das hat die Kollegin vor mir auch schon gesagt, das niemand sehr gerne anspricht. Wahrscheinlich auch im Wissen darüber, dass jede und jeder von uns irgendwann auch einmal mit diesem Thema selbst konfrontiert sein kann. Würdevoll sterben zu können, ist ein sehr, sehr hoher Anspruch und ich denke, unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen und jenen, die da Hilfestellung geben, auch eben diesen Rahmen zu schaffen, dass das gut funktionieren kann. Aber so wenig, wie wir Menschen beim Sterben alleine lassen dürfen, so wenig dürfen wir auch die Angehörigen in dieser schwierigen Zeit alleine lassen, und deshalb ist es wichtig, wo immer die Möglichkeit besteht, dass Palliativteams einfühlsam diese letzten Monate, Wochen, Tage, manchmal sind es leider nur Stunden, mitbegleiten können, ist es auch eine ganz, ganz wertvolle Hilfe für die Angehörigen, die in dieser Stunde einfach auch eine Begleitung brauchen. Daher ist es so wichtig, wie du es richtig betont hast, dieses Angebot

auch weiter auszubauen, deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir diesem Antrag uneingeschränkt zustimmen werden.

StR Mag. **Krotzer:**

Danke für den Antrag, wo ich mich auch nur den vielen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen kann. Die letzte Lebensphase ist für die Betroffenen natürlich die schwerste, auch für die Angehörigen, und deswegen ist dieses Angebot auch ein so wichtiges. Vielen Dank auch noch einmal an die Frau Gemeinderätin Schönbacher für den Anstoß auch beim letzten Mal, dass auch in der gegenwärtigen Phase gewährleistet sein muss, dass eben auch der Zugang des Hospizvereines und aller Palliativteams in den Pflegeheimen gewährleistet sein muss. Ich habe auf deine Anregung hin auch den Termin mit dem Hospizverein abgehalten und wir sind auch so verblieben, dass, wenn der Fall auftreten würde, dass dem Hospizverein in bestimmten Pflegeheimen dort der Zutritt verweigert wird, werden wir als Pflegedrehscheibe gerne aktiv. Also das ist im Moment nicht aufgetaucht, aber werden da natürlich auch schauen, dass da auf städtischer Ebene unbedingt dieser Zugang offen bleibt. Dankeschön (Appl.).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sissi. Danke, dass du diesen sehr wichtigen dringlichen Antrag einbringst. Es ist jetzt schon vieles von meinen Vorrednern, Vorrednerinnen gesagt worden, es ist ein ganz, ganz wichtiges Thema, mit dem wir uns selbst vielleicht manchmal nicht so gerne konfrontieren wollen, was uns aber alle in der einen oder anderen Art betrifft und betreffen wird. Es ist eine ganz zentrale gesellschaftliche Aufgabe, ein Leben in Würde bis in die letzten Stunden zu ermöglichen. Ein paar Worte vielleicht noch zu dem, was auf Bundesebene jetzt auch in dem Bereich passiert. Eine Pflegereform ist ja in Ausarbeitung und ich habe jetzt extra noch einmal mit

unserer früheren Kollegin hier im Gemeinderat, mit der Bedrana Ribo, die auch für die Grünen für das Thema zuständig ist, Rücksprache gehalten und sie hat mir versichert, dass es dem Gesundheitsminister auch wirklich ein ganz, ganz großes Anliegen ist, eben bei der Pflegereform den Palliativ- und Hospizbereich auch wirklich besser finanziell auszustatten und erklärtes Ziel ist, ja auch wirklich den ganzen Bereich in eine Regelfinanzierung zu überführen und finanziell auf sichere Beine zu stellen, weil es ist ja unglaublich, was alles ehrenamtlich in dem Bereich passiert, aber gleichzeitig ist es einfach ganz, ganz wichtig, dass Menschen in dieser Situation und ihre Angehörigen auch wirklich professionell begleitet werden und dass das einfach ordentlich ausfinanziert wird. Und in dem Sinn werden wir auf jeden Fall den dringlichen Antrag unterstützen und ich würde vorschlagen, bleiben wir einfach auch beide an dem dran und fragen immer wieder auf Bundesebene nach, was sich tut, weil es wirklich ein sehr, sehr wichtiges Thema ist (*Appl.*).

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich möchte aus Sicht der Medizinerin diese Wichtigkeit bekräftigen. Sogar ich als Hautärztin habe mit solchen Fällen zu tun, und im Fall einer bösartigen Erkrankung ist diese finale Lebensphase, wie es schon mehrfach gesagt worden ist, eine sehr schwere, nämlich nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren Angehörige. Deshalb sind niederschwellig zugängliche Palliativ- und Hospizeinrichtungen von immenser Bedeutung. Der Ausbau der diesbezüglichen Angebote ist von höchstem Rang zum Wohle der Österreicherinnen und Österreicher, aber auch der Grazerinnen und Grazer. Danke, Sissi, für diesen Antrag (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Potzinger:**

Nachdem sich die einstimmige Annahme des dringlichen Antrages abzeichnet, bleibt es mir nur, mich herzlich zu bedanken bei euch für die Zustimmung, bei allen, die ehrenamtlich und hauptamtlich im Palliativ- und Hospizbereich tätig sind. Danke für dieses wichtige Signal, das ein großes Zeichen der Wertschätzung ist, es unterstreicht die Menschenwürde, die uns allen wichtig ist, in allen Lebensphasen und vielen Dank dafür. Danke für Ihre Annahme (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.3 Gebührenstopp (GR Manfred Eber, KPÖ)

GR **Eber:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Den Antrag könnte man inhaltlich vielleicht zusammenfassen: Das Leben ist zu teuer, was kann, was soll, die Stadt Graz dagegen tun? Es war bereits so, dass bereits vor Beginn der Corona-Epidemie immer mehr Menschen in unserer Stadt oder auch in unserer Stadt, das Problem gehabt haben, dass der Monat einfach zu lang war für das Geld, das ihnen zur Verfügung gestanden ist und egal, auf welcher Ebene man da schaut, ob das der Bereich Wohnen ist, was natürlich ein ganz entscheidender Bereich ist, ob das die öffentlichen Verkehrsmittel sind, ob das auch die Lebensmittel, die Grundnahrungsmittel sind, alles wird eigentlich regelmäßig teurer, zum Teil mit einem bestimmten Automatismus ja auch, und selbstverständlich könnte die Stadt Graz da jetzt natürlich Petitionen verschicken an den Bund, beispielsweise für eine Begrenzung

der Mietkosten, was natürlich auch sinnvoll wäre, aber heute, wie gesagt, geht es mir wirklich darum: Was kann die Stadt Graz konkret machen? In der Corona-Pandemie, oder mit dieser, sind dann viele Menschen, auch bei uns natürlich, haben viele Menschen Einkommensverluste massiver Art gehabt, sei es durch Arbeitslosigkeit, sei es durch Kurzarbeit, sei es dadurch, dass auch Einzelunternehmen, Ein-Personen-Unternehmen und Kleinunternehmen ihren Geschäften nicht mehr nachgehen konnten, also da auf Unterstützungen auch angewiesen waren, die es zum Glück, muss man sagen, ja auch gegeben hat von allen Ebenen, vom Bund, vom Land und auch von der Stadt Graz. Wir haben erst heute natürlich wieder diesen Beschluss gefasst, dass es beispielsweise die Wintergastgärten geben soll, also Gastgärten im Winter geben soll, um auch unsere Gastronomie in unserer Stadt zu unterstützen, aber die Frage ist natürlich auch: Was passiert mit jenen vielen Menschen, die eben auf solche Unterstützungen nicht zurückgreifen können? Und da stellt sich dann die Frage: Was können sie tun, wenn es diesen Teuerungsautomatismus gibt, der eben von Schwarz-Grün vor ungefähr vor zehn Jahren eingeführt worden ist im Bereich der Müll- und Kanalgebühren, auf die ich heute besonders das Augenmerk auch legen möchte. Die werden einfach jedes Jahr pünktlich mit 1. Jänner angehoben im Ausmaß der Inflationsrate und daneben gibt es ja auch in anderen Bereichen ähnliche Erhöhungen. Graz liegt, vor allem bei den Kanalgebühren, österreichweit an der Spitze, und auch bei den Müllgebühren, also da zahlen wir in manchen Bereichen praktisch doppelt so viel, kann man sagen, wie in anderen Städten in Österreich, wie in Wien, wie in Innsbruck. Und um hier zu einer minimalen Entlastung zumindest zu kommen, schlagen wir also vor, dass man einen Gebührenstopp machen soll für zwei Jahre, würde ich meinen, dass das sinnvoll wäre, dass man zwei Jahre lang Müll-, Kanal-, Wassergebühren eben nicht anhebt. Ich darf daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

einbringen:

Herr Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, eine Aussetzung der Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren für die Jahre 2021 und 2022 zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung möge den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten noch vor der Budgetsitzung in geeigneter Art und Weise übermittelt werden.

Ich ersuche um Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Corona-Pandemie und entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung führten zu Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verbunden mit entsprechenden Einkommensverlusten bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Gegensteuern auf allen Ebenen ist notwendig und vielfach auch erfolgt. Hilfspakete für Unternehmen, Kulturschaffende, Unterstützung für Pflege- und Gesundheitspersonal etc. wurden relativ rasch auf Schiene gebracht, auch wenn es bei der Umsetzung Probleme gibt.

Auch in Graz wurden sehr rasch zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um die schlimmsten Auswirkungen für Unternehmen, insbesondere für EPU's, zumindest abzufedern.

Aber auch schon vor Corona waren es Teuerungen auf vielen Ebenen (Wohnen, Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, Grundnahrungsmittel), die den Menschen in unserer Stadt zusetzten.

Gerade der Bereich Wohnen ist überdurchschnittlich von der Teuerung betroffen. Die Stadt Graz selber ist es, die bei den Betriebskosten an der Preisspirale dreht. Geschuldet ist dies dem Umstand der Teuerungsautomatik, die seinerzeit von Schwarz-Grün beschlossen wurde. D. h. Müll- und Kanalgebühren werden

automatisch im Ausmaß der Inflationsrate erhöht. Dies führt umgekehrt natürlich auch zu einer steigenden Inflation.

Diese Problematik hat auch die ÖVP in Wien erkannt. Sie fordert die ersatzlose Streichung des Teuerungsgesetzes, wie sie die automatischen Gebührenerhöhungen nennt.

Graz liegt bei den Wasser- und vor allem bei den Kanalgebühren im österreichweiten Vergleich an der Spitze.

In den beiden Jahren, in denen die KPÖ eine Budgetpartnerschaft mit der ÖVP und der SPÖ einging, konnte diese Teuerungsspirale durchbrochen werden. 2015 und 2016 gab es keine Erhöhungen bei den Müll- und Kanalgebühren. Die Stadt Graz konnte dennoch in beiden Bereichen positiv bilanzieren und Millionengewinne machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Herr Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, eine Aussetzung der Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren für die Jahre 2021 und 2022 zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung möge den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten noch vor der Budgetsitzung in geeigneter Art und Weise übermittelt werden.

StR Dr. Riegler:

Also ich darf gleich verkünden, dass wir die Dringlichkeit dieses Themas als gegeben sehen, denn es gibt natürlich gute Gründe dafür, diesen sozialen Aspekt, um den es letzten Endes hier geht, einer vertiefenden Prüfung zuzuführen. Ich möchte aber auch gleich bei dieser Gelegenheit anbringen, was so wesentliche

Bestimmungsfaktoren, also Pro- und Kontraargumente, sein könnten, diese letzten Endes dann bei der Prüfung, die hier ja über den dringlichen Antrag erbeten wurde, Überlegungen, die bei der Prüfung dann maßgeblich sein können. Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, und auch insbesondere den Menschen draußen an den Computer-Geräten mitteilen, dass, was vielleicht viele gar nicht bemerkt haben, wir bereits im heurigen Jahr, also im Jahr 2020, die Erhöhung des Wasserzinses ausgesetzt haben, das heißt, wir haben heuer bereits den Grazerinnen und Grazern eine etwaige Verteuerung des Wasserzinses erspart, was immerhin gleich einmal der Stadt im Budget ein Loch von 400.000 reißt. Also es ist nicht so, dass das nichts ausmacht, wenngleich man wissen muss, zweites Argument, dass Wasser in Österreich eigentlich verhältnismäßig günstig ist und vor allem, wenn man es in Bezug dazu setzt, dass wir ja wahrscheinlich das beste Wasser auf der ganzen Welt haben. Ein weiterer Aspekt, über den man nachdenken muss, ist, dass wir die errechnete Inflationsrate von September des Vorjahres bis zum September des heurigen Jahres, um die es nämlich geht, wenn wir eine Verteuerung machen, dass die gerade einmal 1,01 % beträgt, und das heißt, wir reden von einer relativ geringen Mehrbelastung, wobei auch wiederum die besagten Müll- und Kanalgebühren eigentlich nicht sehr ins Gewicht fallen, also ich habe mir das grob durchrechnen lassen. Eine Familie mit vier Personen, mit zwei WCs, mit einem normalen Müllaufkommen, hat ungefähr aus der Verteuerung um dieses eine Prozent ungefähr mit einer Mehrbelastung pro Monat von 86 Cent zu rechnen. Das heißt, große Wertschätzung selbstverständlich dafür, dass Sie diesen Aspekt aufbringen, aber wir reden von einer Teuerung von gerade einmal 86 Cent pro Monat. Ein weiterer Aspekt, den ich auch noch einbringen möchte, ist der verteilungspolitische, denn letzten Endes gibt es ja in der politischen Diskussion, die Sie da anziehen, Herr Klubobmann Eber, geht es ja letzten Endes um den Verteilungsaspekt, also sozusagen eine Verteilung zugunsten von schlechter Verdienenden und bei diesem Verteilungsaspekt muss man halt schon auch sehen, dass natürlich so eine Maßnahme ein klassischer Fall einer Gießkanne ist, der natürlich allen zugutekommt, also auch den Bestverdienenden,

also auch das ist bei einer etwaigen Prüfung zu bedenken. Und einen letzten Aspekt möchte ich aber auch noch einbringen, ich möchte jetzt gar nicht mit dem Argument kommen, alles, was gratis ist, wird dann nicht wertgeschätzt, aber ich möchte doch daran erinnern, dass es uns die Expertinnen und Experten sagen, dass wir in den nächsten Jahren jedenfalls eine Ertüchtigung und eine Erweiterung der Kläranlage in Gössendorf brauchen werden und das kostet nicht 10 Mio. Euro, das kostet nicht 20 Mio. Euro, das kostet nicht 30 Mio. Euro, sondern mindestens 40 Mio. Euro an Steuergeld aus dem Grazer Stadtbudget, die wir nur dafür brauchen, die Kläranlage zu ertüchtigen und erweitern und zu verbessern. Also wir reden da von sehr großen Beträgen, die wir alle sozusagen ins Treffen führen müssen, wenn wir tatsächlich final über diese Frage, die Sie, Herr Klubobmann, dankenswerterweise heute eingebracht haben, dann abschließend behandeln. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den Bildschirmen zuhause. Wir von der Sozialdemokratie sind beim Gebührenstopp normalerweise vorsichtig, weil natürlich auch zu beachten ist, dass unsere städtischen Unternehmen jährlich mit Kostensteigerungen zu tun haben und als Gewerkschafter lege ich auch großen Wert darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt jährlich ihre verdienten Lohnerhöhungen bekommen, und das kostet natürlich auch Geld. Und den Zugang haben wir auch, städtische Qualität, die wir auf höchstem Niveau zu Verfügung stellen, soll uns natürlich etwas wert sein. Also ich glaube, da sind wir uns alle einig. Was allerdings heuer die Besonderheit ist, ist eben das, was wir eh schon den ganzen Tag diskutieren und jetzt Wochen und Monate diskutieren, dass wir einfach eine Situation haben, die durch Corona in allen Bereichen des Lebens tiefe Veränderungen und tiefe Einschnitte mit sich bringt, deshalb haben wir auch in den letzten Wochen und Monaten und auch heute immer wieder

Stücke beschlossen, wo wir diverseste Förderungen für diverseste Gruppen und Unternehmungen auch gemacht haben, was auch einiges kostet. Ich denke nur, heute haben wir ein Stück auf der Tagesordnung, wo wir die Möglichkeit schaffen, dass über den Winter hinweg die Gastronomen in unserer Stadt, die schwer gebeutelt sind, dass die die Möglichkeit haben, kostenlos auch über den Winter Gastgärten betreiben zu dürfen. Also wir haben einiges gemacht, aber wir haben bisher, soweit ich es mitbekommen habe, noch nichts direkt gemacht für die Grazer Bevölkerung, die genauso schwer unter dieser Pandemie leidet, weil es gibt sehr viele, die momentan in Kurzarbeit sind, die weniger verdienen und viele, viele, viele mehr, und jeder davon ist zu viel, haben ihren Job verloren. Also deshalb glaube ich, ist diesmal eine Ausnahmesituation, wo wir auf jeden Fall etwas machen wollen und sollen. Der Stadtrat hat es uns jetzt vorgerechnet, wenn ich das Wasser dazurechne, komme ich wahrscheinlich mit dem Gebührenstopp, den der Kollege jetzt fordert, auf 10 Euro pro Jahr. Was der Stadtrat vielleicht vergessen hat zu erwähnen, aber wissen wird er es sicher, dass es natürlich weiter fortwirkt, das heißt, wenn ich jetzt 10 Jahre rechne, sind es 100 Euro und in 50 Jahren werden es 500 Euro, die sich da auswirken, was allerdings heuer nichts hilft. Also mir wäre es lieber, wenn wir jetzt heuer mehr machen würden, deshalb hat die SPÖ auch in der Vergangenheit den Gastro-Scheck eingebracht, der auch da mehrheitlich angenommen wurde, und uns wäre es natürlich lieber, wenn wir heuer mehr und direkt fördern könnten, also wenn der Herr Stadtrat bereit wäre bei diesem Thema, den Grazerinnen Grazern etwas zur Verfügung zu stellen, sind wir auch gerne bereit auf den Gebührenstopp zu verzichten, aber da haben wir noch kein positives Signal von ihm bekommen. Solange wir das nicht bekommen, sagen wir ganz klar, solange wir uns in dieser Stadt Förderungen für Unternehmer leisten können, solange wir uns Studien für Murgondeln, Plabutschgondel leisten können, solange wir uns Olympia-Bewerbungen leisten können, dann können wir uns zumindest dieses kleine Signal an die Grazerinnen und Grazer auch leisten. Also wir werden dem Antrag zustimmen, zum Abänderungsantrag von der ÖVP, wenn der überhaupt eingebracht wird, der Herr Stadtrat möge sich Zeit nehmen

und dann berechnen, was das kostet, den finde ich eigentlich lächerlich, weil der Herr Stadtrat hat schon beantwortet diese Frage, also eigentlich, wenn ihr es ernst meint, müsstet ihr den Antrag zurückziehen, weil dieser Abänderungsantrag, ich glaube, der hat da keinen Platz, weil das kann der Herr Stadtrat wahrscheinlich ad hoc und hat es schon zum Teil am Rednerpult beantwortet.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die im Livestream vielleicht noch mit dabei sind. Danke für den Antrag, es ist jetzt schon einiges, auch vom Kollegen Haßler, gesagt worden, auch wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir denken, dass die soziale Krise, die durch Covid-19 entstanden ist und sich auch die nächsten Jahre fortsetzen wird, ganz, ganz große Herausforderungen für uns als Gesellschaft beinhaltet, und dass wir wirklich an Rädern, an allen möglichen Rädern drehen müssen, um gerade eben Menschen mit wenig Einkommen und Menschen, die von Armut betroffen sind, in der Situation bestmöglich zu unterstützen. Und wir wissen ja, dass gerade armutsbetroffene Haushalte einen Großteil ihres Einkommens für ihre Wohnkosten und für ihre Fixkosten ausgeben müssen, und dass es deswegen gerade den Menschen wirklich nützt, wenn es da zu gewissen Erleichterungen kommt. Und da geht es nicht um viel Geld, es ist für das Budget der Stadt keine große Summe, aber für Menschen, die wirklich jeden Euro am Ende des Monats umdrehen müssen, kann das durchaus eine Erleichterung sein und deswegen finden wir das auch wichtig und wie es auch gesagt wurde, das ist etwas, wo die Stadt ganz konkret einen Beitrag dazu leisten kann, dass der Alltag der Grazerinnen und Grazer leistbar bleibt und die Menschen über die Runden kommen. Zum Abänderungsantrag, ich sehe das eigentlich ähnlich wie die SPÖ. Ich finde das nicht nachvollziehbar, warum man hier mit einem Abänderungsantrag reingeht, wo doch eben der Herr Stadtrat Riegler im Grunde eh schon ausgerechnet hat, wie viel das ca. kosten sollte und mir scheint es jetzt nicht nötig,

das extra zu beauftragen, freut mich, aber wenn es einen politischen Konsens dahingehend gibt, dass das eine wichtige Maßnahme für unsere BürgerInnen wäre (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Vielleicht nur ein kurzer, wichtiger Hinweis, weil wir uns gerade damit beschäftigen. Wie Sie wissen, haben vor einigen Jahren, ich kann mich gut erinnern, habe ich hier einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, dass wir in puncto Wasser, Abwasser, auch unsere, nicht nur jährlichen, Investitionen tätigen, sondern damals die Kläranlage, die in Haushaltsgrößen gemessen wird, von 350.000 Personen-Haushalten auf 550.000 aufzustocken, es liegen uns ja jetzt schon die Überlegungen vor, weil wir weiter aufstocken müssen und vom Land schon aufgefordert wurden, auf 800.000 Größe zu gehen, weil es ja nicht nur die Grazerinnen und Grazer betrifft, sondern auch viele Menschen und viele Gemeinden aus dem Grazer Umland, die bei uns ebenso eingeschlaucht sind und de facto auch über uns die Reinigung vornehmen. Alleine hier erwarten uns, damit ich die Größenordnung dem Gemeinderat noch einmal grob sage, 60 Mio. Euro für die Erweiterung in den nächsten Jahren. Damit beschäftigen wir uns im Übrigen auch gerade im Budget und ich hoffe, bald einmal auch Gespräche mit dem Land diesbezüglich führen zu können. Jetzt liegt aber keine weitere Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. Doch, bitte Herr Gemeinderat.

GR Mogel:

Liebe Zuhörer, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Lieber Kollege Eber, ich gebe die vollkommenen Recht, dass die Corona-Maßnahmen uns alle betreffen oder noch betreffen werden und vor allem wirtschaftlich. Auch Graz wird von Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit betroffen sein, da ist es auch aus unserer Sicht notwendig, alles zu tun, um den Grazern in

dieser Krise vollste Unterstützung zu bieten, daher ist dein Antrag selbstverständlich auch aus unserer Sicht wichtig. Leider trifft die Wirtschaftskrise auch die Finanzen der Stadt Graz. Durch die geringere Wirtschaftsleistung, durch die Corona-Maßnahmen sinken auch die Steuereinnahmen der Stadt, daher ist es umso wichtiger, bei allen Maßnahmen zur Unterstützung der Grazer auf die Treffsicherheit zu achten. Ein Wegfall der Inflationsanpassung der Gebühren, wie du forderst, erscheint mir dazu nur bedingt geeignet, so profitiert von der Aussetzung der Gebührenerhöhung in gleicher Weise der Villenbesitzer in Mariatrost wie auch der Mieter einer Gemeindewohnung im Schönauviertel oder der Triestersiedlung. Wir sind dabei, Maßnahmen zu erarbeiten, mit denen wir Härtefälle noch besser und treffsicherer unterstützen können und Härtefälle wird es in nächster Zukunft mehrere geben, leider. Dein Ansinnen, die Grazer zu unterstützen, ist uns aber wichtig, daher werden wir es unterstützen, daher sehen wir es auch als dringlich und vor allem soll geprüft werden auf Treffsicherheit und die finanzielle Auswirkung. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.38 Uhr).

GR Pogner:

Sehr geehrter Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir kommen jetzt zu dem schon angekündigten Abänderungsantrag, den ich hier einbringen werde, und der Kollege Haßler hat ja selbst schon aufgeworfen, warum genau dieser Abänderungsantrag wichtig ist und eingebracht werden soll. Weil du hast nämlich gesagt, da gibt es noch viel mehr Aspekte, die man berücksichtigen muss, außer einmal die Kanal- oder die

Müllgebühr zu berechnen, da muss man noch tiefer hineinschauen und genau darauf zielt unser

Abänderungsantrag

ab, und der lautet:

Herr Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, die finanziellen Auswirkungen einer Aussetzung der Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren für die Jahre 2021 und 2022 für die Stadt Graz zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung möge dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligung, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Ich bitte um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Zum angeführten dringlichen Antrag stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Herr Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, die finanziellen Auswirkungen einer Aussetzung der Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren für die Jahre 2021 und 2022 für die Stadt Graz zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung möge dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligung, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

GR Mag. **Haßler:**

Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den Schirmen zuhause. Ich finde es bemerkenswert, wie sich diese Koalition je nach Gemeinderatsstück situationselastisch anpasst, ja, wirklich phänomenal, fast wie ein Chamäleon. Ich darf erinnern, wir hatten ein Sportstück, wo wir Großevents um 700.000 Euro als Stadt fördern wollen, wo äußerst fraglich ist, ob da jemals überhaupt diese Events in dieser Art und Weise stattfinden können, damit auch die Wirkung sehr fraglich ist, die dahintersteht. Da hat keiner ein Problem mit den Finanzen gehabt, da hat keine sich Sorgen gemacht und Zukunftsinvestitionen, da war es selbstverständlich, dass wir dem zustimmen. Jetzt geht es um Leistungen und Leistungen für die Grazerinnen und Grazer in bescheidenem Ausmaß für den Einzelnen, gebe ich zu, und da wird auf einmal ein Begräbnis erster Klasse eingeleitet, indem man eine Prüfung macht, wo man jetzt schon weiß, wie die finanziellen Auswirkungen sind. Der Finanzstadtrat hat es ja schon deutlich erläutert, er könnte jetzt wahrscheinlich schon die Zahl sagen, was das bedeuten würde und wir machen da jetzt einen Abänderungsantrag, wenn ihr es so haben wollt, gerne, wir werden die Botschaft auch draußen weitergeben: Förderungen für Großevents werden gewünscht, Förderungen für Wirtschaft selbstverständlich, Förderungen für die Menschen in dieser Stadt leider nein (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Dankeschön. Nur ganz kurz, lieber Herr Kollege Haßler, ich möchte hier einiges richtigstellen. Wir sind nicht ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

... genau. Danke, ich möchte nur ganz kurz klarstellen, lieber Kollege Haßler, wir sind nicht gegen Förderungen, die der Allgemeinheit zugutekommen, wir sind gegen Cent-Zählungen. Und da muss ich dir schon sagen, wenn wir hier um 85 Cent, wie das Beispiel vom Herrn Stadtrat Riegler genannt worden ist, was natürlich noch großzügiger jetzt diskutiert wird dann im Finanzausschuss, vielleicht kommt man auch auf eine andere Summe, und von daher finde ich es gut, wenn es dort weiterdelegiert wird und nicht gleich abgelehnt wird. Aber, auf was möchte ich hinaus? Ich möchte hinaus, dass ihr bitte gegen Veranstaltungsmöglichkeiten, die die Stadt Graz unterstützt, seid, die aber auch eine Kreislaufwirtschaft bedeuten und da möchte ich schon sagen, damit unterstützt die Stadt Graz auch Arbeitsplätze, und das möchte ich hiermit deutlich unterstreichen und nicht, dass du uns unterstellst, dass wir jetzt die armen Grazerinnen und Grazer auf 85 Cent, vielleicht oder vielleicht auch nicht, sitzen lassen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Eber:

Zunächst sage ich einmal danke für die Zustimmung zur Dringlichkeit und danke auch allen Kollegen und Kolleginnen, die sich da an der Debatte jetzt beteiligt haben und dem Ansinnen zumindest einmal grundsätzlich, sage ich, positiv gegenüberstehen. Ich möchte vielleicht doch ein paar Anmerkungen noch machen. Also die erste ist: Herr Stadtrat Riegler, Sie haben gesagt, 40, der Herr Bürgermeister hat dann gesagt 60, Mio. Euro wird die Kläranlage kosten, wenn man sie auf Vordermann bringt und halt den entsprechenden Erfordernissen anpassen muss. Erstens, danke für diese Zahl, die war uns bis jetzt noch nicht bewusst, wir sind von anderen Summen ausgegangen bis jetzt, aber ich glaube, das ist natürlich eine sehr große Summe und hört sich aber auch nach sehr viel an, 60 Mio. Euro. Umgekehrt sind aber natürlich, wenn man es umrechnet auf eine Lebenszeit, 25 – 30 Jahre, sind das dann 2 bis 3 Mio. im Jahr und das ist immer noch weniger als wir heute tatsächlich Gewinne von den Kanalgebühren haben pro Jahr, also das heißt, das würde sich auf alle Fälle immer noch rechnen. Ja, wie

gesagt, also diese Gewinne haben wir, es ist ein Gebührenstopp auch über ein, zwei Jahre und auch wenn wir die Folgekosten dann miteinrechnen, dann ist auf alle Fälle nicht so, dass die Gewinne jetzt dann völlig weg wären, sondern unter Einberechnung der Pensionen, der Instandhaltungskosten, der Ausweitung, natürlich auch des Kanalnetzes. Das ist alles mit diesen Gebühren in der Höhe, wie wir sie jetzt haben, machbar. Der Herr Stadtrat Riegler hat auch angesprochen die Verteilungsfrage, die natürlich hier auch mithineinspielt, Gießkannenprinzip versus soziale Treffsicherheit sozusagen, also ich meine, wir können ja nicht unterschiedlich hohe Müllgebühren oder Kanalgebühren verlangen, also das heißt, das wäre ein ziemlicher Aufwand natürlich, also wenn man hier jetzt den Menschen was zurückzahlen würde oder wie auch immer, und vor allem ist ja immer auch die Frage: Wo setzt man denn die Grenze an? Und von daher glaube ich, ist es dann letztlich kostengünstiger sogar, wenn man das jetzt für alle einführt, also diesen Gebührenstopp, und die Frage der Verteilung auf eine andere Ebene hebt, nämlich das muss dann tatsächlich passieren auf Bundesebene, wo man dann endlich einmal eine Vermögenssteuer oder Ähnliches einführen müsste. Zum Schluss noch, ich freue mich, also da nun geprüft wird, ich hoffe, dass natürlich dann auch ein positives Ergebnis dieser Prüfung herauskommt in dem Sinne, dass diese Gebühren im nächsten und übernächsten Jahr nicht erhöht werden und, genau, das darf ich natürlich auch noch dazusagen, der Harry Pogner, der Antrag ist eingebracht natürlich, und wir werden diesem Antrag auch zustimmen, weil ich der Meinung bin, ob man da jetzt so den Gemeinderäten irgendwie die Information gibt, oder ob man das über den Finanzausschuss machen, ist letztlich nebensächlich und wichtig ist also das Ergebnis, das dann herauskommt. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne) angenommen.

8.4 Pfandsystem auf Einwegflaschen und Mehrwegquote für Plastikverpackung (GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)

GRⁱⁿ Heinrichs:

Werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. In diesem Dringlichen geht es mir wieder einmal um ein Pfandsystem auf Einwegflaschen, nämlich in der Hauptsache, um das zu präzisieren, ohne Zweifel ist Plastik in unserer Wegwerfgesellschaft zu einem sehr großen Problem geworden und daher fordert auch unsere Frau Bundesministerin Leonore Gewessler aktuell in einer Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz in ihrem 3-Punkte-Plan neben einer Herstellerabgabe für Plastikverpackungen eine Quote für Mehrwegflaschen sowie ein Pfand auf Plastikeinwegbinde aus PET. 2019 bereits wurde die Einwegplastik-Richtlinie zur Reduktion von Plastik beschlossen, demnach gibt es jetzt ab Juni 2021 ein Verbot für Plastikbesteck, -teller, Trinkröhrchen und diese Artikel, gleichzeitig aber werden die PET-Flaschen, diese Plastikflaschen, diese Einwegtrinkflaschen, um die es geht, zuhauf im Freien und in der Natur achtlos weggeworfen. Da aufgrund der entsprechenden EU-Verordnung bis 2029 mindestens 90 % der Flaschen getrennt gesammelt werden müssen wegen einer hohen Strafe, die dann erfolgen wird, wenn es nicht erfüllt wird, wird zur Erreichung dieser Vorgabe ein Pfandsystem als volkswirtschaftlich günstigste Variante unter Abwägung aller Einwände erwogen. Der Verband Abfallberatung Österreich sowie die Österreichische Pfandgesellschaft verweisen nämlich auch auf 50 Mio. Euro, welche Kommunen an Abfallkosten einsparen könnten, wenn das Pfandsystem kommt. Außerdem ist das Nachsortieren, wie bislang es erfolgt, nicht nur teurer, aus dem schmutzigen Restmüll können die Gebinde auch nicht als Lebensmittelkontaktmaterial wiederverwendet werden. International, das ist bekannt, sind bereits erstaunliche Erfolge zu verzeichnen, Österreich hinkt da bekanntlich hinten nach, leider Gottes:

In 10 europäischen Ländern, nämlich in Schweden als Vorreiter, das Pfandsystem ist dort seit 1984 bereits eingeführt, in Norwegen, Finnland, Dänemark, Estland,

Island, Niederlande, Kroatien, Deutschland werden über 80 % an Sammelquote erreicht. In Litauen gibt es das Pfandsystem seit 2016, es übererfüllt die Recyclingquote mit 92 %. Experten empfehlen eine einheitliche Pfandhöhe von 25 bis 30 Cent etwa also pro Gebinde, in Deutschland bekanntlich sind es 25 Cent. In den meisten Ländern erfolgt das Sammeln von Flaschen, aber auch Dosen, über Pfandautomaten. Der Großteil der Automaten in Österreich könnte auf Einwegpfand umgestellt werden, wobei sich die Kosten auf 10.500 bis 20.000 Euro belaufen, je nachdem, ob es eingerichtet oder umgerüstet wird. Für kleine Händler sollte es selbstverständlich, so wie in Litauen, Ausnahmen geben. In Deutschland etwa müssen kleine Händler nur Gebinde zurücknehmen, die sie selber verkaufen und Deutschland hat die höchste Sammelquote von 98 %. Laut Umweltamt Graz haben wir in der Steiermark eine Sammelquote von 71 % bei Leichtfraktionen. Die Rücklaufquote bei PET-Flaschen für Graz bzw. die Steiermark ist nicht bekannt.

Seit langem bekannt ist aber, dass Unmengen von Plastik in den Weltmeeren und auch in den Flüssen landen, in kleinsten Partikeln von den Meeres- bzw. Flussbewohnern aufgenommen werden und letztlich von uns selbst verspeist werden. Seit kurzem wissen wir, dass auch unsere Weidetiere Plastikpartikel über das Futter aufnehmen, also diese großen Landwirtschaftsmaschinen zerhäckseln die weggeworfenen Flaschen und die armen Tiere erkranken dann schwer und leiden schrecklich, wenn diese Kunststoffpartikel, diese kleinen, deren Organe durchdringen. Es hat kürzlich einen beeindruckenden Bericht eines Pathologen der Vetmed in Wien gegeben, der Schreckliches aufgezeigt hat, was los ist, wenn Rinder z.B. die Partikeln in die Lungen bekommen und keine Luft mehr bekommen.

In diesen Tagen soll, oder sollte, muss man jetzt sagen, die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz in Begutachtung gehen bzw. gegangen sein. Es hat, wie gesagt, einen Aufschub gegeben, vielleicht kommen wir noch dazu, und aus diesen oben genannten Gründen sollte die Stadt Graz ein Zeichen setzen, daher bringe ich diesen Antrag ein, weil es ja nach wie vor ein dringliches Anliegen ist. Wir könnten

mit Nachdruck diesem 3-Punkte-Plan, den die Frau Ministerin vorstellt, zustimmen. Zum komplexen Thema, abschließend, der Kreislaufwirtschaft gibt es von unserer Seite bereits seit 2010 eine Reihe von Initiativen und im Sinne einer gesunden und intakten Umwelt, letztlich im Sinne einer gehobenen Lebensqualität von Mensch und Tier, hat selbst der Städtebund das Pfandsystem bereits befürwortet.

Daher stelle ich seitens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird im Rahmen einer Petition ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET, eine Quote für Mehrweggebinde sowie eine Herstellerabgabe für Plastikverpackungen zu schaffen.

Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit Jahren sind die Plastikgebinde unterschiedlichster chemischer Herstellung und besonders deren unsachgemäße Entsorgung als massives Umweltproblem anerkannt.

Plastik an sich ist sicherlich nichts Schlechtes, aber es wird zum Problem in der Wegwerfgesellschaft!

Daher fordert Bundesministerin Eleonore Gewessler aktuell in einer Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz in ihrem 3-Punkte-Plan neben einer Herstellerabgabe für

Plastikverpackungen eine Quote für Mehrwegflaschen sowie ein Pfand auf Plastik-Einweggebinde aus PET.

2019 wurde die Einwegplastik-Richtlinie zur Reduktion von Plastik beschlossen: Ein Verbot von Plastikbesteck und -tellern, von Trinkröhrchen, Getränkebechern und Lebensmittelbehältern aus aufgeschäumten Kunststoffen ab Juni 2021.

Weiterhin werden aber PET-Plastikflaschen zuhauf im Freien und in der Natur achtlos weggeworfen.

Da aufgrund der entsprechenden EU-Verordnung bis 2029 mindestens 90 % der Flaschen getrennt gesammelt werden müssen, wird zur Erreichung dieser Vorgabe ein Pfandsystem als volkswirtschaftlich günstigste Variante erwogen. Der VABÖ (Verband Abfallberatung Österreich) und die ÖPG (Pfandgesellschaft) verweisen nämlich auch auf 50 Mio. Euro, welche Kommunen an Abfallkosten einsparen könnten.

Außerdem ist das Nachsortieren nicht nur teurer, aus dem schmutzigen Restmüll können die Gebinde auch nicht als Lebensmittelkontaktmaterial wiederverwendet werden.

International sind bereits erstaunliche Erfolge zu verzeichnen:

In 10 europäischen Ländern, nämlich Schweden als Vorreiter (Pfandsystem seit 1984), Norwegen, Finnland, Dänemark, Island, Estland, Niederlande, Kroatien, Deutschland werden über 80 % an Sammelquote erreicht. In Litauen gibt es das Pfandsystem seit 2016, es überfüllt die Recyclingquote mit 92 %.

Experten empfehlen eine einheitliche Pfandhöhe von 25 bis 30 Cent pro Gebinde (für Deutschland 25 Cent).

In den meisten Ländern erfolgt das Sammeln von Flaschen (und Dosen) über Pfandautomaten. Der Großteil der Automaten in Österreich könnte auf Einwegpfand umgestellt werden, wobei sich die Kosten auf ca. 20.000 Euro belaufen.

Für kleine Händler sollte es wie in Litauen Ausnahmen geben. In Deutschland etwa müssen kleine Händler nur Gebinde zurücknehmen, die sie selber verkaufen, es hat die höchste Sammelquote von 98 %.

Laut Umweltamt Graz haben wir in der Steiermark eine Sammelquote von 71 % bei Leichtfraktionen. Die Rücklaufquote bei PET-Flaschen für Graz bzw. die Steiermark ist nicht bekannt.

Seit langem bekannt ist aber, dass Unmengen von Plastik in den Weltmeeren landen, in kleinsten Partikeln von den Meeresbewohnern aufgenommen und letztlich von uns selbst verspeist werden. Seit kurzem wissen wir, dass auch unsere Weidetiere Plastikpartikel über das Futter aufnehmen. Die armen Tiere erkranken schwer und leiden schrecklich, wenn die Kunststoffpartikel deren Organe durchdringe

In diesen Tagen soll die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) in Begutachtung gehen. Aus den oben genannten Gründen sollte die Stadt Graz ein Zeichen setzen, um dem Bestreben nach der raschen Umsetzung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET sowie den weiteren Bemühungen um eine Eindämmung der Plastikfluten nochmals Nachdruck zu verleihen.

Zum komplexen Thema der erfolgreichen Kreislaufwirtschaft gibt es von unserer Seite bereits seit 2010 eine lange Reihe von Initiativen. Im Sinne einer gesunden, intakten Umwelt, letztlich im Sinne einer gehobenen Lebensqualität von Mensch und Tier hat selbst der Städtebund das Pfandsystem bereits befürwortet.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Der Bundesgesetzgeber wird im Rahmen einer Petition ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET, eine Quote für Mehrweggebinde sowie eine Herstellerabgabe für Plastikverpackungen zu schaffen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dankeschön. Meine Damen und Herren, wir sind jetzt alleine beim Verlesen des Antrages über der Zeit gewesen. Sie kennen meinen Vorsitz, ich bitte Sie, die Zeit einzuhalten. Ich werde genau darauf achten und das hat nichts mit jünger oder älter zu tun, Herr Gemeinderat Meister. Das ist einfach in der Ordnung so vorgesehen. Zur Dringlichkeit? Frau Gemeinderätin Schleicher bitte.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Liebe Antragstellerin, wir stimmen dem Inhalt dieses Antrages absolut zu. Die Plastikmüllflut ist ein enormes globales Problem. In den Meeren treiben riesige Plastikmüllinseln, z.B. zwischen Hawaii und Kalifornien treibt eine Insel, die ist viermal so groß wie Deutschland, also unvorstellbares Ausmaß. Wie du schon erwähnt hast, hat Plastik zwei große Probleme bzw. Plastikmüll. Einmal ist er extrem lange haltbar, so eine PET-Flasche braucht 450 Jahre, um sich aufzulösen und das zweite Problem ist genau dieses, es löst sich auf, es entsteht eben Mikroplastik und wie du gesagt hast, das Mikroplastik findet man mittlerweile schon überall auf dem Planeten, also auch in Naturschutzgebieten, im Gebirge, im Boden, wo noch nie ein Mensch war, lässt sich Mikroplastik nachweisen. Es ist in unserer Nahrungskette, es ist in unserem Speisefisch und niemand weiß noch, wie sich das alles gesundheitlich auswirken wird, das heißt, es muss absolut etwas geschehen, wir sind auch auf Bundesebene für ein Pfandsystem. Wie aber in deinem Antrag erwähnt, ist ja die grüne Umweltministerin gerade jetzt aktuell

dabei, die Sache anzugehen, das heißt, das Problem ist für uns nicht dringlich und ich lasse mich dann überraschen, was die Grünen in dieser wirklich wichtigen Sache weiterkriegen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön. Ich finde die Vorlage sehr gut, ich finde sie auch dringlich, im Gegensatz zu meiner Vorrednerin. In Österreich ist das Pfand ein schmächtig vernachlässigtes. Wir hatten, also und auch die Mehrwegquote, wir hatten eine Mehrwegquote von 80 bis 90 %, derzeit sind wir auf 20 % und die 20 % retten uns, ganz im Wesentlichen, das Bier, das in Mehrweggebinden und Kisten transportiert wird, selbst beim Mineralwasser ist die Mehrwegquote extrem gering. Es hilft uns nicht, wenn wir Lippenbekenntnisse machen und sagen: „Ja, es ist wichtig, aber dringlich ist es nicht.“ Es ist beides, es ist dringlich und es ist wichtig, ansonsten werden wir das Problem nicht lösen können. Ich glaube auch, dass man hier im Gemeinderat vorgehen sollte und auch hier unsere Einweggebinde verbannen sollten, das ist die Anregung an die Magistratsdirektion bzw. an den Bürgermeister, auch entsprechend hier für uns oder für die Gemeinderatssitzung Vorsorge zu treffen. Die Schwierigkeit des Ganzen ist wirklich im Detail. Wir unterstützen den Vorstoß, die Mehrwegquote zu erhöhen, einen Pfand einzuführen, weil es das ökologischste, günstigste Modell ist gegenüber vielen anderen und was aber auch wichtig ist, die Antragstellerin hat erwähnt die Herstellerabgabe für Plastikverpackungen. Es sind derzeit 142 Mio. Euro für Österreich vorgesehen, das uns an Strafe treffen wird. Das was ich aber noch schlimmer finde, ist, dass Österreich und die Österreichische Bundesregierung derzeit daran denkt, das nicht den Herstellern und Verursachern zu überantworten, sondern aus dem allgemeinen Budget diese Strafe nach Brüssel zu bezahlen, das heißt, wir zahlen als Konsumenten doppelt, zum einen über das teure System, zum Zweiten über die Strafe. Diesen Antrag unterstützen wir inhaltlich und auch hinsichtlich der Dringlichkeit. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Elke. Es wird jetzt nicht verwundern, dass wir als Grüne diesen Antrag unterstützen werden, zumal es ja auch um ein Thema geht, das momentan sehr stark von unserer grünen Umweltministerin forciert wird. Ich möchte nur kurz darauf eingehen, dass es ja eine eingehende Untersuchung gegeben hat, wie wir das Ziel erfüllen können, nämlich diese Sammelquote von 90 %. Und das Ergebnis war, dass der Ausbau der getrennten Sammlung das nicht ermöglichen wird, und als beste Variante ist eben das Pfand auf Kunststoffgetränkeflaschen und Dosen herausgekommen. Das ist einerseits die kostengünstigste Maßnahme, es führt zur höchsten Rücklaufquote, und die Materialqualität wird dadurch auch sichergestellt. Und ich möchte schon eines sagen und ich bitte jetzt auch dich, Günter Riegler, zuzuhören, wenn wir das nicht schaffen, die 90 % Sammelquote, dann wird das uns Kommunen nämlich schwer treffen, weil wir werden dann die Notwendigkeit haben, Restmüll ganz genau zu sortieren und es wird sehr teuer werden, das heißt, wir werden enorme Investitionskosten zu schultern haben als Kommune. Und es gibt ja auch Umfragen, die belegen, dass 75 % der Österreicherinnen und Österreicher für dieses Pfandsystem sind und ich nehme einmal an, da sind auch Wählerinnen und Wähler der ÖVP darunter, deshalb würde ich wirklich bitten, aus diesen zwei Gründe, einerseits der Kostenbelastung für die Kommunen, auf der anderen Seite weil es auch der Wunsch eurer Wählerinnen und Wähler ist, dem Thema nahezutreten, das zu unterstützen, damit wir da möglichst bald zu einer Lösung kommen. Also von uns aus ein klares Ja zur Einführung eines Einwegpfandsystems, zur Steigerung des Anteils an Mehrweggetränkeverpackungen, zur Einhebung der Herstellerabgabe für Plastikverpackungen und eben in Summe zur Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes. Und wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit und hoffentlich Gelegenheit haben, dem Antrag im Inhalt zuzustimmen (*Appl.*).

Mag. (FH) **Egger:**

Werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Nachdem meine meist faktenorientierten Vorrednerinnen und Vorredner bis jetzt sehr sparsam mit Zahlen umgegangen sind, möchte ich zu diesem Thema ein paar Zahlen bringen, damit wir überhaupt wissen, wovon wir sprechen. Es werden in dieser Diskussion sehr gerne Äpfel mit Birnen vermischt. Man spricht von Plastikabfall, man spricht von PET-Flaschen und alles miteinander wollen wir nicht. Ich glaube, bei dieser Meinung sind wir uns einig. Wir haben zwei Ziele, die wir zu erreichen haben. Das ist auf der einen Seite die 90%-Quote, die bereits angesprochen wurde, in der Sammlung von PET-Flaschen und wir haben eine 55-prozentige Sammelquote als Zielvorgabe bei den Kunststoffverpackungen. Österreich ist mittlerweile relativ gut beim Sammeln der PET-Flaschen, wir erreichen da die Zielvorgaben quer durch Österreich im Schnitt über 70 %. Einige Bundesländer, Vorarlberg, Tirol, Burgenland, haben sogar die 90 % bereits erreicht, die Steiermark ist bei knapp über 80 %, also auch am Weg zum Ziel. Jetzt dürft ihr zweimal raten, nicht dreimal, sondern zweimal raten, wer diese Quote eindeutig nicht erfüllt: Wien. Was haben wir in Wien? Eine Rot-grüne Regierung. Dort werden nur drei von zehn Flaschen gesammelt, weil anstatt dass man sammelt und trennt, geht man her und verbrennt. Das heißt, wenn es uns gelingt, in Wien die Quote zu heben, und ich höre, da gibt es ein ambitioniertes System in Vorbereitung mit der ARA, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir 2029 diese Quote erreichen und die Strafzahlungen nicht fällig werden. Ein wenig verwundert bin ich über die kommunistische Partei, die ja angeblich der Vertreter des kleinen Mannes ist ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Mag. (FH) **Egger:**

... Entschuldigung, Frau, aber ihr wisst, was ich gemeint habe. Wir reden von 50.000 Tonnen PET-Flaschen, wir reden bei diesen 50.000 Tonnen und 1,8 Mrd. Flaschen, ihr wollt darauf einen Pfand von 30 Cent, das ist eine zusätzliche Belastung für die Österreicherinnen und Österreich von 50 Mio. Euro, einmal am ersten Weg. So, jetzt stelle man sich vor, die ältere Dame, die sich drei, vier, fünf Mineralwasserflaschen mit nachhause nimmt, weil sie keine Möglichkeit hat, die Glasflaschen zu schleppen oder sonstige Möglichkeiten hat, jetzt zahlt die den Pfand, dann hat sie aber auch wieder die Aufgabe, diese Flaschen unversehrt, nicht geknickt, wieder in das Geschäft zurückzubringen, womöglich auch nicht diese, in der sie sie gekauft hat. Ich gebe Ihnen ein ganz einfaches Beispiel: Am Weg daher ist der Rainer, dieser Brötchen-Imbiss in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, dem wird das wahrscheinlich nicht möglich sein, ein Rücknahmesystem so auszugestalten, dass er das ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:** Bitte zum Ende kommen.*

Mag. (FH) **Egger:**

... ich hätte noch so viel zu sagen. Dass er das auch so gestalten kann, dass das einen Wert hat, und eines darf man nicht vergessen, und das ist mein letzter Satz, Sammeln in dem Zusammenhand heißt nicht wiederverwerten, sondern heißt, den Kunststoff in Granulat zu verarbeiten. Wir dürfen da den Menschen nicht den Sand in die Augen streuen und damit Polemik betreiben, daher lehnen wir dieses System ab (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, in Anbetracht meines Alters werde ich mich aber dennoch bemühen, ich habe natürlich auch einiges zu sagen und es wird auch kommen, es war zu erwarten, dass Armin Egger von der VP Wirtschaft sprechen wird ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Armin Egger? (lacht)*

GRⁱⁿ Heinrichs:

... Herr Kollege Egger, pardon. Jetzt dauert es noch länger. Ich möchte gerne, weil es ja um Zahlen geht, die eingefordert wurden, sagen, dass wir gar nicht von 30 % sprechen, wir von der KPÖ. Warum nicht 25 Cent, so wie in Deutschland, erstens. Zweitens, es wurde gesagt, dass in Tirol, Vorarlberg und Burgenland diese hohe Rücklaufquote ist, laut ARGE Abfallwirtschaftsverbände, Herrn Anton Kasser, ist dieses, diese 95 %, von denen du sprichst, werter Kollege, nicht geprüft, also es schien nicht zu stimmen ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GRⁱⁿ Heinrichs:

... ja, die ARA ist wieder etwas anderes als die ARGE und jetzt darf ich bitte weitersprechen. Das Pfand, möchte ich noch einmal betonen, fördert Sammlung sowie Recycling von Kunststoffverpackungen, es entlastet die heimische Recycling-Wirtschaft insofern, weil, wieder eine Zahl, diese Wirtschaft auf 160.000 Tonnen pro Jahr ausgerichtet ist, aber 160.000 Tonnen gesammelt werden. Wenn jetzt diese 30.000 Tonnen an Einwegtrinkflaschen z.B. endlich gesammelt werden

würden, dann könnte die Kapazität zum Beispiel für die Waschmittelflaschen bzw. diese Waschmittelkanister angehoben werden, hat viel Vorteile, gell? Gleichzeitig, ach so, das habe ich schon gesagt. Keinesfalls werden kleine Betriebe gefährdet, weil das sieht man in den anderen europäischen Ländern. Die zehn habe ich schon, also die, die hier so leuchtend hervorgetreten sind, erwähnt, neun sind im Nachrüsten und die Kleinstbetriebe müssten ja nicht einmal, so wie es auch in den anderen Ländern mit den Ausnahmen gehandhabt wird, nicht einmal mit dem Sammelsystem gesammelt werden, sondern einfach in einem Sack. Und weil du dich sorgst um die Dame, die so jetzt diese Problematik hat mit den Flaschen. Wenn sie sie zurückbringt, hat sie den Vorteil, dass sie etwas zurückbekommt. Jetzt zum Schluss noch ganz kurz zur Historie. Ich habe schon gesagt, seit 2010 bringen wir Anträge ein, 2016 war es Ina Bergmann, unsere ehemalige Klubchefin, die dieses Pfandsystem eingefordert hat, 2018 war es ich selber und jedes Mal, und betone ich jetzt, sind Dringlichkeit und Inhalt einstimmig angenommen worden, auch von euch. Jetzt, da es also im Bund eingefordert wird mit diesem 3-Punkte-Plan, wird auf die Bank geschoben eben dieser sinnvolle Plan, der die Natur entlasten würde, und zwar von der ÖVP, mit der Begründung, das war nicht im Koalitionspakt Inhalt, und von der Wirtschafts- und Handelskammer, die einen 10-Punkte-Plan dem entgegenhält. Am 13. Oktober schreibt uns der Kurier: Während von grüner Seite betont wird, dass das Pfand kommt, und nur der Zeitpunkt offen ist, heißt es in der ÖVP, das ganze System, ausdrücklich, das ganze System, sei noch Verhandlungssache ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: So, Frau Kollegin, bitte!*

GRⁱⁿ Heinrichs:

... das finden wir schade und im Gemeinderat, danke vielmals ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich habe Sie jetzt, glaube ich, auch so lange überziehen lassen wie den Herrn Egger!*

*Unverständliche Unterhaltung zwischen Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** und GRⁱⁿ **Heinrichs**.*

GRⁱⁿ **Heinrichs**:

... einstimmig zweimal angenommen ...

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

8.5 Tierleid beenden: Tierquälerei mit aller Härte bekämpfen, Petition an die Bundesregierung (GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher via Livestream. Mein dringlicher Antrag heißt: Tierquälerei mit aller Härte bekämpfen. Anlass für meinen Antrag heute sind die grauslichen Vorfälle, die im Laufe des Sommers in Graz passiert sind, nämlich die zwei Katzen, die gehäutet worden sind. Wo sicher jeder, den ich kenne, gedacht hat: Wahnsinn, was leben nur für Menschen unter uns und wie ist man nur zu so einer Tat fähig, und eigentlich ist derjenige eine Gefahr für die ganze Gesellschaft. Und dann denkt man an die Konsequenzen oder an die Strafen, die den Menschen erwarten würden und denkt sich, das ist ja viel zu gering. Aber eigentlich braucht es gar keinen Anlass, um über Tierschutz zu sprechen, Tierquälerei passiert ja ständig. Beispielsweise sei das Auslegen von Giftködern erwähnt, da hat es 2019 etliche Fälle im Grazer Stadtgebiet gegeben, da nimmt

derjenige nicht nur in Kauf, dass die Tiere elendiglich zugrunde gehen, innerlich verbluten, sondern dass auch andere zu Schaden kommen, wie kleine Kinder, wenn das in Parkanlagen passiert, so wie es im ORF-Park der Fall war. Wenn ich in die sozialen Medien schaue, da sieht man auch jedes Mal gruselige Bilder, z.B. werden jetzt Haustiere schon tätowiert, oder auch im Sommer, der eigenartige Trend, Kühe zu erschrecken und sich dabei selbst zu filmen. Da nehmen diese Menschen nicht nur in Kauf, dass die Kuh oder das Kalb schwer verletzt wird, sondern auch sie selber sich schwer verletzen und da denke ich mir einfach, die Menschen haben ja wirklich den Bezug zur Natur vollkommen schon verloren. Da gehört in unseren Augen Bewusstseinsbildung her, da finde ich, dass der Tierschutz in der Schule viel mehr Raum bekommen sollte. Tierleid passiert ja leider ständig, z.B. beim Transport, da haben wir Freiheitliche die Initiative gehabt: „Stoppt das Tierleid“, eben gegen Lebetiertransporte durch die EU. Oder auch bei unsachgemäßen Schlachtungen, da habe wir die Initiative gehabt: „Tierschutz geht uns alle an“, wo wir ein Schächtverbot gefordert haben. Wir Freiheitliche sind auch die einzige Partei in Österreich, die gegen das Schächten auftritt. Bei den Haustieren darf man zusätzlich nicht vergessen, die werden geliebt, die gehören zur Familien, ich weiß es aus meinem beruflichen Alltag, das sind vollwertige Familienmitglieder und wenn jetzt so ein Tier gehäutet und getötet wird, ist das einfach unfassbar für die Familie. Wie emotional das auch in der Stadt aufgenommen wurde, das hat man an den Reaktionen auf Facebook gesehen, das war enorm. Es hat auch vom Bürgermeister-Stellvertreter und auch vom Mario Kunasek und privaten Spendern eine Ergreiferprämie gegeben, da sind wir mittlerweile über 4.000 Euro, und sollte der Täter nicht gefasst werden, bis jetzt ist er ja leider noch nicht gefasst, wird dieses Geld der Arche Noah dann zur Verfügung gestellt (*Appl.*).

Also dieser Antrag, diese Petition an den Bundesgesetzgeber, eben mit der Forderung nach höheren Strafen für Tierquäler und auch mit der Forderung nach Erhöhung der Verwaltungsstrafen, was dann z.B. das Tiertransportgesetz betreffen würde, mit diesem Antrag möchte ich einfach eine Diskussion anfachen, wieder

Bewusstsein für die Problematik schaffen, soll quasi ein erster Schritt sein. In Sachen Tierschutz ist in Österreich noch wahnsinnig viel zu tun. Der Antragstext liegt vor, den verlese ich jetzt nicht und ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Juli dieses Jahres ereigneten sich in Graz äußerst grausame Vorfälle von Tierquälerei. Nachdem zunächst eine noch lebende, am Rumpf gehäutete Katze auf einem öffentlichen Platz ausgesetzt wurde und in Folge der schweren zugefügten Verletzungen eingeschlüpfert werden musste, ereignete sich wenig später die nächste furchtbare Katzenmisshandlung. Das in diesem Fall bereits tot aufgefundene Tier war ebenso auf fachkundige Art und Weise gehäutet und zu Tode gequält worden.

Die immer wieder bekannt werdenden Fälle von Tierleid, sei es beispielsweise in der Haltung, beim Transport oder der Schlachtung, zeigen, dass die aktuell zu niedrig bemessene Ausgestaltung der Strafen offenbar nicht die abschreckende Wirkung erzielt, die es benötigt. Tierquälerei muss mit aller Härte bekämpft werden!

Eine Verschärfung der Strafen ist daher das Gebot der Stunde. Nur auf diese Weise kann eine Verhaltensänderung in den Köpfen schlechter Tierhalter und Sadisten bewirkt werden. Wer zu solch grausamen Taten wie Katzenhäutungen imstande ist, stellt eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar und ist daher entsprechend zur Rechenschaft zu ziehen.

Derzeit ist Tierquälerei in Österreich mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe bedroht. Sofern die Schwelle für die gerichtliche Strafbarkeit der Tat nicht erreicht wird, finden sich insbesondere im Tierschutzgesetz auf Tierquälerei sowie die Tötung von und Eingriffe an Tieren bezogene Verwaltungsstrafbestimmungen. Daneben gibt es noch weitere Spezialgesetze zum Schutz von Tieren.

In unseren Nachbarländern Deutschland und Schweiz ist in Fällen der Tierquälerei bereits die Strafandrohung einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorgesehen.

Diesem Beispiel soll auch Österreich endlich folgen. Gleichzeitig sind auch die weiteren bestehenden Strafandrohungen in den Tierschutz betreffenden Verwaltungsstrafbestimmungen, wie etwa im Tierschutzgesetz oder im Tiertransportgesetz 2007, in entsprechendem Ausmaß zu erhöhen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, die Strafandrohung für Tierquälerei in § 222 Absatz 1 StGB auf bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe zu erhöhen und eine dementsprechende Erhöhung der Strafandrohung bei allen den Tierschutz betreffenden Verwaltungsstrafbestimmungen vorzunehmen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuseherInnen, liebe Astrid, herzlichen Dank für diesen Antrag, den auch wir für extrem wichtig erachten. Wir würden uns auch wünschen, dass Tiere von allen Menschen als Wesen mit Würde betrachtet werden, dass sie nicht als Gegenstände gesehen werden und das ist etwas, was man manchmal fast glauben möchte, wenn man diese Bilder sieht, wie mit Tieren umgegangen wird. Und auch wir würden uns wünschen, und du hast es schon gesagt, dass Tierschutz verstärkt ein Thema auch in den Schulen wird, wo wirklich auch praktisch mit Tieren gearbeitet wird und allen klar wird, dass Tiere mindestens so Leid empfinden wie wir. Daher unterstützen wir natürlich diesen Antrag, weil wir das für sehr wichtig

halten, dass der Strafrahmen erhöht wird. Wir sehen aber auch, dass es viele Bereiche gibt, wo auch Tierleid passiert und das jetzt nicht über das Tierschutzgesetz geregelt wird. Das sind einerseits die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die Beschränkung von Tiertransporten, die wir massiv fordern, und die Eindämmung von Tierversuchen, ein Thema, das leider nicht so stark in der Öffentlichkeit ist, deshalb sind wir auch sehr froh, dass es für die EU-Ebene einen Untersuchungsausschuss gibt, von dem wir hoffen, dass da viel Transparenz geschaffen wird und Tierleid aufgedeckt wird. Wir glauben, dass es dringend deutliche Gesetzesverschärfungen nicht nur in Österreich, sondern auch auf EU-Ebene braucht und klare Konsequenzen bis hin zur Vertragsverletzungsverfahren und unterstützen diesen dringlichen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt sehr gerne (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, weiß ich jetzt nicht, wie abgestimmt wird, aber ich hoffe, dass der Antrag eben eine Mehrheit findet und dann hoffe ich, dass im Bund bei Schwarz-Grün dieser Antrag auf Wohlwollen stößt. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Der nächste Antrag wird vorgebracht von Klubobmann Karl Dreisiebner und ich darf darum bitten. Er ist nicht vor Ort. Sonst ziehen wir den Antrag von Herrn Gemeinderat Kuhn vor, ist auch nicht da (*Gelächter im Saal*).

Wir könnten ja irgendeine Gesangseinlage einstudieren.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Sehen Sie das doch ein bisschen mit Humor, Frau Kollegin. Nichts Böses.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Nein, bisschen mit Humor, das schadet oft nicht, auch wenn das Wetter trüb ist.

Bitte, Herr Klubobmann.

8.6 Gemeinsame Wege in die Zukunft des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs in der Stadt und im Großraum Graz (GR Karl Dreisiebner, Grüne)

GR Dreisiebner:

Vielen Dank für das Verständnis, nicht nur mir ist es relativ kalt und man versucht, sich zwischendurch in Bewegung zu setzen, ich habe mich offensichtlich in der Zeit verschätzt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte KollegInnen, liebe Damen und Herren, die den Livestream verfolgen. Wir haben uns heute in der Fragestunde schon ein Stück mit einigen Fragen auseinandergesetzt, mit der Themenstellung des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, das ist eine sehr wichtige und uns permanent beschäftigende Herausforderung, die eine wachsende Stadt, einen wachsenden Wirtschafts-, Ausbildungs- und Handelsstandort, wie eine Stadt Graz, natürlich immer wieder neu befasst. Das Thema, das wir in Graz haben, ist, dass wir mitunter zwar die eine oder andere Entscheidung treffen, diese Entscheidungen

manchmal halten, aber nicht immer halten. Das Thema in Graz ist aber auch, dass es mittlerweile nicht nur mehrere Gesellschaften gibt, gegen die grosso modo nichts zu sagen ist, ob Gesellschaften oder Abteilungen, gegen die grosso modo nichts zu sagen ist, die hier planen, sondern dass es hier auf der Ebene der ExpertInnen und der MitarbeiterInnen offensichtlich keinen guten Austausch gibt und dass es vor allem unter den politischen ExponentInnen, sei es in der Stadtregierung, sei es im Gemeinderat, in den zuständigen Ausschüssen, nicht den entsprechenden Austausch gibt. Irgendwie fällt einem das Bild ein, dass man wie im Weltall, also bei Raumschiff Enterprise z.B., feststellt, dass sich die Abstände zwischen den Fixsternen, zwischen den politisch handelnden Personen, zwischen den Parteien, permanent vergrößern, beinahe mit Lichtgeschwindigkeit vergrößern, und so ist es auch immer schwieriger möglich, miteinander ergebnisoffen, faktenbasiert zu diskutieren, sich auszutauschen und vor allem das Ziel, eine gute Lösung, eine erfolgreiche Lösung für den wachsenden Stadtraum und für die Menschen in diesem Stadtraum sowie im Umland, die Pendlerinnen und Pendler zu finden. Die Außenwahrnehmung ist mittlerweile die, dass man hier feststellt, dass es im Magistrat, im Rathaus, im Gemeinderat eigentlich nicht wirklich die großen Erfolge gibt, sondern eher sowas wie einen andauernden Streit, einen sich immer wieder zuspitzenden Streit zwischen den einzelnen Positionen und das ist etwas, was natürlich auch auf uns alle zurückfällt, das sollten wir nach Möglichkeit versuchen, anders aufzusetzen. Es ist für uns legitim, über den Ausbau des Straßenbahnnetzes nachzudenken, über die U-Bahn nachzudenken, Minimetro als Variante der U-Bahn nachzudenken, natürlich auch die S-Bahn mitzudenken. Das ist alles sehr, sehr legitim und das soll auch alles behandelt werden, das soll aber auch entsprechend mit den entsprechenden Daten, Grundlagen, mit den Ergebnissen der Experten oder Zwischenergebnissen der Expertinnen und Experten behandelt werden. Das ist das, was aus unserer Sicht nicht ausreichend gut passiert und deswegen stehe ich hier und versuche hier, einen neuen Anschlag zu machen, einen Anschlag für die Menschen, einen Anschlag für alle, die mobil sein wollen, die mobil sein müssen. Das Problem ist,

wie gesagt, nicht, dass man das eine nicht denken darf und das andere wohl, das Problem ist, dass wir nicht genau wissen, was passiert in einer Gesellschaft, moderne, urbane Mobilität 2030+, die denkt über die U-Bahn, Minimetro nach und offenbar gibt es da nicht einmal zwischen den einzelnen Abteilungen, Verkehrsplanung, Baudirektion, Holding Graz, wo das angesiedelt ist, die entsprechenden Austausch und Informationsflüsse und das ist etwas, was uns nicht weiterführt. Vor einer Woche gab es einen Sonderausschuss Verkehr und auch das war ein Beispiel, wo man gemerkt hat, dass man eigentlich versucht, die Erkenntnisse eines international anerkannten Experten, einer Firma und des Firmenchefs Hüsler, der Graz schon seit 20 Jahren und mehr berät, nicht auf Basis der Ergebnisse und der Fakten, die ja international auch anerkannt sind, zu diskutieren, sondern eher versucht, das, sagen wir einmal, in Zweifel zu ziehen und diese Dinge mehr. Ich möchte noch ganz kurz sagen, was Hüsler gesagt hat und das was im Verlauf ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Du kannst vorlesen, weil du bist schon am Ende, du hast schon alle Zeit aufgebraucht, also bitte den Antrag verlesen.*

GR Dreisiebner:

... ja, ich bin am Ende, der Herr Vorsitzende ist da immer sehr schnell mit dem Ausspruch, man ist am Ende. Hüsler will auf jeden Fall, dass wir versuchen, miteinander einen Konsens herzustellen auf Basis von Fakten und diesem allem mehr und warum ist es wichtig, dass wir das tun? Es ist wichtig, weil wir ein wachsender Raum sind, weil Verkehr ein ganz ein massiver Klimafaktor ist, der uns beschäftigen wird, der natürlich auch die Raumfrage usw. beschäftigt. Wir sind es den Menschen schuldig in Graz und im Umland und deswegen stelle ich folgenden dringlichen

Antrag:

1. Die Stadtsenatsmitglieder für Verkehr, für Beteiligung und Finanzen, für Stadtplanung und für die Baudirektion werden beauftragt, unter der Leitung des Herrn Bürgermeisters Nagl, in seiner Gesamtverantwortung, einen Informations- und Diskussionsprozess mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zur Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Graz und im Großraum Graz zu starten.
2. Zu diesem Prozess werden Expertinnen und Experten aus dem Haus Graz, Vertreterinnen und Vertreter des Landes Steiermark sowie externe Expertinnen und Experten hinzugezogen.
3. Ziel des Prozesses ist es, alle relevanten Informationen aufzubereiten und zu bewerten, sodass im Gemeinderat auf dieser Grundlage eine langfristige Systementscheidung für den öffentlichen Nahverkehr im Großraum Graz getroffen werden kann.

Eine Entscheidung, die länger halten soll als eine Periode, weil das ist notwendig, um hier weiterzukommen. Ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Thema Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Graz und im Zentralraum Graz ist seit vielen Jahren eines, das in Wahrheit niemanden zufriedenstellt. Die einzelnen Parteien gehen in der eminent wichtigen Frage der Grazer Verkehrszukunft und der Zukunft des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) nicht aufeinander zu, sondern immer mehr auf Distanz. Es soll mitunter außerhalb des Rathauses sogar der Ausspruch gefallen sein, dass sich die Unterschiedlichkeit der Positionen ähnlich wie das Weltall mit beinahe Lichtgeschwindigkeit rasant vergrößern. Entsprechend der steigenden Entfernung der parteipolitischen Fixsterne nimmt die Möglichkeit ab, sich ergebnisoffen auszutauschen.

Die Bilanz der in Graz tatsächlich realisierten Verkehrs-Infrastrukturprojekte hält mit der Entwicklung der wachsenden Stadt und der zunehmenden Dynamik des Wirtschafts-, Bildungs- und Handelsstandortes Graz nicht mit und gerade der Blick auf die Weiterentwicklung des ÖPNV lässt nicht viel Gutes erahnen. Jede und jeder hat ein favorisiertes System, jede und jeder vermeint, Argumente gegen alle anderen Systeme zu haben. Ist also einer für die Straßenbahn, ist der andere reflexartig dagegen. Ist eine für die U-Bahn, passiert das selbe umgekehrt. Bringt jemand den fehlenden oder schwächelnden Link zum Regionalverkehr und zur S-Bahn ins Spiel, wird auch das unter Garantie negiert.

Dass alle ihre Vorlieben – vielleicht sogar Überzeugungen – haben und diese kommunizieren, ist die eine Sache. Was die Situation jedoch verschärft und zu einer öffentlichen Ermüdung und Frustration beiträgt, ist, dass die Differenzen im Gemeinderat, in den Fachausschüssen und in den Medien ausgetragen werden und dass dieses Austragen und Hinaustragen von – geradezu als Glaubenssätze formulierten – Differenzen alles ist, was die Politik in Graz seit Jahren zustande bringt.

Eine weitere Zuspitzung des Problems ergibt sich durch Parallelitäten bei der Planungszuständigkeit. So arbeiten die Abteilung für Verkehrsplanung, die Holding Graz GmbH bzw. deren Tochtergesellschaft MUM2030+ an unterschiedlichen Ansätzen und an, einander möglicherweise konkurrierenden, Verkehrssystemen. Und dies alles offenbar ohne genügend Austausch und mit zu wenig Transparenz, auch auf der politischen Ebene. Das beginnt in der Stadtregierung, geht weiter über die Ausschüsse und endet hier im Gemeinderatssitzungssaal. Dieser Zustand gereicht niemanden zum Ruhm und ist sicher nicht dienlich, um ein zentrales Problem unserer Stadt zu lösen, nämlich eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur zu realisieren, die der wachsenden Stadt gerecht wird und die es ermöglicht, dass möglichst viele Menschen ihre Wege mittels ÖV zurücklegen.

Willi Hüsler hat in der Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der vergangenen Woche folgende drei Schritte skizziert, die für einen erfolgreichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs notwendig sind.

- 1. Geeignete und umsetzbare Projekte mit Blick auf die gesamtheitliche Problemstellung definieren*
- 2. Finanzierungsmöglichkeiten sichern*
- 3. Politischen Konsens herstellen.*

Die Strategie, sich mit immer neuen Ideen gegenseitig zu konkurrieren, sollten wir als gescheitert betrachten, so lassen sich keine tragfähigen Lösungen entwickeln. Diese Planlosigkeit geht zu Lasten der Menschen in Graz und im Großraum Graz, sie geht auf Kosten ihrer Lebensqualität und ihrer Gesundheit. Nicht zuletzt ist der Verkehr in den Ballungsräumen der klimarelevanteste Faktor. Wenn wir es als Stadt Graz nicht schaffen, zukunftsfähige Verkehrslösungen zu entwickeln und umzusetzen, dann werden wir es auch nicht schaffen, die Klimakrise abzuwenden. Daher sollten wir den Weg gehen, uns gemeinsam mit der Zukunft des Öffentlichen Verkehrs zu befassen, die Argumente der ExpertInnen aber auch die der jeweils anderen Parteien zu hören und ernst zu nehmen, um endlich zu einem tragfähigen politischen Konsens, der länger als eine Gemeinderatsperiode hält, zu kommen. In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen - ALG daher folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Die Stadtsenatsmitglieder für Verkehr, für Beteiligung und Finanzen, für Stadtplanung und für die Baudirektion werden beauftragt, unter Leitung von Bürgermeister Nagl einen Informations- und Diskussionsprozess mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zur Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Graz und im Großraum Graz zu starten.*
- 2. Zu diesem Prozess werden ExpertInnen aus dem Haus Graz, VertreterInnen des Landes Steiermark sowie externe ExpertInnen hinzugezogen.*

3. *Ziel des Prozesses ist es, alle relevanten Informationen aufzubereiten und zu bewerten, sodass im Gemeinderat auf dieser Grundlage eine langfristige Systementscheidung für den öffentlichen Nahverkehr im Großraum Graz getroffen werden kann.*

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste im Livestream, sehr geehrter Antragsteller, lieber Karl. Einmal vielen Dank für deinen konstruktiven und gut ausgeführten Antrag, den wir von der SPÖ hinsichtlich der Dringlichkeit und natürlich auch inhaltlich unterstützen werden. Dein Motivenbericht bringt ja viele Sachverhalte auf den Punkt. Bisweilen hat man ja wirklich den Eindruck, man lebt in Parallelwelten, in denen sich maßgebliche Persönlichkeiten auf der einen Seite und auf der anderen Seite bewegen. Da haben wir auf der einen Seite einen professionell arbeitenden Verkehrsplaner, wie den Prof. Hüsler, dessen sich die Verkehrsplanung bedient und die Verkehrsplanung macht das Beste aus ihren gering übertragenen Möglichkeiten. Und auf der anderen Seite existiert, ich nenne es jetzt ein Paralleluniversum, und zwar die Holding, die mit ihren Trabanten, die MUM 2030, mehr oder weniger an der für Verkehr verantwortlichen Stadtsenatsreferentin, der Verkehrsplanung und am Gemeinderat vorbeigiert, dadurch werden natürlich wieder unnötig Zeit- und Geldressourcen schlichtweg vergeudet und Projekte auch zeitlich verzögert. Es gibt dazu auch einen Kontrollbericht „Steuerung des öffentlichen Personennahverkehrs in Graz“ von Februar 2020 und der setzt sich mit dieser Thematik natürlich auch auseinander. Dieser Kontrollbericht stellt unter anderem fest, z.B., dass die Gründung der MUM 2030 ohne dokumentierte Abstimmung mit dem Kontrollgremium oder der zuständigen Fachabteilung erfolgte, aber mit dem Bürgermeister, Vizebürgermeister und dem Finanzstadtrat, nicht aber mit dem für Verkehrsangelegenheiten zuständigen Stadtsenatsmitglied abgestimmt war. Das Startkapital dazu findet man lapidar unter der Position

„Infrastrukturvoraussetzungen, Mobilitätsgesellschaftslebensraum Mur“ des beschlossenen Wirtschaftsplans, was nichts über die Gründung der MUM im Grunde aussagt, die übrigens im Aufsichtsrat der Holding auf Basis einer Präsentationsunterlage aus dem ÖVP-Klub oder aus einer ÖVP-Klub-Klausur vom 21.3.2019 in weiterer Folge gegründet wurde. Das Ganze ist höchst undurchsichtig und in keinsten Weise eine transparente Vorgangsweise. Man muss sich jetzt wirklich die Frage stellen, wer in Graz für die Verkehrsplanung eigentlich zuständig ist. Dazu gibt der Kontrollbericht auch eine Vielzahl an Empfehlungen ab, wie z.B. eine Überarbeitung der Steuerungs- und Berichtsprozesse für den ÖPNV zu prüfen, um die fachliche Steuerung und Kontrolle der strategisch/politischen Vorgaben durch das Kontrollgremium sowie der Abteilung für Verkehrsplanung sicherzustellen, also das heißt mit anderen Worten, im Grunde ist die Verkehrsplanung das zentrale Medium hier. Derzeit sieht die Realität aber leider, wieder mal, ganz anders aus. Man versucht, selbst fundierte Studien, wie von Hüsler, der auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen kann, als steile These herabzuwürdigen, wie es im letzten Sonderausschuss leider passiert ist. Das Wording generell hat jetzt wirklich einen historischen Tiefstand in der Causa erreicht. Zum Abschluss möchte ich noch einen Vorschlag machen, besser gesagt, es ist kein Vorschlag, es ist vielmehr eine Forderung, denn es geht ja hier um eine Systementscheidung, einerseits U-Bahn und andererseits Straßenbahn in Verbindung mit S-Bahn ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen.*

GR Mag. (FH) **Muhr**:

... ich bin schon beim Schluss, danke für den Hinweis. Wie von Hüsler präferiert wird, das ist eine Jahrhundertentscheidung mit einem enormen Investitionsvolumen und es wird noch viele, viele Generationen von uns betreffen,

darum fordern wir, legen wir die Daten, Fakten und Kosten sowie die riesigen Konsequenzen, Vor- und Nachteile also auf den Tisch, lassen einen Systemvergleich von objektiven, unabhängigen Fachleuten vornehmen, der für die Bevölkerung auch nachvollziehbar ist und lassen wir dann die Grazerinnen und Grazer in Form einer Bürgerbefragung, wie wir das schon bei Reininghaus gehabt haben, einfach darüber abstimmen, das ist unsere Forderung zu dem ganzen Thema. Danke (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, wir befinden uns noch in der Dringlichkeit, in der Debatte zur Dringlichkeit. Gibt es weitere Wortmeldungen? Der Herr Gemeinderat Lohr hat sich gemeldet. Ich darf noch einmal bitte ersuchen, dass wir uns an die Zeitvorgaben halten, die sind ausgemacht und ich darf alle ersuchen, sich auch daran zu halten, weil sonst darf ich die Klubobleute bitten, andere Regeln einzuführen, oder längere Zeiten, aber ich glaube, das ist nicht im Sinne von uns allen.

GR Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, lieber Antragsteller Karl Dreisiebner. Das Jahr geht zu Ende, anscheinend gehen den Grünen dann auch die Anträge aus, ihr stellt nicht nur gewisse Anträge regelmäßig jedes Jahr, in dem Fall forderst du dich selber auf zu arbeiten, denn der Antrag beinhaltet nichts anderes als den Verkehrsausschuss. Wir haben einen Verkehrsausschuss, der tagt jeden Monat, wir haben Sonderausschüsse, die auch dazwischen einmal zusammenkommen, und wer ist da vertreten? Es sind alle im Gemeinderat vertretenen Parteien, im Fall der Grünen bist es du und die Kollegin Ussner, für die SPÖ ist der Kollege Muhr beispielsweise dort drinnen, es ist die zuständige Stadtsenatsreferentin, die Holding wird bei Bedarf hinzugezogen und es sind auch Experten vorhanden, es ist

der Prof. Hüsler, der ja nicht der Einzige ist, sondern wir können ja zu jedem Thema dann auch weitere Experten und Verkehrsbeauftragte einladen, auch aus dem Land oder aus anderen Gebietskörperschaften. Die Ideen sind auch hier, es ist die Metro, es sind die Straßenbahnerweiterungen, jetzt sind auch die Schleppbandgleise zu prüfen. Auch das sind interessante Ideen, die werden wir alle in der kommenden Zeit hören, da bin ich optimistisch, daher kein dringlicher Antrag, weil das ist die alltägliche Arbeit im Verkehrsausschuss. Und bitte uns nicht mit Anträgen aufzufordern, die ohnehin Aufgaben des Gemeinderates und vor allem der zuständigen Stadtsenatsreferentin sind.

StR Dr. Riegler:

Wir haben ja heute schon in der Fragestunde ein wenig darüber diskutieren können und da habe ich auch schon einmal diagnostiziert, dass es gewissermaßen, wie mir vorkommt, auch beim Karl Dreisiebner sozusagen ein bisschen eine Tendenz zu einer gewissermaßen Öffnung hin zu vielleicht auch bundesfinanzierten und innovativen Verkehrslösungen gibt. Das freut mich sehr, insofern kann ich nur die Hand, die gereicht wird, zurückreichen, metaphorisch natürlich nur in Zeiten von Corona, und gewissermaßen die Hand ausstrecken an alle. schauen wir, dass wir gemeinsam zu Bundesfinanzierungen kommen, schauen wir, dass wir gemeinsam uns ein Bild darüber machen, wo tatsächlich Potentiale bestehen, um den Verkehr zu beschleunigen und da geht es nicht nur um den Binnenverkehr, der auch schon einmal nicht unbedeutend ist, sondern da geht es vor allem auch um den Einpendler- und Auspendlerverkehr. Denn wenn man an der Glacisstraße, an der Elisabethstraße wohnt, oder wenn man gelegentlich schaut, was sich jeden Morgen, jeden Abend von Norden, von Süden her kommend abspielt, dann ist es, glaube ich, ganz auch im Sinne dessen, was der Herr Hüsler sagt, sinnvoll, dass man eben eine Kombination aus langsamen und sozusagen kurzstreckigen und aus leistungsfähigen, schnellen Verbindungen schafft, um eben zu ermöglichen, dass beispielsweise jemand, der von Gratwein

zum LKH muss, demjenigen oder derjenigen zu ermöglichen, damit relativ flott von Gratwein zum Hauptbahnhof und dann mit einer schnellen Verbindung z.B. zum LKH zu kommen. Also da würde ich doch glauben, dass wir gut beraten sind, dass wir jetzt nicht einfach sagen: „Ja, es kann nur die Straßenbahn sein“ – sozusagen „more of the same“. Im Übrigen möchte ich anmerken, dass wir tatsächlich ja beim Modal Split so ein bisschen eine Art von Doppelmühle haben. Wenn der Modal Split zugunsten des öffentlichen Verkehrs sich nicht verbessert, „dann hobt’s uns in da Reissn“, weil ihr dann sagt: „Ja, schaut’s her, ihr habt ja nichts gemacht“, dabei haben wir natürlich in Wahrheit bei 50.000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern sehr viel gemacht, dass der Modal Split einigermaßen mit diesem Bevölkerungszuwachs mitkommt. Auf der anderen Seite, Doppelmühle, wenn man dann aber sagt, wir wollen eigentlich ein leistungsfähiges, schnelles System haben, dann sagt ihr, ihr seid dagegen. Also, da würde ich wirklich bitten, öffnen wir uns, machen wir in der Beziehung tatsächlich eine ergebnisoffene Diskussion. Da wir das sowieso vorhaben, da wir daran arbeiten und da wir ja auch vorhaben, entsprechende Präsentationen von Ergebnissen zu machen, sehen wir heute unmittelbar die Dringlichkeit nicht als gegeben an, aber wir sind gerne bereit, da noch viel mehr für einen erfolgreichen öffentlichen Verkehr in Graz zu tun (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Karl Dreisiebner, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die sich zuvor zu Wort gemeldet haben. Erstens einmal möchte ich mich bedanken bei dir, Karl Dreisiebner, und auch bei dir, Gemeinderat Ewald Muhr, für die wohlmeinende, und ich sehe eure Wortmeldungen und auch deine Initiative als einen Versuch und durchaus in eine Richtung gehend, dass wir genau das, was nämlich beim letzten Sonderverkehrsausschuss, Dr. Hüsler, der ja schon mehrmals erwähnt worden ist, erfüllt wird, nämlich, dass wir beim öffentlichen Verkehr nur dann weiterkommen können, wenn die Finanzierung stimmt und wenn wir inhaltlich beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs an einem Strang ziehen. Das ist in jeder Stadt in Europa so,

da ist Graz keine Ausnahme, das ist die einzige Chance, um weiterzukommen. Ich glaube nur nicht daran, dass so ein Dringlichkeitsantrag diese Sache lösen kann, weil auf Ämterebene und auch mit den Graz Linien ist es nicht so, dass nicht zusammengearbeitet wird, das passiert täglich, wöchentlich, hier gibt es die Gespräche, hier gibt es auch die Zusammenarbeit und das habe ich in diesen vier Jahren durchaus wohltuend bemerken und erleben können. Und ich bin ja da auch eingebunden und ich in meiner Zuständigkeit pflege selbstverständlich den Stil, immer den Verkehrsausschuss, nicht nur über das Kontrollgremium, was ganz neu in dieser Periode ist, zu informieren und über die Entscheidungen, sondern selbstverständlich auch über alle Überlegungen, Planungen und auch Ergebnisse, wie zuletzt von Dr. Hüsler, über das Studienergebnis der Murseilbahn. Das haben wir deshalb gemacht, damit eben ein Mobilitätskonzept, das ja seit vielen Jahren immer im Raum gestanden ist, man wieder auf den Boden der Realität bringt, überprüfen kann und eben gesehen hat, dass es eben kein taugliches Instrument ist und ist einmal wichtig, dieses Kapitel abzuhaken, damit wir in den anderen Fragen weiterkommen. Niemals ist von jemandem gesagt worden, dass eine U-Bahn kein taugliches öffentliches Verkehrsmittel ist, es ist aber die Frage: Ist es eines für Graz? Und hier, wenn jeder aufgepasst und auch die ganzen Jahrzehnte in den Debatten, wenn man sich mit Verkehrspolitik beschäftigt hat, mitgekommen ist, müssen wir in das Stadtgebiet von Graz mit dem Straßenbahnsystem weiterkommen und hier sind wir ja eigentlich auf einem guten Weg. Es ist ja nicht so, dass hier nichts weitergegangen ist. Das Straßenbahnpaket I ist auf Schiene und das Straßenbahnpaket II haben Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen, wir müssen jetzt nur die Sachen auf den Boden bringen und nicht zusätzliche Kreise einbringen, sondern wirklich konsequent hier daran weiterbleiben. Und selbstverständlich braucht es über die Stadtgrenzen hinaus ein taugliches, schnelles Mobilitätssystem. Ob das die S-Bahn sein wird oder andere Systeme, das wird man sehen und hier gibt es ja auch eine Zusammenarbeit zwischen Stadt Graz und dem Land Steiermark, die tagen ja hier regelmäßig und ansonsten habe ich keine Angst und keine Sorge,

auch was die politischen Mandatare und Mandatarinnen betrifft in der Stadtregierung. Der Herr Bürgermeister und die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ haben keine Angst vor mir. Manchmal gibt es eben unterschiedliche Gesprächsebenen und es ist einmal so in der Politik, dass manchmal der eine in die Richtung geht und der andere in eine andere. Und hier, noch einmal, muss man einfach schauen, dass man auf die Fachmeinung hört und hier spricht vieles im Stadtgebiet von Graz eindeutig für den Ausbau der Straßenbahn. Dankeschön (Appl.).

GR Dreisiebner:

Ich bedanke mich bei allen, die sich zu Wort gemeldet haben, insbesondere beim Kollegen Ewald Muhr, und ja, mit dem Kollegen Roland Lohr von der FPÖ, würde ich einmal sagen, wir reden das noch einmal durch, weil ich habe so ein bisschen das Gefühl, du hast den Antrag gar nicht gelesen, sondern einfach nur irgendwas Lustiges gesagt, das halt so quasi für dich uns für deine Kolleginnen und Kollegen passen könnte. Der Antrag ist nämlich genau darauf eingegangen, dass es offenbar nicht reicht, wie der Verkehrsausschuss arbeiten kann. Ich darf das auch kurz herleiten. Es ist ja nicht so, dass alles im Verkehrsausschuss dementsprechend präsentiert und diskutiert werden kann. So haben wir z.B. von der Gesellschaft Moderne Urbane Mobilität 2030+ bis heute noch keinen einzigen Bericht, im Übrigen ist dies auch nicht im Gemeinderat beschlossen worden die Gründung dieses Unternehmens und die Beauftragung dieses Unternehmens, das sei nur am Rande angemerkt, dahin gibt es keine Informationsaustausche. Sehr wohl ist es aber so, dass Vertreterinnen, und das ist vollkommen richtig, der Holding anlassbezogen im Verkehrsausschuss teilnehmen und dort auch ihre Fragen bzw. ihre Wortmeldungen dankenswerterweise auch abgeben und aussprechen. So viel zur Genese. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist das, was hier in den letzten Wochen, Monaten und Jahren passiert, leider etwas, das offenbar nicht zu einem guten Ergebnis führt. Es ist kein Problem, dass Verschiedene an verschiedenen

Ideen arbeiten, das Problem ist nur, dass es nicht gut zusammengeführt wird. Das noch einmal als Letztes in Richtung Roland Lohr. Die eigentliche Richtung dieses Antrages, schlussendliche Bestärkung, dass wir das machen sollten, führt sicher zurück auf ein Posting des lieben Herrn Beteiligungs-, Finanz- und Kulturstadtrates Riegler von Samstag, der dort unter anderem Folgendes schreibt: „Wir müssen gemeinsam – alle am ÖV Interessierten, politisch und medial Interessierten – auftreten, um vom Bund die für den überregionalen Verkehr zur Verfügung stehenden Mittel abzuholen, daher lade ich, und jetzt nenne ich einige Namen, Elke Kahr, Judith Schwentner, Michael Ehmann und alle Wohlmeinenden ein“, da habe ich mich dann angesprochen gefühlt, (*Gelächter im Saal*) „sich an dieser Diskussion konstruktiv zu beteiligen und ergebnisoffen darüber zu diskutieren.“ Genau das ist das Ziel dieses Antrages und genau jetzt wundere ich mich, dass der liebe Günter Riegler sagt: „Das brauchen wir eigentlich nicht“.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dreisiebner:

Nein, wenn es nicht dringlich ist, dann heißt es auch, dass wir das nicht brauchen, das ist schon eine ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dreisiebner:

... ich darf sie hier für mich treffen. Ich habe das Wort ...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Herr Klubobmann, du hast das Wort nicht mehr, du hast die Zeit reichlich ausgereizt. Ich bringe die Dringlichkeit jetzt zur Abstimmung.

GR Dreisiebner:

... schlussendlich ...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Du hast nicht mehr das Wort! Ich bringe die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

GR Dreisiebner:

... wenn der Herr Günter Riegler hier auftritt und sagt, es gibt nur für die U-Bahn Geld, dann ist das nicht wichtig? ...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Bitte abtreten! Wer für die Dringlichkeit ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, dankeschön. Ich darf Herrn Gemeinderat Kuhn herausbitten, um seinen dringlichen Antrag vorzubringen und darf den Vorsitz dem Kollegen Riegler übergeben.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (17.48 Uhr).

StR Dr. **Riegler**:

Ich übernehme den Vorsitz und freue mich, dass der Herr Kuhn wieder einmal über die Tennenmälzerei diskutieren möchte.

8.7 Temporäre sowie dauerhafte Nutzung der Tennenmälzerei (GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)

GR Mag. **Kuhn**:

Dankeschön. Mein dringlicher Antrag bezieht sich auf eine Kunstfrage, auf die Tennenmälzerei, und zwar auf die temporäre bzw. die dauerhafte Nutzung, wie der Herr Stadtrat es schon eben angesprochen hat, ich habe beim letzten Mal eine Frage gestellt, aber ich war da ja nicht der Einzige. Wie Sie wissen, beschäftigen sich ja viele Leute mit der Tennenmälzerei. Das sind nicht nur ArchitektInnen, Kulturschaffende, SoziologInnen, sondern auch Interessierte, die möchten, dass da irgendwas weitergeht, dass da was vorgebracht wird. Im Sommer gab es ja auch Veranstaltungen von La Strada und dem Open Lab Reininghaus, und, wie ich meine, recht erfolgreich wurde da gezeigt, dass man sehr wohl auch diese Tennenmälzerei nutzen kann. Wichtig wäre es halt jetzt, dass man weiter geht und die Tennenmälzerei sozusagen bewusst als Zwischenschritt, wenn man jetzt schon nicht genau die endgültige Planung hat bzw. wenn man auch der Geldfrage noch überlegt, wie kann man das machen, wäre ganz wichtig eine Zwischennutzung. Zwischennutzung braucht aber auch ein bisschen Geld und braucht natürlich auch eine Planung, das heißt, für eine Zwischennutzung, vor allem in den Wintermonaten, braucht man halt eine Heizung, braucht es, dass die WC- und Sanitäreinrichtungen drinnen sind, man muss auch schauen, dass die Treppe, die Aufgangstreppe verändert wird, weil jetzt die Bauarbeiten direkt an die Tennenmälzerei heranrücken. Ich glaube aber trotzdem, dass eine Zwischennutzung, auch während dieser Bauarbeiten, gut machbar ist oder

machbar wäre, z.B. an Wochenende oder eben in den Abendstunden. Es hat auch etliche Veranstaltungen gegeben, etliche KollegInnen aus dem Gemeinderat bzw. aus dem Stadtsenat waren ja auch dabei, das ist ja auch von La Strada und vom Reininghaus Lab organisiert worden und da haben sich natürlich auch Leute eingebracht und das ist auch gut so. Zu meinem dringlichen

Antrag:

1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee eines Kultur- und Nachbarschaftszentrums Tennenmälzerei im Stadtteil Reininghaus, das ein Zusammenleben und die Entwicklung der Nachbarschaft im neuen Stadtteil fördert und bekennt sich zu einer provisorischen Nutzung als ersten Zwischenschritt sowie mittelfristig zur dauerhaften Erhaltung als Zentrum für den Stadtteil.
2. Finanzstadtrat Riegler möge eine provisorische Übergangsnutzung der Tennenmälzerei prüfen.
3. Die zuständigen Abteilungen mögen für die notwendigen Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten der Tennenmälzerei als dauerhafte Kultur- und Nachbarschaftseinrichtung die erforderlichen Maßnahmen sowie den Zeitplan samt Kostenschätzung erarbeiten und dann halt dem Kulturausschuss im Frühling zur Diskussion vorlegen.

Ich bitte um Annahme und ich bitte um Dringlichkeit (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die historische und denkmalgeschützte Tennenmälzerei aus dem Jahr 1888 wird nun schon seit mehr als fünf Jahren als „kulturelle Herz“ für den neuen Stadtteil Reininghaus be- und gezeichnet. Seit 2014 beschäftigen sich Kulturschaffende,

SoziologInnen, ArchitektInnen sowie Interessierte unter dem Namen „StadtDenkerInnen“ mit dem Plan eines offenen Kulturzentrums „Tennenmälzerei“. Das Interesse für ein gut funktionierendes Kultur- und Begegnungszentrum ist von verschiedenen Seiten groß. Erste Umbaupläne, etwa des renommierten Grazer Architekten Thomas Pucher, liegen ebenso vor wie unterstützende Signale des Bauträgers.

La Strada, Open Lab Reininghaus und einige andere haben mittlerweile bewiesen, dass die Tennenmälzerei als Ort für Kultur, Veranstaltungen und Diskurs sehr gut funktioniert und sowohl von KünstlerInnen als auch von kulturinteressierten GrazerInnen bestens angenommen wird. Das Gebäude bietet drei Ebenen für eine vielfältige Nutzung und Programmierung an. Denkmöglich und umsetzbar ist ein offener Ort, der vom Nachbarschaftstreff mit Café, über Arbeitsräume bis hin zu Flächen für Theater, Performances, Konzerte und als Treffpunkt für nachbarschaftliche Initiativen vielfältige und flexible Möglichkeiten bieten würde.

La Strada-Chef Werner Schrempf, die Leiterin des Forum Stadtpark Heidrun Primas, die Architektin Andrea Redi, Andreas Goritschnig und viele andere beschäftigen sich seit Jahren mit der Mälzerei und der Vision, sie für die BewohnerInnen im Grazer Westen zugänglich und für die Kulturszene nutzbar zu machen. Auch Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zeigte sich schon vor Jahren vom Gebäude und von den sich dort bietenden Möglichkeiten begeistert, das Projekt Reiningherz wurde insbesondere von der damalige Kulturstadträtin Lisa Rücker unterstützt.

Gerade La Strada und Open Lab Reininghaus versuchen bereits, die nächsten Schritte zu machen und die denkmalgeschützte Tennenmälzerei zu programmieren und zu bespielen. Mehrere Mitglieder des Stadtsenats und des Gemeinderats waren selbst bei Diskursveranstaltungen des La Strada-Projekts „What if...“ eingeladen und somit Teil dieses spannenden Kultur- und Stadtentwicklungsprojekts.

Die Mälzerei könnte ein offener, niederschwelliger und integrierender Treffpunkt und ein Ort der kulturellen und sozialen Begegnung werden, der das Entstehen von Nachbarschaft und Grätzler-Leben im neuen Stadtteil anstoßen und stützen könnte. Eine Erhebung zum notwendigen Ausbau der Stadtteilarbeit in Graz nannte den neuen Stadtteil Reininghaus als eines jener Gebiete, wo der Bedarf künftig besonders hoch sein wird. Die Mälzerei wäre auch ein Angebot für die Wohnbevölkerung im Umfeld von Reininghaus bzw. im Grazer Westen. Schließlich könnte und sollte die Mälzerei jener Ort sein, der aktiv kulturelles und lebendiges soziales Leben direkt in einem Wohngebiet ermöglicht und sicherstellt, dass Reininghaus nicht nur eine Wohn- und Schlafstadt wird, sondern ein Stadtteil, dessen Herz kräftig schlägt.

Schon vor Jahren gab es seitens der RepräsentantInnen der Stadt Graz Absichtserklärungen, zusätzlich zur Entwicklung von Wohnraum, Geschäfts- und Büroflächen sowie von Verkehrs- und Grünflächen auch eine Kultureinrichtung im neuen Stadtteil Reininghaus umsetzen zu wollen und zwar frühzeitig. Es gab etliche Bekenntnisse der Stadt Graz zur Tennenmälzerei. Zum Beispiel fand unter dem Titel OPEN Reininghaus der Kulturdialog statt, der sich einem breiten Diskurs über Stadtentwicklung als gesellschaftlichen Gestaltungsprozess widmete. Der Informationsbericht dazu wurde vom Gemeinderat mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Nur konkret passiert ist seither leider nur wenig.

Es wäre dringend an der Zeit, die ersten notwendigen Schritte für eine Absicherung einer Zwischen- und Übergangsnutzung für die Tennenmälzerei zu setzen. Das Gebäude braucht aufgrund von Bautätigkeiten im direkten Umfeld einen alternativen Zugang zur großen im Obergeschoß liegenden Fläche, des Weiteren eine Möglichkeit einer Heizung, entsprechende frostsichere Sanitäreinrichtungen und dgl. mehr. Alles in allem sollten die unbedingt notwendigen Maßnahmen und Investitionen für einen provisorischen Betrieb überschaubar sein und bei gutem

Willen, den die Stadt vor Jahren schon zugesagt hat, kein unüberwindbares Hindernis darstellen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee eines Kultur- und Nachbarschaftszentrums Tennenmälzerei im Stadtteil Reininghaus, das ein Zusammenleben und die Entwicklung der Nachbarschaft im neuen Stadtteil fördert und bekennt sich zu einer provisorischen Nutzung als ersten Zwischenschritt sowie mittelfristig zur dauerhaften Erhaltung als Zentrum für den Stadtteil.*
- 2. Finanz- und Immobilienstadtrat Dr. Günter Riegler möge eine provisorische Übergangsnutzung der Tennenmälzerei als Kultur- und soziales Begegnungszentrum prüfen, bis ein ordentlicher Ausbau möglich ist.*
- 3. Die zuständigen Abteilungen mögen für die notwendigen Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten der denkmalgeschützten Tennenmälzerei als dauerhafte Kultur- und Nachbarschaftseinrichtung die erforderlichen Maßnahmen sowie einen Zeitplan samt Kostenschätzung für die Realisierung erarbeiten und dem Kulturausschuss bis März 2021 zur Diskussion vorlegen.*

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, der Herr Kuhn hat, im Gegensatz zu den Vorrednern und Diskussionsteilnehmern, die Zeit nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten. Ich darf einladen zur Diskussion. Ich sehe da hinten die Frau Kollegin Robosch.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat Riegler, geschätzter Antragsteller. Ich begrüße diesen Antrag sehr, weil wir ja gemeinsam, bei der letzten Sitzung, diese Frage unserem Kulturstadtrat gestellt haben, inwieweit die Pläne für die Nutzung als Kulturzentrum und als Begegnungszentrum in der Tennenmälzerei schon fortgeschritten sind. Und damals haben wir gehört, dass es sehr, sehr bald in der Zukunft Pläne geben soll, die auch handfester sind und die auch quasi eine Finanzierung beinhalten. Trotzdem finde ich es sehr wichtig, dass du heute, lieber Gerald, diesen Antrag stellst, weil die Tennenmälzerei ist das Herzstück, wenn man so will, das architektonische, aber auch das kulturelle Herzstück im neu entstehenden Stadtteil und ich finde es besonders wichtig, dass diese provisorische Zwischenlösung auch in deinem Antrag vorkommt. Weil die Kulturschaffenden auch der GKB oder andere Kulturschaffende, mit denen ich gesprochen habe, sagen, sie würden gerne so viele Dinge in der Tennenmälzerei machen und sie bräuchten im Endeffekt nur ein paar Dinge, um die Zwischenlösung quasi für eine Nutzung der Tennenmälzerei möglich zu machen und deswegen vielen Dank für den Antrag, ich hoffe, er findet in der Dringlichkeit und im Antrag Zustimmung (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

StR Dr. Riegler:

Danke für die Thematisierung der Tennenmälzerei, wenngleich ich auch hier wieder einmal sagen muss, indem man das jetzt jeden Monat weiterspielt, bewirkt man nichts Positives. Denn, wie ihr wisst alle miteinander, hatten wir das Thema Tennenmälzerei gerade erst in der letzten oder vorletzten Gemeinderatssitzung in Form einer Frage, jetzt kommt halt ein dringlicher Antrag. Es gibt mehrere Gründe zu begründen, warum das heute nicht gescheit ist. Erstens

einmal muss man zwei wesentliche Fragen klären. Die eine Frage ist die, was sozusagen überhaupt errichtungstechnisch gemacht werden kann; da habe ich Ihnen schon beim letzten Mal, Herr Kuhn, die Frage beantwortet, dass das sehr, sehr teuer ist, denn die Tennenmälzerei ist ein ehemaliges Lagergebäude für Malz und für Getreide. Es hat zahlreiche Säulen im Inneren. Wenn Sie bei den Veranstaltungen, die Sie erwähnt haben, dabei waren, werden Sie bemerken, dass es dort stockfinster ist und nur mit größter Mühe und mit größtem Aufwand, übrigens auch klimaschädlich, mit extrem hohem Energieeinsatz müssen Sie erst einmal Licht hineinbringen, wenn Sie dort jemanden dauerhaft arbeiten lassen wollen. Dann müssen Sie im Sinne des Arbeitnehmerschutzgesetzes erst einmal dafür sorgen, dass überhaupt genügend Tageslicht hereinkommt, dass dort ein Mensch überhaupt dauerhaft arbeiten kann. Wenn man alle diese Aspekte, also einmal nur das Licht, dann denkt man noch an die Heizung, an das Raumklima, an die technologische Anbindung WLAN, etc., wenn man an all das denkt, dann kann man sich ausrechnen, dass die Tennenmälzerei so herzurichten, dass man dort ein dauerhaftes Arbeiten denken kann, extrem teuer kommt. Daher ist es nicht besonders nützlich, wenn man sich sozusagen gegenseitig innerhalb der Fraktionen gewissermaßen noch einen öffentlichen Druck zusätzlich erzeugt, möglichst bald ins Ziel zu kommen. Wir sind in Gesprächen mit Institutionen, wir haben oder ich habe sehr konkrete Ideen, was ich mir vorstelle, was man da tun kann und wir müssen natürlich auch erst einmal in der Finanzierung schauen, wie wir das überhaupt hinkriegen, dass wir so ein denkmalgeschütztes, altes Gemäuer, das, wie gesagt, ehemals ein Lagergebäude war, dass wir das tatsächlich umfunktionieren können in eine gemischte Nutzung für kulturelle Zwecke, für Büro und Geschäft, daher ist es auch illusorisch, jetzt zu fordern, dass ich eine temporäre Nutzung dort machen soll. Sie wissen genau, alles, was Sie dort machen wollen, müssen Sie hintransportieren, Sie müssen dort Verstärkeranlagen, Lichtanlagen, von den sanitären Bedingungen rede ich gar nicht, Sie müssen wahrscheinlich irgendwelche Chemiebomben-Klos dort hinstellen, damit Sie überhaupt dort gewissermaßen auch Sanitäreinrichtungen haben. Daher bitte ich

Sie darum sehnlichst, uns ein wenig Zeit zu geben, damit gemeinsam Kultur, Stadtplanung, die Bauherren im Quartier Reininghaus, dass wir alle gemeinsam eine gescheite Entwicklung entwerfen können und bitte haben Sie noch etwas Geduld, bis wir Ihnen etwas Gescheites vorlegen können. Glaube Sie mir, als Kulturreferent habe ich allerhöchstes Interesse, tatsächlich irgendwann da auch zu einem tollen Projekt zu kommen. Dankeschön (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).

GR Mag. **Kuhn:**

Danke, ja ich habe es nicht einfach nur gestellt, weil es mir fad und langweilig ist, sondern es hat natürlich auch Gründe, weil Leute auch ein Bekenntnis von der Stadt Graz, von uns als Gemeinderat, haben wollen. Also Kulturschaffende hören uns da ja genau zu, beobachten das und hätten schon gerne ganz klare Signale in Richtung der Tennenmälzerei. Als Zwischenschritt glaube ich trotzdem, und zwar das ist ja, weil im nächsten Monat die Finanzen hier besprochen werden, dass man sehr wohl etwas konkret einplanen könnte und das ist halt so wie im Sommer, ist ja auch ein Zwischennutzung gegangen, nur im Sommer fallen halt dann die Heizungen, fällt das halt weg. Das WC hat man draußen gehabt und da war mein Wunsch oder wäre mein Wunsch gewesen, dass man zwischenzeitlich, damit man auf lange Frist sich was Gutes ausdenken kann, einen klaren Schritt setzen kann, und nichts anderes war diese Zwischenlösung. Letztes Mal war dann die Frage, wie es allgemein ausschaut, aber jetzt wirklich als ganz klaren Schritt eines Zwischenschrittes und man muss auch beachten, dass eben dieses Kulturzentrum neben der Verkehrsentwicklung, neben dem Wohnen, dem Grünraum, der Park- und den Sportanlagen, dass das auch bewusst als Kulturzentrum, als soziales Begegnungszentrum da miteinplant, weil nämlich, das wäre ja auch bei Reininghaus die ganz große Chance, dass es eine Vorbildwirkung für ganz viel

andere Projekte hätte und, wie gesagt, ein Signal an eben Kulturschaffende, an KünstlerInnen, an ArchitektInnen, die sehr wohl da auch ganz, ganz klare Signale von uns hören und die auch sehen möchten und nicht nur sagen: „Ja, ja, das kommt irgendwann einmal“, sondern wirklich ganz klare Schritte auf den Boden zu bringen, deshalb war das auch oder ist das auch mein dringlicher Antrag.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.02 Uhr).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und darf auch als Verantwortlicher für Stadtentwicklung und Stadtplanung und für die Entwicklung von Reininghaus anmerken, dass wir in der Stadt Graz nicht erst seit heute, sondern schon seit 15 Jahren darüber reden, dass wenn wir große Stadtteile entwickeln, zwei wesentliche Inhalte in der Stadtentwicklung vorgegeben sein sollten. Und das leben wir gerade sowohl bei Reininghaus, wo Sie die Tennenmälzerei ansprechen, als auch am Bahnhof, wo wir mit My Smart City ebenso ein Europaprojekt der Stadtentwicklung zeigen. Und es war mir immer wichtig, bevor möglichst dort alle Menschen einziehen, sollten wir Vorsorge getroffen haben, dass Kultur, also Kunst und Wissenschaft, die zwei Figuren, die unter dem Rathausbalkon die Wirtschaft begleiten, die zwei Damen, die wir dort auch vorfinden können, dass die vor Ort sind. Wir haben es geschafft. Es ist ja Kunst und Kultur durch die List-Halle dort vertreten, daneben der Science Tower und jetzt auch der Bildungsbereich mit der Schule und ähnlich gehen wir auch in Reininghaus vor, und es sind alle schon ungeduldig, aber es wird kein leicht zu hebendes Projekt sein, weil ja viele Wünsche da sind, bis zum Interreligiösen-Treff, dem Sozial-Treff, dem Kulturbereich, aber es wird sicher das lebendige Zentrum und Herzstück auch von Reininghaus sein (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. Nagl:

Der nächste dringliche Antrag wird gestellt von Herrn Gemeinderat Mag. Ewald Muhr. Es geht um Maßnahmenoffensive in den 30er-Zonen, das ist, soweit ich weiß, eigentlich fast ganz Graz.

8.8 Maßnahmenoffensive in 30er-Zonen (GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)

GR Mag. (FH) Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste im Livestream. In der Vergangenheit wurde ja im Grazer Gemeinderat in den entsprechenden Ausschüssen und im Haus Graz viel über die Beruhigung der Innenstadt und deren nähere Umgebung, wie z.B. Lend- oder Griesplatz, diskutiert. Dazu haben wir auch einige Gutachten eingeholt und einige Verkehrskonzepte erstellt, aber zusammengefasst hat man sich im Großen und Ganzen hinsichtlich der eingesetzten Ressourcen vorwiegend auf die Innenstadt konzentriert, das Thema Verkehrsberuhigung in den restlichen Bezirken von Graz spielt augenscheinlich somit keine große Rolle derzeit. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass man dort schon vor einigen Jahren die sogenannten 30er-Zonen eingerichtet hat, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h vorschreiben und überwiegend gleichrangige Kreuzungen vorsehen. Diese Zonen haben sich sicherlich bewährt und sind ein gutes Instrumentarium, um in den betroffenen Wohngebieten eine entsprechende Verkehrsberuhigung herbeizuführen und auch die Lebensqualität dort zu steigern, jedoch scheint es, dass in vielen dieser 30er-Zonen in Graz die Geschwindigkeitsbegrenzungen, und

vor allem auch die Rechtsregel, wissentlich oder unwissentlich nicht eingehalten werden. Dazu mögen nur ein paar wenige von vielen Beispielen angeführt werden, die uns die Anrainerinnen und Anrainer genannt haben. Da wäre z.B. die Amselgasse, Weißenhofgasse, Stadlgasse, Rankengasse, die Josef-Hyrtl-Gasse, der Weiberfelderweg, Gradlbauerweg, Am Katzelbach, Murfelder Straße mit den querenden Straßen, Faunastraße mit den querenden Straßen und auch Am Andritzbach. Das ist also wirklich nur ein kleiner Auszug aus einer Liste von vielen Straßenzügen in Graz, in denen die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten und oder auch die Rechtsregel missachtet werden. Die Gründe dafür sind wahrscheinlich vielfältig, einige. Wenige sind sich ihrer Gesetzesübertretung auch bewusst, anderen wiederum ist es oftmals nicht bewusst, dass sie mit dem Fahrzeug in einer 30er-Zone unterwegs sind. Entweder, weil es teilweise sehr lange Straßen sind, bisweilen Querverbindungen zwischen übergeordneten und Durchzugsstraßen, oftmals liegt es auch am Irrglauben, dass breitere Straßen gegenüber kleineren querenden Straßen bevorrangt werden, obwohl es einen Rechtskommenden gibt. Nicht zu vergessen, für die meisten Grazerinnen und Grazer ist das 30er-Tempo schon quasi in Fleisch und Blut übergegangen, aber für wenige Autofahrer scheint das Tempo 30 eine unbekannte Größe zu sein, was die Konsequenz daraus betrifft. Das Ergebnis sind, immer wieder, Unfälle oder zumindest gefährliche Situationen, die oftmals darauf zurückzuführen sind, dass einfach die Beschilderung nicht ausreicht oder Bodenmarkierungen fehlen oder mangelhaft sind. Nach den Gesprächen mit den SPÖ-Bezirksvertretern, die wir geführt haben, sind es eben vor allem die mangelhaften Markierungen, die eine 30er-Zone nicht erkennen lassen. Dadurch verlieren diese Zonen ihre wichtige Funktion der Verkehrsberuhigung, was wiederum zu unnötigen Belastungen der Bewohnerinnen und Bewohner führt und die Lebensqualität stark vermindert. Denn Fakt ist auch, Bodenmarkierungen, beispielsweise die sogenannten Haifischzähne über die halbe Fahrbahnbreite, oder auch nur Haltelinien sind naturgemäß auch Tempobremsen für Tempo-30-Straßen, sicher ist das ein wünschenswerter Effekt, den sie auslösen. Fazit: Um die Sicherheit in den

Wohnvierteln mit den Tempo-30-Straßen zu erhöhen, sollte man zukünftig im Gemeinderat, wie auch im Haus Graz, den Blick kurz weg von der Innenstadt auf die anderen Grazer Bezirke lenken und eine entsprechenden Offensive in den 30er-Zonen starten, die sich vor allem auf entsprechende Markierungen konzentriert und auch Maßnahmen zur Einhaltung der Rechtsregelung fasst, und namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Alle verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden dringend ersucht, die 30er-Zonen im ganzen Grazer Stadtgebiet in den jeweiligen Kreuzungsbereichen hinsichtlich Markierung und Beschilderung zu evaluieren. Im Anlassfall sind fehlende oder mangelhafte Markierungen an den Kreuzungsbereichen anzubringen bzw. auszubessern sowie – bei Bedarf – zusätzliche Verkehrstafeln aufzustellen. Darüber hinaus sollen die verantwortlichen Stellen des Hauses Graz mit der Exekutive Kontakt aufnehmen, um einen möglichen Überwachungsschwerpunkt hinsichtlich Geschwindigkeitsüberschreitungen in den 30er-Zonen für 2021 zu koordinieren. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Vergangenheit wurde im Grazer Gemeinderat in den entsprechenden Ausschüssen und im Haus Graz viel über eine Beruhigung der Innenstadt und deren näheren Umgebung wie z.B. Lend- oder Griesplatz diskutiert. Dazu wurden auch einige Gutachten eingeholt und einige Verkehrskonzepte erstellt.

Zusammengefasst hat man sich im Großen und Ganzen hinsichtlich der eingesetzten Ressourcen vorwiegend auf die Innenstadt konzentriert.

Das Thema „Verkehrsberuhigung“ in den restlichen Bezirken von Graz spielte augenscheinlich somit keine große Rolle. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass man dort schon vor einigen Jahren viele sogenannte „30er-Zonen“ eingerichtet hat, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h vorschreiben und überwiegend gleichrangige Kreuzungen vorsehen.

Diese Zonen haben sich sicherlich bewährt und sind ein gutes Instrumentarium, um in Wohngebieten eine entsprechende Verkehrsberuhigung herbeizuführen. Jedoch scheint es, dass in vielen dieser 30er-Zonen in Graz die Geschwindigkeitsbegrenzung und vor allem auch die Rechtsregel wissentlich oder unwissentlich nicht eingehalten werden. Dazu mögen nur ein paar wenige von vielen Beispielen angeführt werden, die von betroffenen AnrainerInnen immer wieder genannt werden:

- *Amselgasse/Weißenhofgasse*
- *Stadlgasse/Rankengasse*
- *Josef-Hyrtl-Gasse*
- *Weiberfelderweg/Gradlbauerweg*
- *Am Katzelbach*
- *Murfelder Straße/querende Straßen*
- *Faunastraße/querende Straßen*
- *Am Andritzbach*

Dies ist wirklich nur ein kleiner Auszug aus einer Liste von vielen weiteren Straßenzügen in Graz, in denen die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten und/oder die Rechtsregel missachtet werden.

Die Gründe dafür sind wahrscheinlich vielfältig. Einige wenige sind sich ihrer Gesetzesübertretungen wahrscheinlich bewusst. Anderen wiederum ist es oftmals nicht bewusst, dass sie sich mit ihrem Fahrzeug in einer 30er-Zone befinden.

Entweder, weil es teilweise sehr lange Straßen sind, bisweilen Querverbindungen zwischen übergeordneten Durchzugsstraßen, oftmals liegt es auch am Irrglauben, dass eine breitere Straße natürlich gegenüber kleineren querenden Straßen bevorrangt wäre. Nicht zu vergessen: Für uns GrazerInnen mag Tempo 30 zumindest zu einem Gutteil bereits als Zone mit gleichrangigen Kreuzungen und der Rechtsregel quasi in Fleisch und Blut übergegangen sein. Aber für nicht wenige AutofahrerInnen scheint eine Tempo-30-Straße eine unbekannte Größe zu sein, was die Konsequenzen daraus betrifft. Das Ergebnis sind immer wieder Unfälle oder zumindest gefährliche Situationen – oftmals darauf zurückzuführen, dass es einfach an einer ausreichenden Beschilderung bzw. Bodenmarkierung fehlt.

Nach Gesprächen mit allen SPÖ-Bezirksvertretern sind es vor allem mangelhafte Markierungen, die eine 30er-Zone nicht erkennen lassen. Dadurch verlieren diese Zonen ihre wichtige Funktion der Verkehrsberuhigung, was wiederum zu unnötigen Belastungen der Bewohnerinnen und Bewohner führt und ihre Lebensqualität stark vermindern. Denn Fakt ist auch: Bodenmarkierungen, beispielsweise sogenannte Haifischzähne über die halbe Fahrbahnbreite, oder auch nur Haltelinien, sind naturgemäß auch Tempobremsen – für Tempo-30-Straßen sicher ein wünschenswerter Nebeneffekt.

Fazit: Um die Sicherheit in den Wohnvierteln mit Tempo-30-Straßen zu erhöhen, sollte man zukünftig im Gemeinderat wie auch im Haus Graz den Blick kurz weg von der Innenstadt auf die anderen Grazer Bezirke lenken und eine entsprechende Offensive in den 30er-Zonen starten, die sich vor allem auf die entsprechenden Markierungen konzentriert und auch Maßnahmen zur Einhaltung der Rechtsregeln umfasst.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Alle verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden dringend ersucht, die 30er-Zonen im Grazer Stadtgebiet in den jeweiligen Kreuzungsbereichen hinsichtlich Markierung und Beschilderung zu evaluieren. Im Anlassfall sind fehlende oder mangelhafte Markierungen an den Kreuzungsbereichen anzubringen bzw. auszubessern sowie – bei Bedarf - zusätzliche Verkehrstafeln aufzustellen. Darüber hinaus sollen die verantwortlichen Stellen des Hauses Graz mit der Exekutive Kontakt aufnehmen, um einen möglichen Überwachungsschwerpunkt hinsichtlich Geschwindigkeitsüberschreitungen in den 30er-Zonen für 2021 zu koordinieren.

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat, werter Antragsteller, liebe Damen und Herren, die beim Livestream dabei sind. Nachdem meine Gasse, wo ich wohne, als erste Gasse angeführt wurde, möchte ich mich schon zu dieser Thematik zu Wort melden. Einerseits ist es tatsächlich so, dass in den 30er-Zonen heute schneller gefahren wird. Das ist eine durchaus richtige Feststellung. Auf der anderen Seite ist es aber durchaus möglich, wenn diese Markierung mit der Zeit sozusagen auch nicht erkennbar ist, braucht man sich eigentlich nur sehr einfach an das Straßenamt oder die zuständigen Abteilungen vor Ort wenden und diese Markierung wird relativ rasch, das habe ich sozusagen in meiner Gasse selbst miterleben können, relativ rasch nachgeholt. Also, das ist aus meiner Sicht kein großes Problem, in relativ kurzer Zeit diese Bodenmarkierungen, die natürlich nach einer gewissen Zeit nicht mehr so erkennbar sind, dass das relativ schnell nachgeholt wird. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist schon die Tatsache, dass wir in Graz grundsätzlich 30 Kilometer pro Stunde fahren dürfen, ausgenommen Vorrangstraßen, das müsste sich eigentlich schön langsam herumgesprochen haben, dass das die Situation in Graz ist. Und ich denke, es ist nicht unbedingt notwendig, und da würde ich mich tatsächlich dagegen verwehren, dass man jetzt in jeder 30er-Zone zusätzlich sozusagen Tafeln aufstellt, dass dort ein 30er wäre und noch zusätzlich vielleicht

eine Tafel aufstellt, dass die Rechts-Vorrang-Regel einzuhalten ist. Also ich glaube, das sollte man schon von den Verkehrsteilnehmern voraussetzen, dass der Rechts-Vorrang eben in diesen 30er-Zonen, insbesondere, eben einzuhalten ist. Wie gesagt, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, ich möchte nur anmerken, dass ich warnen möchte vor einem Schilderwald einerseits und andererseits die Empfehlung durchaus aussprechen möchte, sich, wenn die Bodenmarkierung nicht sichtbar wäre eben aufgrund des Zeitablaufes, dass man sich relativ rasch an die zuständigen Abteilungen bzw. auch vor Ort die Straßenmeisterei wenden kann und die Markierungen werden relativ rasch nachgeholt; aber grundsätzlich sollte jeder wissen, dass in Graz der 30er-Vorrang gilt und ausgenommen sind Vorrangstraßen. Ich denke, das hat sich inzwischen seit Edegger durchaus durchgesprochen, dass wir das in Graz haben und ich würde vor einem Schilderwald warnen, dass wir in jeder Straße ein Schild aufstellen, dass dort ein 30er einzuhalten wäre (*Appl.*).

GR Ing. Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, Antragsteller Ewald Muhr. Ja, dem ersten Punkt, der Markierung, dem können wir etwas abgewinnen. Dort, wo die Markierungen verwittert sind, nicht mehr gut sichtbar, dort sind sie natürlich auszubessern, das ist auch Aufgabe der Stadt Graz. So wie der Kollege Topf, auch wir hören das immer wieder von den Bezirksräten, dass es da und dort Probleme gibt. Also, bitte auch nachkommen, Frau Verkehrsstadträtin, auch der Appell an Ihre Ämter, dass man das schnellstmöglich nachholt. Wir würden uns dann eine getrennte Abstimmung über den zweiten Punkt wünschen. Da geht es nämlich um den Überwachungsschwerpunkt durch die Exekutive, diese Autofahrerfrotzelei, der können wir Freiheitliche nichts abgewinnen, es ist jetzt ohnehin schon so, wenn man zwei, drei km/h darüber ist, dass der Autofahrer sofort bestraft wird. Wir wollen hier nicht ständig die Autofahrer belasten, sie sind sowieso durch hohe Gebühren jetzt schon belastet, sie zahlen die Nova, KFZ-Steuern, bei der Vignette, Treibstoffpreise, jetzt soll auch noch eine CO₂-Steuer durch die Bundesregierung

kommen und es scheint mir so, als wenn du als SPÖ hier mit den Grünen in einen Wettbewerb trittst, wer die Auto-kritischere Partei ist, wer noch mehr Belastung auf den Autofahrer loslässt. Wie gesagt, auf Bundesebene, die grüne Verkehrsministerin plant ohnehin, alle Toleranzen bei der Geschwindigkeitsüberschreitung abzuschaffen, bei strengeren Vergehen sogar das Auto zu beschlagnahmen, das sind alles Dinge, wo wir Freiheitliche nicht mitkönnen. Daher, sollte es nicht möglich sein, gebe ich heute zu Protokoll, dass wir diesen Punkt 2 ablehnen. Sollte dann noch der Zusatzantrag von den Grünen kommen, die gehen ja noch weiter und wollen dann mit baulichen Maßnahmen den Autoverkehr sozusagen gänzlich zum Erliegen bringen, dem können wir gar nichts abgewinnen. Das erinnert mich an unselige Zeiten davor, vorgehender Periode, diese Rücker-Schikanen wie in der Augasse, also, das ist natürlich nichts, was wir Freiheitliche uns wünschen und daher auch ganz abzulehnen (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Vielleicht noch eine Anmerkung, wir haben hier keine zwei Punkte, dies es abzustimmen gilt, sondern einen Textantrag, über den werden wir abstimmen, aber wir haben selbstverständlich zu Protokoll genommen, dass die freiheitliche Partei mit der Überwachung, aber es heißt ja nur Koordination der Exekutive, ein Problem hat.

GRⁱⁿ Ussner:

Lieber Kollege Muhr, sehr geehrter Gemeinderat, Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Zuschauer/Zuschauerinnen daheim. Wir sind natürlich auch stark für die Einhaltung der 30er-Zone, die ja eigentlich für eine Stadt wie Graz als flächendeckende 30er-Zone ja schon eine Errungenschaft war. Damals, als sie eingeführt worden ist, natürlich muss ich auf den Kollegen Lohr replizieren, und ich finde es ja immer wieder sehr amüsant, dass die selbst deklarierte Autofahrer-

Partei dann gegen Maßnahmen ist, die die Autofahrer und Autofahrerinnen dann wirklich dazu bringen, die Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuhalten, finde ich schon sehr bezeichnend. Weil de facto ist es ja so, in der Rudersdorfer Straße haben wir das beste Beispiel, Sie haben es schon gesagt, Herr Lohr, in der Rudersdorfer Straße ist es ja das beste Beispiel, da haben wir den Radarkasten, die Leute wissen, wo er steht und danach fahren sie wieder ihre 40/50 km/h und das einzig Effektive, wissen wir, um die Leute dazu zu bringen, die Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuhalten, sind einfach bauliche Maßnahmen. Wir sind auch gegen massive Schilderflut, das wünscht sich, glaube ich, niemand von uns, und prinzipiell begrüßen wir den Vorstoß, aber wir sehen als einzige, wirklich effektive Variante halt auch die langfristige durch bauliche Maßnahmen. Deswegen der

Zusatzantrag:

Weiters soll von der Verkehrsplanung der Stadt Graz geprüft werden, an welchen Stellen, an denen regelmäßig Geschwindigkeitsübertretungen stattfinden, bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion sinnvoll wären.

Mit der Bitte um Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

*Die Problematik der Geschwindigkeitsüberschreitungen in 30er-Zonen ist keine neue. Vor rund eineinhalb Jahren hatten wir hierzu auch eine intensivere Diskussion im Verkehrsausschuss, in welcher die Ressourcenprobleme bei den Kontrollen klar dargelegt wurden. Weiters denken wir, dass es nicht nur mit umfassenderer Beschilderung getan ist, da viele Autofahrer*innen sich auch nicht an die Beschränkungen halten wollen. Dies ist nur allzu gut an Stellen zu beobachten, an denen Radarkästen stehen, nach welchen die Geschwindigkeit meist sofort wieder erhöht wird. Was jedoch ganz klar langfristig zur Einhaltung von*

Geschwindigkeitsbegrenzungen beiträgt und weniger personalintensiv ist, sind bauliche Maßnahmen.

Daher stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

2. Weiters soll von der Verkehrsplanung der Stadt Graz geprüft werden, an welchen Stellen, an denen regelmäßig Geschwindigkeitsübertretungen stattfinden, bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion sinnvoll wären.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Werte Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Zunächst einmal, vielen Dank für die breite, teilweise Zustimmung meines Antrages. Es überrascht mich nicht, dass die FPÖ sich gegen den Punkt der Geschwindigkeitskontrollen wehrt, wenn man selbst einen Autodespoten wie Armin Sippl, in seinen Reihen hat, dann ist das natürlich legitim (*lacht*).

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Ich will nur sagen, ich habe selbst im 30er Strafe bezahlt, aber ich bin mir dessen bewusst und ich habe das gerne eingezahlt, das war ein Vergehen. Und Gesetze sind nunmehr da, um auch eingehalten zu werden und die FPÖ also Law-and-Order-Partei, wie sie sich auch immer wieder bezeichnet, sollte sich auch dem wieder einmal rückbesinnen. Sie pocht auch immer wieder auf Einhaltung der

Gesetze, also ich sehe da eigentlich kein Problem, dass wir auch das dort überprüfen, das geht ja auch zur Sicherheit der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohnern, um das geht es im Grunde. Lieber Georg, danke auch für deine Wortmeldung, wir haben auch unseren Antrag auf die Bodenmarkierungen konzentriert. Es gibt natürlich die Möglichkeit, Schilder aufzustellen, aber auch wir sind gegen einen Schilder-Wildwuchs, das soll natürlich nicht passieren. Dort, wo es notwendig ist, wo vielleicht ein Unfallpunkt ist, kann man darauf einmal hinweisen, aber es soll natürlich in keinen Wildwuchs ausarten. Danke vielmals.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Ewald Muhr als Antragsteller. Danke zunächst für deinen Antrag, ich sehe den ja vor allem ja im Hinblick darauf, dass du mit dem Antrag ja auch versuchst, die 30-km/h-Zonen in unserer Stadt wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen und es ist leider tatsächlich so, lieber Georg, dass zwar jeder es inzwischen wissen müsste, dass wir diese 30-km/h-Zonen haben, aber offensichtlich braucht es da schon ein bisschen eine permanentes Bewusstseinsbildern, damit das wieder ein bisschen in Erinnerung gerufen wird. Ich möchte nur noch ein paar kleine Anmerkungen machen bzw. Informationen auch geben. Was die Bodenmarkierungen anbelangt, ist es so, dass die natürlich auch permanent erneuert werden im Rahmen der Servicevereinbarung mit der Holding Graz, also die das dann praktisch durchführt, wenn sie vom Straßenamt sozusagen dazu aufgefordert werden. Tatsächlich ist es so, dass man natürlich das immer noch verbessern könnte und schauen könnte, dass das schneller geht, aber dazu bräuhete es dann aber natürlich die entsprechenden Ressourcen, Personal und finanzielle Mittel, um das schneller durchführen zu können. Was den Schilderwald oder die Überbetafelung, wie man auch sagen kann, anbelangt, sehe ich das

genauso wie du, lieber Georg Topf. Nämlich, je mehr Schilder man stehen hat, desto weniger werden sie dann wahrgenommen und ist auch nicht im Sinne der Verkehrssicherheit dann, sondern im Gegenteil, wenn man weniger Schilder hat, werden die auch bewusster wahrgenommen. Was ich noch zur Frage der Kontrollen und Strafen sagen möchte vielleicht, es ist zum einen so, dass die Polizei auf den Vorrangstraßen kontrolliert und die Stadt selbst die Messungen in der 30er-Zone vornimmt. Dazu gibt es, wie bekannt ist vielleicht, diese sechs stationären Messgeräte und über 100, nahezu 120 mobile Messgeräte und so hat es in den 30er-Zonen im letzten Jahr schon über 288.000 Messungen gegeben, also Fahrzeuge, die tatsächlich gemessen worden sind; 34.800 waren sogenannte Übertreter, also die haben dann natürlich auch mit den entsprechenden Strafen zu rechnen. Heuer werden wahrscheinlich oder voraussichtlich erstmals über 300.000 Fahrzeuge gemessen werden. Etwas mehr als 10 % bislang sind Übertreter, und das bedeutet natürlich auch, es ist eine riesige Zahl eigentlich schon, an gemessenen Fahrzeugen, aber man kann natürlich nicht 24 Stunden am Tag an jeder Straßenecke mit einer Überwachungskamera stehen und schauen, was da passiert. Zu guter Letzt noch eine Bemerkung zum Zusatzantrag von der Kollegin Tamara Ussner: Es gibt jede Woche ein Treffen zum Thema Verkehrssicherheit, wo eben die Verkehrsplanung dabei ist, das Straßenamt, die Holding Graz, die Polizei, vor allem auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit, und selbstverständlich ist das sozusagen das Tagesgeschäft, auch zu schauen, also wo sind bauliche Maßnahmen notwendig und möglich und erforderlich und das wir dann auch gemacht, so wie es jetzt die jüngsten Beispiele sind, die in der Mariengasse und demnächst jetzt auch noch in der Körösisstraße, daher werden wir diesem Antrag, dem Zusatzantrag, nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Haberler:

Lieber Ewald, danke für den Antrag. Das ist ein Thema, das in Wirklichkeit jeden von uns sehr stark betrifft, weil, ich glaube, es gibt keinen Gemeinderat, keine

Gemeinderätin, der damit nicht konfrontiert wird, dass vor dem Haus eines Bürgers zu schnell gefahren wird und wenn er dann weiter weg fährt, dann will er natürlich selber schnell fahren in der Regel. Also ich wohne in einer Straße, 30 km/h, die Höchstgeschwindigkeit war vor eineinhalb Monaten 92, der hat den Führerschein abgegeben, und vor allem die Randbezirke leiden darunter, weil man im innerstädtischen Bereich die großen Wege immer mehr reduzieren und Wohnstraßen und was weiß ich alles machen, und natürlich die Autofahrer den geringsten Weg suchen und in die Umlandbezirke fahren, z.B. jetzt Mariatrost, da kommen dann die Rennstrecken über die schmalen Gassen, wo es keinen Gehsteig gibt für die Kinder und so weiter, das ist halt leider so. Ich bin froh, dass du das gemacht hast, weil ich finde, über das Thema sollte man reden, ich halte allerdings von diesen baulichen Maßnahmen, muss ich ganz ehrlich sagen, wir tun die sogar teilweise wieder zurückreduzieren. Jeder möchte so eine Maßnahme vor seinem Haus haben, jeder sagt: „Bitte mach eine Säule vorne hin, oder machen wir da ein ‚Wupperl‘ hin“, aber wenn er dann selbst fährt, will er das nicht mehr haben und das Problem, was wir haben, ist einfach, ich habe sehr viel geredet, die Straßenverwaltung und auch der Straßenmeister haben Mordsprobleme mit diesen Geschichten, dass sie dann die Schneeräumung, das ist ein Spießrutenlauf, sprich, wenn ich jetzt die Augasse anschau, dass die Rettung nicht fahren kann, also von solchen Reduzierungen da bin ich kein großer Freund und deswegen werden wir das als ÖVP ablehnen, den Zusatzantrag (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und SPÖ) abgelehnt.

8.9 Lost Generation verhindern: Lehrlingsaufnahme durch die Stadt (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer. Mein Antrag heute ist ein sehr aktueller, weil seit mehreren Monaten beschäftigt die Corona-Krise die ganze Welt und neben den gesundheitlichen Folgen haben wir auch mit Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, das Bangen um die persönliche Existenz und auch das Bangen um die eigene Lehrstelle. Und die Gemeinden und die Städte haben auch noch dazu durch Verlust von Kommunalsteuer und Ertragsanteilen eben auch eine erschwerte finanzielle Situation, mit diesen Dingen umzugehen. Aber eine Gruppe, die vor allem auch medial sehr oft wenig Aufmerksamkeit bekommt, sind Lehrlinge und sind junge Menschen in dieser Corona-Krise und deswegen hat die Österreichische Gewerkschaftsjugend gleich zu Beginn der Corona-Krise, wie die ersten Kündigungen und die ersten Kurzarbeitnachrichten uns erreicht haben, die Kampagne gestartet „Lost Generation verhindern“. Das ist jetzt auch quasi diese Initiative, in allen öffentlichen Händen und in allen öffentlichen kommunalen Betrieben mehr Lehrstellen zu schaffen. Denn bei einem Fakt sind sich AK, ÖGB und WKO einig: Es werden 10.000 Lehrstellen fehlen, 10.000 Lehrstellen, die jungen Menschen Perspektiven geboten haben oder geboten hätten und die auch quasi die Existenz von jungen Menschen gesichert hätte. Wir als Stadt Graz haben ja schon 2014, damals unter der Initiative von Vizebürgermeisterin Martina Schröck, eine Lehrlingsoffensive gestartet, weil wir gesehen haben, dass vermehrt Betriebe sich nicht darum gekümmert haben, Ausbildungen anzubieten und Lehrstellen anzubieten und dass wir als öffentlich Hand da quasi aktiv geworden sind. Gestartet hat das eben in Graz mit 67 Lehrstellen und mittlerweile sind wir auf einem Höchststand von 162 Lehrlingen in der Stadt Graz 2019. Das ist eine Erfolgsgeschichte, doch wir stehen heute in dieser Corona-Krise vor einer noch nie da gewesenen Situation und der Fachkräftemangel war nicht erst seit Corona sehr

prekär, sondern schon davor, und wer heute keine Lehrstellen und Ausbildungsplätze schafft, hat morgen keine Fachkräfte. Und neben dem, dass wir keine Fachkräfte haben, haben wir auch eine ganze Generation möglicherweise, denen jegliche Zukunftsperspektive geraubt wird und der jegliche Existenzsicherung verwehrt wird. Das dürfen wir als Stadt Graz nicht zulassen und deswegen wollen wir auch als Stadt Graz die Lehrstellen, wie Wien z.B., verdoppeln. Aber dadurch, dass eben, wie gesagt, die finanzielle Situation schon so sehr prekär ist, auch für die Stadt Graz, wollen wir eben, dass quasi der Bund ein Modell erarbeitet, wodurch die Kosten für diese Lehrstellen vom Bund getragen werden. Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge an die Bundesregierung auf dem Petitionswege herantreten, um volle finanzielle Abdeckung einer Lehrlingsoffensive durch die Gemeinden und Städte für die gesamte Lehrlingsausbildung zu garantieren, um den Kommunen die Möglichkeit zur Leistung ihres gesellschaftlichen Beitrages zu geben, damit im Herbst kein Jugendlicher in Österreich ohne Lehrplatz ist. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit einigen Monaten beschäftigt die Corona-Krise die gesamte Welt. Die Auswirkungen der Krise sind teilweise fatal: Neben den gesundheitlichen Folgen haben wir mittlerweile auch immer stärker mit Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Bangen um persönliche Existenzen, uvm. zu kämpfen. Auch die Kommunen leiden durch sinkende Kommunalsteuereinnahmen und ausbleibende Ertragsanteile enorm. Einer Gruppe, der in der medialen Berichterstattung kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist die Gruppe der jungen Menschen. Prognosen zufolge werden

allein im Herbst dieses Jahres bis zu 10.000 Lehrstellen fehlen – darin sind sich ÖGB, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer einig. Daher ist die öffentliche Hand umso mehr gefordert, jungen Menschen mit Lehrstellen Zukunftsperspektiven zu geben, damit der erste Schritt in die Selbstständigkeit nicht ein Fehltritt wird.

Gemeinden könnten hier gemeinsam mit dem Bund und den Bundesländern sehr rasch Abhilfe schaffen, sind diese doch jetzt schon der größte Arbeitgeber der Republik. Ob in der Verwaltung, am Bauhof, in ausgelagerten stadt eigenen Betrieben oder sonst wo: Überall gibt es die Möglichkeit zur Schaffung von Lehrstellen.

Da die finanzielle Situation durch die Corona-Krise für die Kommunen sehr angestrengt ist, soll der Bund mit dieser Petition aufgefordert werden, ein Modell zu entwickeln, bei dem die Kosten einer künftigen Lehrlingsausbildung durch die Stadt Graz zu 100 % ersetzt werden.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge an die Bundesregierung auf dem Petitionswege herantreten, um die volle finanzielle Abdeckung einer Lehrlingsoffensive durch die Gemeinden und Städte für die gesamte Lehrlingsausbildung zu garantieren, um den Kommunen die Möglichkeit zur Leistung ihres gesellschaftlichen Beitrages zu geben, damit im Herbst kein Jugendlicher in Österreich ohne Lehrplatz ist.

GR Günter **Wagner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Ich sage einmal in erster Linie

danke, dass du uns hier die Gelegenheit gibst, über dieses wirklich wichtige Thema auch zu sprechen. Also ich kann dir vollkommen Recht geben, durch die teils überzogenen Maßnahmen der Bundesregierung in der Corona-Krise stehen viele Betriebe enorm unter Druck. Das wird sich nicht nur zukünftig noch stärker auf den Arbeitsmarkt, und auf die Arbeitslosigkeit überhaupt, auswirken, sondern natürlich auch, vor allem jetzt, auf die Gruppe der jungen Menschen, die den Start in die Arbeitswelt mit einer Lehre beginnen wollten. Gewöhnlich ist es so, dass man im letzten, im neunten Schuljahr, sich um eine Lehrstelle oder der Betrieb sich um einen Lehrling bemüht, oder spätestens zu Beginn des zweiten Semesters. Heuer war es aber so, dass zu diesem Zeitpunkt es weder möglich war, Assessments abzuhalten noch Bewerbungsgespräche abzuhalten, darauf haben die Betriebe natürlich reagiert. Ich kenne da wirklich einige Fälle, wo Termine nicht vereinbart wurden, wo Termine verschoben wurden sind auf unbestimmte Zeit und bis heute keine neuen Termine vereinbart wurden oder auch komplett abgesagt worden sind. Ich gehe auch davon aus, dass manche Lehrstellen vielleicht auch gar nicht ausgeschrieben wurden. Für die Jugendlichen sehe ich eine schreckliche Situation. Was ich aber auf keinen Fall machen möchte, ist natürlich den Betrieben hier den „Schwarzen Peter“ zuzuspielen. Das wäre nicht fair, denn die Betriebe sind, wie gesagt, in einer prekären Situation, die wissen sehr häufig nicht, ob sie jetzt in den nächsten Monaten den Betrieb überhaupt noch fortführen können, wer da einen Lehrling aufnehmen kann und für den dann zumindest drei Jahre oder über die Lehrzeit hinaus dann jetzt schon Verantwortung übernehmen kann. Die Stadt Graz übernimmt Verantwortung und ist Lehrlingsausbilder in einigen Berufen; da gibt es die Bürokauffrau, Bürokaufmann, VermessungstechnikerIn oder auch VerwaltungsassistentIn und einige mehr. Die Koalition aber, Personalstadtrat und Vizebürgermeister Mario Eustacchio, der sich ausdrücklich auch für die Lehre ausspricht, hat umgehend reagiert. Umgehend heißt, bereits vor Beginn der Sommerferien wurden Vorbereitungen getroffen, um eine Lehrlingsaufnahme in der Stadt Graz auf den Weg zu bringen. Es wurde mit den Abteilungen gesprochen, da wurde über die Möglichkeiten und den Bedarf diskutiert, da wurden Lehrstellen

ausgeschrieben und auch Bewerbungsgespräche geführt und Anfang Oktober wurden da schon die ersten jungen Menschen in ein Lehrverhältnis bei der Stadt Graz aufgenommen und es werden auch ganz sicher nicht die letzten gewesen sein. Selbstverständlich wurde das und wird das von der Stadt Graz finanziert, auch ohne die Mithilfe vom Bund. Eine Petition ist da deinerseits, von der ich jetzt persönlich nicht glaube, dass die nach sehr vielen Monaten im Bund eine Zustimmung erhalten wird, kommt meiner Meinung nach schlichtweg auch zu spät und somit können wir der Dringlichkeit einmal trotz dem Inhalt keine Zustimmung erteilen. Aber ich komme trotzdem noch einmal zurück zur Verantwortung. Ich halte den Antrag ein bisschen für eine Nebelgranate, denn auf Landesebene hat die SPÖ als Regierungsmitglied Verantwortung und am 21.9. gibt es da einen Entschließungsantrag, der von den Freiheitlichen eingebracht wurde, um die Erhöhung der Lehrstellen im Landesdienst ist es da gegangen, und den habt ihr eindeutig abgelehnt. Also hier würde ich mir wünschen, dass ihr Verantwortung übernehmt und wenn ihr wollt, werden wir den Antrag auch wieder gerne noch einmal einbringen. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Vielen Dank. Weil es ganz gut dazu passt und auch eine wirklich gute Nachricht ist: Es ist der Magna jetzt anscheinend gelungen, den Autohersteller, den amerikanischen, Fisker, davon zu überzeugen, dass wir künftig bis zu 50.000 E-Autos jetzt in Graz bauen werden, so eine gerade kurzfristige Nachricht, die über die Medien kommt. Da kann man dem Magna-Team nur gratulieren, dass wir unseren E-Mobility-Standort ausbauen (*Appl.*).

Kurt Luttenberger ist der Nächste am Rednerpult.

GR Luttenberger:

Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, die uns ja möglicherweise weltweit zuhören. Ich habe gerade auf die Uhr geschaut, jetzt werden Sie gerade in Kalifornien zu den Schirmen eilen, um unbedingt zu sehen, was hier geschieht. Ich sehe mich ein bisschen auch als Vademecum, bevor hier die große Müdigkeit ausbricht und habe schon ein bisschen da etwas zu sagen. Ich halte an und für sich den Antrag, den dringlichen, für durchaus vernünftig in der Dringlichkeit und auch im Inhalt. Es ist ja unwiderrprochen, dass die Stadt Graz nicht wenig macht, also das ist ja nicht die Debatte, und der Antrag zielt ja auch in die Richtung, dass man sagt, der Bund gehört doch auch mehr in die Verantwortung genommen, dass eben möglicherweise noch mehr junge Menschen im Bereich Graz, in der Stadt, in der Holding, was weiß ich, auf der BH, in anderen Verwaltungskörpern Lehrstellen finden in dieser Ausnahmesituation. Und das ist ja an und für sich nichts Schlechtes. Also erinnern möchte ich, und das hat die Anna ja gesagt, dass die Sozialpartner ja prinzipiell eine Einigung haben, die Wirtschaftskammer, die Industriellen-Vereinigung, die Arbeiterkammer und der ÖGB, dass man was tun muss, und wenn ich den Herrn Finanzminister und Vizebürgermeister Blümel richtig verstanden habe, ist er ja auch dafür, dass hier größere Geldbeträge aus dem Budget dafür eingesetzt werden, also spricht im Prinzip ja nichts dagegen, dass man a) die Dringlichkeit gewährt und b), dass man sachlich über den Inhalt diskutiert. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals, dass Sie uns die Koalition von Wien soeben verraten haben, mit dem Herrn Vizebürgermeister Blümel.

Ich darf fragen, ob jemand zu Dringlichkeit ...

Bitte, Gemeinderat Kurt Egger.

GR Mag. (FH) **Egger:**

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, liebe Antragstellerin. Ich habe gestern deinen Antrag gelesen und bin irgendwie ratlos vor dem Bildschirm gesessen, weil ich nicht ganz gewusst habe, ob dieser Antrag wirklich ernst gemeint ist. Weil du schreibst: „Werden alleine im Herbst dieses Jahres bis zu 10.000 Lehrstellen fehlen.“ Herbst haben wir, glaube ich, es ist relativ kühl draußen, es regnet. Mir ist von 10.000 fehlenden Lehrstellen nichts bekannt. Wir haben eher die umgekehrte Situation, dass wir einen Überhang an freien Lehrstellen haben, auch in der Steiermark. Ich habe dann ein bisschen nachgedacht, wie du auf den Antrag gekommen bist und habe mir dann gedacht, nachdem du ja immer Wien erwähnst, hast du einfach in Wien abgeschrieben. Da stimmt das, da haben wir mehr Lehrstellensuchende als Lehrstellenangebot, aber nachdem wir uns ja in der Steiermark befinden, haben wir da aktuell keinen Bedarf. Du hast angesprochen, dass Martina Schröck im Jahr 2014 diese Initiative gestartet hat und unter der Ägide von Bürgermeister Sigi Nagl und Stadtrat Kurt Hohensinner ist dieses Programm intensiviert worden und es ist jetzt so, dass da wirklich seit dem Start dieser Initiative 222 Lehrlinge diese Ausbildung genießen konnten, davon 62 % übernommen worden sind und in 19 Abteilungen 32 Lehrberufe ausgebildet werden (*Appl.*).

Nachdem ich selbst im Ursprung gelernter Gas-/ Wasser-Installateur und technischer Zeichner bin, weiß ich, was es heißt, eine Lehre zu absolvieren. Und ich glaube, dass es nicht Sinn macht, Lehrausbildungen anzubieten auf Arbeitsplätzen, wo die Notwendigkeit nicht gegeben ist. Weil es klingt vielleicht einfach, beschäftigen wir noch ein paar Lehrlinge; aber wenn es nicht gewährleistet werden kann, dass der eine sinnvolle Beschäftigung hat, dass der in sinnvollen Ausbildungsbereichen auch eingesetzt werden kann, dann macht das einfach keinen Sinn. Ich wehre mich nicht dagegen, dass Lehrplätze oder Lehrausbildungen angeboten werden, aber wir müssen aufpassen, dass wir das nicht der Populismus-Keule unterliegen und einfach versuchen, nur weil die Gewerkschaftsjugend

irgendwann einmal was gefordert hat, dass Monate später, wo wir wissen, dass es nicht mehr so ist, einfach in einem Antrag formulieren und da in den Gemeinderat einbringen. Außerdem formulierst du, dass die Wirtschaftskammer sich da mit der Arbeiterkammer und dem ÖGB einig sind. Wir sind uns immer öfter einig, aber in diesem Zusammenhang keinesfalls, und ich darf auf Pressemeldungen verweisen, in denen das klar festgehalten ist, dass es wahrscheinlich aufgrund der Corona-Situation und dass sehr viele den Aufstieg in die nächste Schulstufe geschafft haben, einige den Weg in die Lehre nicht gegangen sind. Ich hoffe, das können wir wegmachen; ich bin bei dir, wir brauchen eine gescheite Ausbildung für die Jugendlichen, weil wir zukünftig die Fachkräfte benötigen werden in diesen Bereichen, aber dass wir jetzt alle in die öffentliche Verwaltung hineingeben, das halte ich für nicht angebracht und daher stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Appl.*).

GR Dreisiebner:

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Anna. Ich halte es für wichtig, dieses Thema hier im Gemeinderat einzubringen, das steht außer Zweifel. Vielleicht hätten wir schon einige Wochen oder Monate davor darüber diskutieren müssen, aber es führt mich auch dazu, dass ich sehr wohl auch weiß, und das wurde heute auch schon teilweise von dir selbst, Anna, und teilweise von anderen RednerInnen hineingespielt, dass die Stadt Graz sehr viele Lehrlinge aufnimmt und dann muss man auch wirklich daran erinnern, dass Martina Schröck damals als zuständige Stadträtin eine sehr gute Initiative gestartet hat, die dann weitergeführt und ausgebaut worden ist. Das ist sehr, sehr wichtig, was hier das Haus Graz leistet. Ich habe ja doch auch einige Jahre beim AMS beruflich zugebracht und bin aus dieser Sicht jetzt nicht ganz frei von Vorwissen und möchte vielleicht, noch ein paar andere Themen hier einspielen. Ich kann natürlich versuchen eine maximale Anzahl von Lehrlingen zu fordern, das hat aber mehrere Dinge, die mit dieser Forderung einhergehen müssen. Das eine ist, welche Berufe

kann ich anbieten, welche Zukunftschancen haben diese Lehrberufe, das ist eine ganz wichtige Frage, das ist nicht bei jedem Beruf gleich. Und Kurt Egger hat schon einen Beruf genannt oder auch mehrere Berufe, die eine sehr hohe Zukunftschance haben im Vergleich zu anderen Lehrberufen. Etwa technische Ausbildungsberufe, etwa Gas-, Wasser-, Heizung- und Solartechnik und Ähnliches mehr, und da gibt es eben sehr große Unterschiede. Das Zweite ist, ich brauche rundherum ein funktionierendes Unternehmen, funktionierende Abteilungen, die auch die entsprechenden Ausbilder anbieten können und Ausbilderinnen anbieten können, die diese Lehrlinge unterstützen beim praktischen Wissenserwerb und bei dem, was sie in der Berufsschule lernen, um es dann auch umzusetzen am Lehrplatz. Und das ist etwas, was man immer mitbetrachten muss. Ich würde mich freuen, wenn man vielleicht noch ein paar weitere Lehrlinge aufnehmen kann im Haus Graz, wenn das von diesem Organisationsapparat getragen werden kann, aber nur die Forderung zu stellen, die Lehrplätze zu schaffen, ohne eben diese Rahmenbedingungen herstellen zu können, das geht am Ziel vorbei. Dafür haben wir andere Instrumente, die überbetrieblichen Ausbildungsstellen, die Lehrlinge natürlich aufnehmen und auffangen, die keine Lehrstelle in der Wirtschaft erhalten und da wäre es natürlich auch toll, wenn das Haus Graz mit diesen ÜBAs, so heißen diese Ausbildungsstätten, auch entsprechende Praktikplätze anbieten würde. Schlussendlich, irgendwie kommt mir das auch seltsam vor zu sagen, ich nehme das Geld oder ich will das Geld von einem Hosensack der öffentlichen Hand, dem Bund, und will es in einen anderen Hosensack der öffentlichen Hand, der Gemeinde, der Stadt hineinstecken. Ich glaube, dass man diese Entscheidung einfach politisch und betriebswirtschaftlich treffen muss, wir finden das Thema dringlich, man muss darüber diskutieren, es ist etwas, wo wir immer wieder gefordert sind, aber inhaltlich können wir dazu nicht ja sagen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es auch sehr wichtig, dass wir über dieses Thema reden, vor allem in den Zeiten, in denen wir leben, aber ich finde es trotzdem sehr schade, dass es das Bekenntnis der Stadt Graz nicht gibt, mehr Lehrstellen zu schaffen und auch mehr Lehrlingen quasi eine Chance in der Stadt Graz zu geben. Weil ich persönlich glaube nicht, dass im gesamten Haus Graz 130 Lehrlinge das Maximum ist, das ist meine persönliche Einschätzung und ich glaube nicht, dass das Boot quasi voll ist. Und Wien hat ja auch gezeigt, dass sie relativ schnell die Lehrstellen verdoppeln haben können und bei uns schaffen wir das nicht? Wien hat das z.B. selber gezahlt und das, was ich auch wirklich sehr komisch finde, ist, dass man hier als Stadt Graz sagt: „Nein, wir wollen nicht Geld vom Bund, um mehr Lehrstellen in Graz schaffen zu können.“ Ich glaube nämlich, dass der Bedarf da wäre und dass, wenn der Bund das zahlen würde, dass das eine tolle Lösung für alle Beteiligten wäre. Zu den Lehrstellen, die bis jetzt schon geschaffen wurden, ich möchte das noch einmal hier erwähnen, dass das eben eine sehr großartige Initiative war, 2014. Und dass es auch stetig gestiegen ist, zeigt ja, dass es so eine Erfolgsstory ist, aber ich glaube, dass man hier auch sagen muss, wir haben damals gehandelt, weil wir gesehen haben, dass Lehrstellen fehlen, das war der Auftrag, den ...

Zwischenruf Mag. (FH) Egger unverständlich.

GRⁱⁿ Robosch:

... Kurt, ich habe es dir gerade gezeigt, auf meinem Handy, man braucht es nur eingeben ganz kurz in Google, man wir mehrere Artikel dazu finden, dass sehr, sehr viele Lehrstellen fehlen. Die 10.000 sind eine Nummer, die sehr oft, auch seit Mai, fallen von vielen Expertinnen und Experten und da zu sagen: „Nein, wir haben kein Problem“, finde ich ein bisschen fahrlässig ehrlicherweise.

Zwischenruf Mag. (FH) Egger: Es gibt aktuelle AMS-Zahlen.

GRⁱⁿ Robosch:

Ja, genau, und die sagen genau das. Unabhängig davon finde ich es sehr schade, dass man eben diesen Antrag hier nicht positiv abstimmen kann, aber ich bin mir relativ sicher, dass die Lehrlingsoffensive in der Stadt Graz weitergeht und dafür möchte ich danken (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne SPÖ, und Neos) abgelehnt.

8.10 Obergrenze Wahlkampfkosten (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

In knapp einem Jahr wählt Graz. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, die Rahmenbedingungen für diese Wahl festzulegen, denn durch die Corona-Pandemie ist ohnehin nichts mehr, wie es war und die wirtschaftlichen Folgen und Auswirkungen sind derzeit noch überhaupt nicht abschätzbar.

Parteien sind es gewohnt, in Wahlkämpfen zigtausende Euro auszugeben und, kürzlich medial berichtet, die Grazer ÖVP im Wahljahr 2008 sogar bis zu 2 Millionen Euro. Deshalb fordere ich, dass die Parteien dieser prekären wirtschaftlichen Situation Rechnung tragen und ihr Ausgabeverhalten überdenken. Das Einziehen einer Obergrenze für die Wahlkampfkosten für die kommende Wahl scheint mir ein geeignetes Mittel zu sein, auch der letzte steirische Wahlkampf und der Wiener Wahlkampf hat dieses Mittel bereits ergriffen. Ich möchte Sie erinnern an die Situation, die derzeit vorherrscht und wenn wir den Experten Glauben

schenken, das tun wir ja auch, dann rollt eine Welle von Insolvenzen auf uns zu, auch ganz einfach deshalb, weil die steirischen Klein- und Mittelbetriebe derzeit bis zu 70 % an Umsätzen verlieren und immerhin knapp 90.200 Steirerinnen und Steirer jeden Euro im Moment zwei- bis dreimal umdrehen müssen. Also in so einer Situation ist es meines Erachtens absolut unverantwortlich, einen Luxuswahlkampf zu führen; obwohl natürlich noch Zeit bis zur Wahl ist, muss eine Limitierung der Wahlkampfkosten mehr sein als ein überparteiliches Lippenbekenntnis und soll daher in einem gesetzlichen Rahmen eingebettet werden.

Eine legislative Änderung benötigt ihre Zeit und darüber hinaus brauchen auch die Wahlkampfbüros vorab Planungssicherheit, um mit der Obergrenze zu kalkulieren. Die derzeitige Lage, wie gesagt, schaut wirtschaftlich nicht sehr gut aus und verlangt daher einen politischen Anstand, und politischer Anstand, in diesem Sinne, ist für mich, einen sparsamen Wahlkampf zu führen.

Ich appelliere daher an den Grazer Gemeinderat, den kommenden Wahlkampf zu einem Wahlkampf der besten Ideen zu machen und nicht der größten Parteikassen.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zu einer Wahlkampfkostenobergrenze für die Grazer Gemeinderatswahlen in einer Höhe von 500.000 Euro pro wahlwerbender Partei.

- 2.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, eine Wahlkampfkostenobergrenze von 500.000 Euro pro Partei in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.
- 3.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, bei Überschreiten der Obergrenze eine Sanktionierung in Form einer Strafzahlung, welche sich auf das Dreifache der Überschreitung beläuft, in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.
- 4.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, dem Stadtrechnungshof als oberstes überwachendes Organ der Stadt Graz die Prüfkompetenzen zur Einhaltung dieser Wahlkampfkostenobergrenze einzuräumen und diese im Statut der Stadt Graz festzuschreiben.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In knapp einem Jahr wählt Graz.

Es ist jetzt an der Zeit, die Rahmenbedingungen für diese Wahl festzulegen. Durch die Corona-Pandemie ist nichts mehr wie es war und die wirtschaftlichen Konsequenzen, vor allem für die KMU, sind überhaupt nicht abschätzbar.

Da Parteien in Wahlkämpfen üblicherweise zigtausende Euro ausgeben und, wie kürzlich medial berichtet, die Grazer ÖVP im Wahljahr 2008 sogar bis zu 2 Millionen Euro, fordere ich in dieser prekären Situation für die kommende Gemeinderatswahl, das Ausgabeverhalten der Parteien zu überdenken.

Hier scheint mir das Einziehen einer Obergrenze für die Wahlkampfkosten, wie im steirischen und Wiener Wahlkampf zuletzt geschehen, ein geeignetes Mittel zu sein.

Besonders im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage, in der die steirischen KMU bis zu 70 % an Umsatzeinbußen verzeichnen und knapp 90.200 SteirerInnen jeden Euro

zweimal umdrehen müssen, ist es absolut unverantwortlich, einen Luxuswahlkampf zu führen.

Obwohl natürlich noch Zeit bis zur Wahl ist, muss eine Wahlkampfkostenobergrenze mehr sein als ein überparteiliches Lippenbekenntnis und soll daher in einen gesetzlichen Rahmen eingebettet werden.

Eine legislative Änderung benötigt ihre Zeit und darüber hinaus brauchen auch die Wahlkampfbüros vorab Planungssicherheit, um mit der Obergrenze zu kalkulieren.

In dieser Situation, in der auch viele Experten vor einer drastischen Insolvenzwelle in den nächsten Monaten warnen, verlangt es der politische Anstand, einen sparsamen Wahlkampf zu führen.

Ich appelliere daher an den Grazer Gemeinderat, den kommenden Wahlkampf zu einem Wahlkampf der besten Ideen und nicht der größten Parteikassen zu machen.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zu einer Wahlkampfkostenobergrenze für die Grazer Gemeinderatswahlen in einer Höhe von 500.000 € pro wahlwerbender Partei.*
- 2.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, eine Wahlkampfkostenobergrenze von 500.000 € pro Partei in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.*
- 3.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, bei Überschreiten der Obergrenze eine Sanktionierung in Form einer*

Strafzahlung, welche sich auf das Dreifache des Überschreibungsbetrages beläuft, in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.

- 4.) *Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, dem Stadtrechnungshof als oberstes überwachendes Organ der Stadt Graz die Prüfkompentzen zur Einhaltung dieser Wahlkampfkostenobergrenze einzuräumen und diese im Statut der Stadt Graz festzuschreiben.*

GR Mag. **Sippel:**

Schönen guten Abend, sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin, geschätzte Damen und Herren via Livestream. Der Umgang mit öffentlichem Geld ist immer dringlich, keine Frage. Es gibt aber, glaube ich, auch kein Thema, und ich darf jetzt seit fast 13 Jahren Gemeinderat sein, das wir so oft auch diskutiert und debattiert haben wie eine Beschränkung von Wahlkosten. Also nur, weil Sie jetzt neu im Gemeinderat sind, das Thema ist es definitiv nicht. Grundsätzlich eine Diskussion über Wahlkampfkosten ist sinnvoll, man muss aber auch dazusagen, dass bei den letzten beiden Wahlauseinandersetzungen in dieser Stadt, im Jahr 2012 und 2017, keine Partei übermäßig und überbordend Ausgaben getätigt hätte, es mag 2008 noch der Fall gewesen sein, die letzten beiden Wahlen war es da nicht mehr. Ich bin aber auch der Meinung, dass eine schlussendlich festgeschriebene Grenze der Wahlkampfausgaben in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen passieren sollte und nicht voreilig auf Zuruf der Neos oder der kommunistischen Partei. Man muss ein bisschen attestieren, dass Sie 16 Monate vor der Wahl anscheinend schon ein bisschen im Wahlkampfmodus sind, das bemerke ich auch bei der kommunistischen Partei. Wie die Erfahrung zeigt, sind vor allem Dauerwahlkämpfe besonders kostenintensiv und die sollten wir Graz ersparen, das heißt, auch der Appell an Sie, jetzt nicht schon ins Wahlkampfgeplänkel einzutreten. Für uns als FPÖ gilt, das haben wir auch am Anfang der Periode gesagt, das sagen wir auch

nach zwei Dritteln dieser Periode, wir wollen bis zum Schluss auch für die Grazer arbeiten, wir wollen dann, wenn es soweit ist, einen kurzen und knackigen Wahlkampf führen; ich glaube, das sollten sich auch die anderen Parteien zu Herzen nehmen. Was die Ausgaben betrifft, haben wir immer gesagt, 500.000 Euro, das ist die Grenze, die wir uns auch gesetzt haben, die haben wir die letzten Wahlkämpfe auch nicht überschritten, das werden wir auch das nächste Mal nicht tun. 500.000 Euro, ich glaube, das ist eine adäquate, angemessene Summe, zumal wir auch keinen Haselsteiner im Hintergrund haben, der uns hier Gelder zuschießt. Insofern glaube ich, ich das doch etwas, das man vertreten kann. Wogegen wir aber mit Sicherheit auftreten, und diese Versuche gibt es ja in dieser Debatte auch immer, ist, eine Beschränkung der Meinungsfreiheit auch hier zu machen. Wir haben das ja erlebt, Wahlkampf-Monitoring hat sich das genannt, so zensierende Wahlbeobachtung, wo dann auch mit einem Ampelsystem fungiert worden ist, mit roten Karten, das darfst du nicht sagen, weil das gefällt uns nicht, also das brauchen wir mit Sicherheit nicht, also das wird es mit uns nicht geben, dass man da ein Wahlkampf-Monitoring macht. Wir wollen auch keine Beschränkung von Plakatständern, wie das die SPÖ fordert. Da haben wir ja die Grotteske letztes Mal erlebt, da haben wir gesagt, 16-Bogen-Plakate sind verboten. Was haben alle Parteien, die hier auch im Wahlkampf waren, gemacht? Sie haben halt zwei 8-Bogen-Plakate nebeneinander hingestellt. Also, das ist ja in die eigene Tasche lügen. Ersparen wir uns auch solche Grottesken, und was es auch nicht geben sollte, und was es auch nicht geben wird, ist die völlige Zurschaustellung von irgendwelchen Geschäftspartnern. Dass dann vielleicht die Grüne Jugend zu Geschäftspartnern von uns hinget und hier übermäßigen Druck macht, also sozusagen Kassentransparenz zu machen, das ist überhaupt keine Frage, das macht auch jede Partei, dazu ist sie auch verpflichtet nach dem Parteienförderungsgesetz, wird auch in der Grazer Zeitung veröffentlicht. Das heißt aber nicht, die Kassen für politische Schnüffelnasen zu öffnen. Das heißt, Dringlichkeit ja, werden wir auch zustimmen, aber was den Inhalt betrifft, ich glaube, da braucht es noch etwas Nachschärfung, da braucht es Konsens und das

sollten wir auf eine andere Ebene verlagern, nämlich auf die der Parteiohleute und der Geschäftsführer. Danke (*Appl.*).

GR Dreisiebner:

Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Antragstellerin. Vielen Dank für die Einbringung des Antrages, er ist ja in einer ähnlichen Form noch vor ca. einem Jahr, und obwohl Kalifornien mittlerweile zuschaut, fürchte ich, Bedrana Ribo wird im Parlament sitzen und nicht im Livestream folgen können, vor einem Jahr von der jetzigen Nationalratsabgeordneten und unserer vormaligen Kollegin Bedrana Ribo eingebracht worden, ziemlich ähnlich in der Textierung und bei den Forderungen, das nur mal so zum Einführen. Es wurde damals gesagt, wir werden das in der Klubohleute-Konferenz besprechen, heute wird von den ParteigeschäftsführerInnen und von den ParteicheflInnen gesprochen, und trotzdem wir haben jetzt ein Jahr darüber nicht geredet, das weiß ich als Parteiklubobmann der Grünen. Ich hoffe, dass das, egal wie der Antrag hier ausgehen wird, dann doch passieren wird. Es wäre nämlich wirklich gut und ich denke, dass 500.000 Euro etwas ist, was einen sehr passablen Wahlkampf möglich macht, was keine Einschränkung ist, um seine Informationen an die Wählerinnen und an den Wähler zu bringen und das Ganze nicht in Medienfluten welcher Art auch immer, ob auf Papier, ob im Bereich der Hauszusendung, ob auf der Straße oder ob im Internet, endet. Ich verstehe schon den Armin Sippel, dass er hier einen besonderen Wert darauf legt, dass wir hier keinen Stress haben und dass es ja noch 16 Monaten gehen soll und dass er unbedingt noch 6 Monate nicht wählen will. Vor einer Woche, vor fünf Tagen in Wien, war ja ganz klar, was der FPÖ ungefähr blühen könnte, wenn relativ bald gewählt wird und ich weiß schon, dass man da hinausziehen will, egal wie es dann steht, in der Hoffnung natürlich, dass der Absturz nicht so groß ist wie bei den Kollegen und Kolleginnen in Wien von den zwei FPÖs dort. Was mich besonders verwundert, ist, dass man dann statt über das Anliegen der Kollegin Reininghaus, was die Wahlkampfkostenobergrenze

betrifft, plötzlich über das Wahlkampf-Monitoring spricht. Lieber Kollege Armin Sippel, das ist eine andere Baustelle, das ist ein anderes Thema, das wird vom Menschenrechtsbeirat gemacht und nicht hier vom Gemeinderat beschlossen; dass euch das nicht passt, ist mir schon klar und ist vielen anderen klar. Ich würde einmal sagen, wovor hat man Angst, wenn Kassen, Parteikassen, vom Rechnungshof oder wenn die Aussagen wahlwerbender Gruppierungen vom Menschenrechtsbeirat bewertet werden, man braucht vor nichts Angst haben. Das eine ist sine Abrechnung und das andere ist eine objektive Bewertung eines Gremiums, wo man ja hoffentlich nicht der Meinung ist ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dreisiebner:

... ja, du kannst dich noch zu Wort melden, lieber Kollege Lohr. Wo man ja hoffentlich nicht der Meinung ist, dass dieses Gremium nicht objektiv Aussagen bewertet; wenn das für euch ein Problem ist, dann ist es vielleicht euer Problem, weil eure Aussagen ein Problem sind. Damit will ist jetzt enden, der Antrag ist für uns dringlich und im Inhalt voll unterstützenswert und ich hoffe, dass wir so oder so mit einem Mehrheitsbeschluss oder gegen einen Mehrheitsbeschluss in irgendeiner Form zu dieser Wahlkampfkostenobergrenze kommen und zum Monitoring (*Appl.*).

GR Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Der Kollege Sippel hat es schon erwähnt, dass Ansinnen nach einer Wahlkampfobergrenze ist nichts Neues. Ich bin auch schon 13 Jahre hier im Gemeinderat und ich habe jetzt gerade nachgeschaut, so ca. sieben- bis achtmal haben wir über dieses Thema im

Gemeinderat schon gesprochen. Die Position der SPÖ zu diesem Thema ist, glaube ich, auch nichts Neues, wir waren immer dafür und wir unterstützen natürlich eine Wahlkampfobergrenze und man kann über die Höhe reden. Also aus unserer Sicht kann es auch noch ein Stück weniger sein, aber wenn es 500.000 Euro sind, haben wir wenigstens eine Einschränkung und eine Grenze, an die sich alle halten müssen. Du hast es richtig angesprochen, Armin, die Beschränkungen der Wahlplakate warten uns ein Anliegen und sind uns auch weiterhin ein Anliegen. Wir haben heute darauf verzichtet, da einen Zusatzantrag einzubringen, weil wir ja schon in der Zeitung gelesen haben, dass dieser Antrag heute nicht durchgehen wird und dass es hoffentlich ohnedies noch an einem anderen Tisch in weiterer Folge besprochen wird. Wenn du meinst, dass man sich mit diesen Beschränkungen in die eigene Tasche lügt, dann mag es bei euch so sein. So wie du es formuliert hast, scheint eure Lügentasche ja ziemlich voll zu sein, für die SPÖ kann ich das sagen, unsere Lügentasche ist leer, also wir haben ein reines Gewissen bei dem Thema und wir werden das natürlich wieder einbringen.

GRⁱⁿ Hopper:

Ein letztes Mal heute noch, sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Zusehenden, die vielleicht noch zuschauen. Vielen Dank, Frau Kollegin, für den Antrag, es sind einige Punkte, die sehr, sehr wichtig sind. Sie sprechen z.B. auch die herausfordernde Lage von KMUs an. Ich glaube, dass das etwas ist, wo wir uns sehr wohl einig sind, dass man da vor allem die Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen sollte, gerade in diesen Zeiten. Sie haben auch einige Zahlen dazu angeführt; als kleiner Sidestep sei mir vielleicht auch erlaubt, dass es auch sein kann, soll ja auch möglich sein, dass KMUs in wahlwerbenden Zeiten profitieren, da vielleicht ein paar Arbeitsplätze entstehen, aber das ist nur ein kleine Sidestep. Ich finde es lustig, dass wenn die Neos quasi mit einem Mandat zum Schluss kommen, dass 500.000 voll cool sind, ist das eine sehr spannende Perspektive. Was ich dazu sagen kann, ist, dass wir das nicht

verneunzehnfachen werden und uns da nicht im Vervielfachten wiederfinden. Wir glauben aber, dass wir die Zeit, die wir für Obergrenzen-Diskussionen jetzt gerade verwenden, auch sinnvollerweise nutzen könnten, um unseren eigentlichen Aufgaben nachkommen zukommen, nämlich für die Grazerinnen und Grazer zu arbeiten und beispielsweise vielleicht auch Initiativen zu finden, um die von Ihnen genannten Unternehmerinnen und Unternehmer bestmöglich zu unterstützen. Als zweiten Punkt darf ich ganz kurz noch die Neos als Bildungspartei kurz ansprechen. Wir haben ja jetzt anscheinend schon gelernt, wann wir wählen werden. Was auch spannend ist, die verschiedenen Sichtweisen dazu zu sehen, und einige Klarstellungen seien mir da vielleicht auch noch erlaubt für die zukünftige Auseinandersetzung, weil es wird ganz bestimmt auch zukünftig noch ein Thema bleiben. Die Kollegen im Landtag kann man sonst sicher auch fragen und es gibt auch einige sehr gut aufgestellte Jugendorganisationen unserer politischen Parteien, die da auch gerne aushelfen. Die Landesregierung ist nämlich nicht ganz der richtige Ansprechpartner, glaube ich, für Ihr Anliegen, das wäre als gesetzgebende Körperschaft der Landtag, also wir können es denen auch sagen in der Landesregierung, aber die Gesetze ändern und voll allem die Gemeindewahlordnung, die Sie auch ansprechen, das müsste der Landtag machen. Gleichzeitig sind wir sehr dankbar, dass wir unseren Stadtrechnungshof haben, mit mir meine ich das höchste offizielle Kontrollgremium, nämlich unseren Gemeinderat. Wir haben unseren Stadtrechnungshof, dem wir uns gewissenhaft auch bedienen, da vielleicht eine kleine Klarstellung noch. Als dritten und abschließenden Punkt haben Sie auch was erwähnt, wo ich voll und ganz bei Ihnen bin, nämlich, dass es immer um die besten Ideen geht und wir glauben, dass die beste Vorbereitung auf eine Wahl oder auf jegliche Wahl eigentlich eben diese besten Ideen sind, die aber umgesetzt gehören und aus diesem Grund ist dieser Antrag aus unserer Sicht nicht dringlich. Wir leisten unsere gute Arbeit und setzen die Projekte um, für die wir gewählt wurden und werden uns auf das konzentrieren bis zum dem Zeitpunkt, wo die Grazerinnen und Grazer dann darüber entscheiden, ob sie das gut oder schlecht finden (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ja, ich habe noch ein paar Worte loszuwerden. An den Herrn Sippel einmal: Nein, die Neos sind noch nicht im Wahlkampfmodus, da täuschen Sie sich. Es ist einfach nur jetzt an der Zeit, die Entscheidung zu treffen, ob die Klubobleute oder wer auch immer dann eine Wahlkostenobergrenze bestimmen wird. Einmal das Erste, das Zweite ist: Herr Haselsteiner, wenn Sie den so gerne erwähnen, bitte wir haben ein Wahlkampfbudget von 200.000 Euro, also 500.000 sind für uns Neos sowieso unerschwinglich und wenn Sie wissen wollen, was der Herr Haselsteiner spendet, dann schauen Sie bitte auf der Homepage der Neos nach, alles transparent, alles offen. Ansonsten kann ich bitte die Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat wirklich nur ins Gewissen reden, bitte, ich denke, wir haben die Verpflichtung, auf so eine schlechte Situation, auf so eine schlechte wirtschaftliche Lage, in der wir jetzt leben, Rücksicht zu nehmen, wir können nicht den Bürgern und Bürgerinnen bitte Wahlkampfkosten präsentieren, die für die Leute einfach nicht mehr nachvollziehbar und nicht mehr zu verstehen sind; also im Sinne der Bürger und der Bürgerinnen, denke ich, ist es unsere Pflicht als Stadt Graz, dass wir uns auch ein bisschen sparsamer verhalten als in guten Zeiten. Vielen Dank, ich bitte um Annahme, was eh nicht passieren wird, aber bitte. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ, Grüne, SPÖ) abgelehnt.